

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenblatt 2,30 RM, monatlich 1,10 RM,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Leidet für die sechsgepaltene Kolonelle
oder deren Raum 20 Pf., für
vollständige und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (selbst-
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schloß-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 17. Dezember 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Freisinnsrétirade nach rechts!

Die Einigung der drei freisinnigen Parteien scheint nunmehr unmittelbar bevorzustehen. Der Viererausschuss der zur Schöpfung eines Einigungsprogramms eingesetzt worden war, hat bereits das Ergebnis seiner Arbeiten veröffentlicht.

Es ist auch nicht daran zu zweifeln, daß das Einigungsprogramm die Billigung der Parteitage der einzelnen Parteien finden wird. Daß eine Einigung und Verschmelzung der drei Parteien nicht schon früher erfolgt ist, lag ja seit Jahren nicht so sehr an einer Abweichung grundsätzlicher Anschauungen über wichtige politische Fragen, als vielmehr an dem Ehrgeiz der einzelnen Führer.

Die Vorbedingungen für eine Einigung des Freisinn zwischen den beiden bedeutendsten Gruppen des Linksliberalismus waren also nicht gegeben durch eine Entwicklung des Liberalismus nach links, sondern durch die Ausmerzung der stärksten dieser beiden Gruppen nach rechts, durch die Befreiung der ehemals dem unferlosen Wettstreit und der Kolonialpolitik abholden freisinnigen Volkspartei zu der durchaus nationalliberalen Anschauung der Freisinnigen Vereinigung!

Aber nicht nur die Freisinnige Volkspartei, sondern auch die Deutsche Volkspartei, der äußerste „demokratische“ Flügel des Freisinn, hatte sich während der Blockära zur Flotten- und Weltpolitik bekehrt. Marinismus und Weltpolitik schoben also auch zwischen den geeinten Freisinn und die süddeutsche Demokratie eine trennende Scheidewand mehr. Das einzig Scheidende bestand nur noch in den demokratischen Resten, die sich die süddeutsche bürgerliche Demokratie wenigstens in ihrem Programm bewahrt hatte.

Trotz der unbestreitbaren Tatsache, daß die Schuldenwirtschaft des Reiches und nicht nur die alte, sondern auch die neue Ausplünderung der Massen auf die ungeheuerlichen Anforderungen unseres Militarismus und Marinismus und unserer Weltpolitik zurückzuführen sind, trotz der riesenhaft gewachsenen Ausgaben namentlich für unseren Marinismus vermeiden es das Einigungsprogramm peinlich, auch nur mit einem Worte dieser politischen Grundschäden Erwähnung zu tun!

An ihre Stelle ist die Forderung einer „schrittweisen“ Herabsetzung der Lebensmittel- wie der Industriegölle getreten. Nach den Erklärungen der Wiermer und Konforten bei der letzten Reichsfinanzreform, daß der Grad der Besteuerung der Wohlhabenden seine Höchstgrenze bereits annähernd erreicht habe, mußte natürlich die volksparteiliche Programmforderung auf den Reichtümern geworfen werden!

Aber nicht nur in wirtschaftlicher Beziehung tritt eine solche Rechtsrevidierung zutage, sondern auch auf rein politischem Gebiete. In dem Programm der Deutschen Volkspartei war die Verwirklichung des „demokratischen“ Staates gefordert, die „Bestimmung der staatslichen Politik durch den Mehrheitswillen der parlamentarisch vertretenen Nation.“ Das Einigungsprogramm hat das Wortchen demokratisch mit ängstlicher Gewissenhaftigkeit überall vermieden und allerorts nur einen „freiheitlichen Ausbau“ der Reichsverfassung in „konstitutionellem“ Sinne gefordert. Der Demokratie hat also der Freisinn in seinem Programme endgültig den Abschied gegeben!

Diese Rechtsrevidierung des Programms tritt noch in zahlreichen anderen Punkten hervor. So forderte das Programm der Deutschen Volkspartei nicht nur das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für das Reich und den Staat, sondern auch für die Gemeinde. Das Einigungsprogramm aber verlangt für das Kommunalwahlrecht nur eine „Beteiligung der Klassenwahlen und der öffentlichen Stimabgabe, spricht sich also indirekt für das Zensurwahlrecht aus! — Das Programm der Deutschen Volkspartei forderte weiter die Volksabstimmung über grundlegende Gesetze. Somit mußte natürlich in dem Einigungsprogramm ausgeräumt werden! — Das Programm der Deutschen Volkspartei forderte weiter eine Trennung von Staat und Kirche. Auch diese Forderung ist natürlich in dem Einigungsprogramm nicht zu finden! — Das Programm der Deutschen Volkspartei sprach sich weiter für die Abschaffung des Einjährigenprivilegs aus; das Einigungsprogramm redet vorsichtigerweise nur von einer „Beteiligung jeder Begünstigung einzelner Klassen, Stände und Konfessionen“. Die Zulassung jüdischer Einjähriger zur Referveoffiziersprüfung oder zum Offiziersrang ist dem nach rechts revidierten Freisinn natürlich wichtiger als die Beseitigung des standalösen Einjährigenprivilegs! Das Programm der Deutschen Volkspartei verlangte auf dem Gebiete der Rechtsprechung die „Abschaffung der Todesstrafe, die Beseitigung des Anwaltszwanges und des Anklagemonopols der Staatsanwaltschaft“; auch davon ist in dem freisinnigen Einigungsprogramm mit keinem Worte mehr die Rede! Wir sehen also, wohin wir auch blicken, daß die schämigen Reste demokratischer Forderungen, die bislang wenigstens noch das Programm der Deutschen Volkspartei zierten, in dem freisinnigen Einigungsprogramm mit rücksichtsloser Bourgeoischand restlos ausgelöscht worden sind!

Wir brauchen uns danach natürlich nicht mehr darüber zu wundern, daß unter den sozialen Forderungen für die Arbeiterklasse zwar die „Sicherstellung und Ausdehnung des Koalitionsrechts“ gefordert werden, daß aber von dem gerade augenblicklich programmatisch so dringend zu fordernden uneingeschränkten Koalitionsrecht für die Staatsbeamten und Staatsarbeiter mit keinem Worte die Rede ist! Ebensonien enthält das sozialpolitische Programm des Viererausschusses, das im wesentlichen nur das Programm der Freisinnigen Volkspartei vom Jahre 1894 abzeichnet, die Forderungen des Maximalarbeitstages, dieses Kernpunktes aller Sozialpolitik!

Es versteht sich von selbst, daß das Einigungsprogramm, das den drei freisinnigen Parteien vorgelegt wird, ein Kompromißprogramm darstellt, das von jeder Partei Konzessionen verlangt. Aber es ist doch charakteristisch für die Entwicklung des Freisinn und den linken Flügel des liberalen Bürgertums, daß das in Form des Einigungsprogramms vorgeschlagene Kompromiß ausschließlich Konzessionen nach rechts macht, aber der bürgerlich-demokratischen Linken keinerlei Zugeständnisse bietet! Wobei doch auch zu beachten ist, daß dies Einigungsprogramm unmittelbar nach der Brüstung des Freisinn durch das Junkertum, nach dem Zusammenschluß des Junkertums mit dem Alerikalismus, nach dem brutalen Sinauswurf des Freisinn aus dem Willoblock geschaffen worden ist! In einer solchen politischen Situation und angesichts der unerhörten Steuer- ausplünderung der großen Masse des Volkes hätte man doch wohl erwarten dürfen, daß das neue freisinnige Programm sowohl in politischer als sozialer Hinsicht radikalere Rüge ausgewiesen hätte. Statt dessen begegnen wir der völligen Ausmerzung aller bürgerlich-demokratischen Forderungen der Deutschen Volkspartei und einer Annäherung und Anpassung an die Anschauungen der am weitesten rechts stehenden Elemente des Freisinn! Statt einer resoluten „Ariegserklärung an die Reaktion und den Absolutismus“ sagt es, um selbst mit dem „Berliner Tageblatt“ zu sprechen, „manches weniger deutlich und bestimmt, als nach der politischen Situation erwartet werden mußte“.

Der neueste Einigungsprogrammentwurf beweist eben von neuem die jedem einsichtigen Politiker längst evidente Tatsache, daß der Zug des Bürgertums nach rechts geht, daß trotz aller verschwommenen liberalen Redensarten und sozialpolitischen Schönheitsplasterchen auch unser Freisinn einschließlich der süddeutschen Demokratie mehr und mehr in s Fahrwasser unseres Nationalliberalismus segelt.

Kommt, woran nicht zu zweifeln ist, die Einigung des Linksliberalismus auf der Grundlage des Einigungsprogramms zustande, so erfährt damit auch schon rein äußerlich die alte sozialdemokratische Lehre ihre glänzendste Bestätigung, daß der Klassenkampf sich stetig verschärft und zuspitzt, und daß Bourgeoisie und Proletariat einander unverföhbar gegenüber stehen. So unangenehm das politische Zwittern auch sein mag: die unerbittlichen Tatsachen bestätigen nun einmal das historisch-ökonomische Faktum, daß in den großen Entscheidungskämpfen der Gegenwart und Zukunft „ein Hüben und Drüben nur gilt!“

Zur preußischen Verwaltungsreform.

Es ist außerordentlich bezeichnend, daß alle konservativen Beamten, die im preußischen Verwaltungsblatt, dem offiziellen Organ der preußischen Verwaltung, das Wort zur Besprechung der Arbeit und der Ziele der Zentralkommission ergreifen, immer betonen, daß es sich bei der ganzen sogenannten Reform nur um Vereinfachung, Beschleunigung und Verbilligung des Geschäftsganges, nicht aber um eine Reformation der Verwaltung an Haupt und Gliedern handeln dürfe. Das Registraturwesen auf der Regierung soll verbessert werden, der Dezernent mehr Selbstständigkeit erhalten, die Stellung der Regierungsräte in der Kirchen- und Schulabteilung soll durch Einführung des Präferenzsystems verschlechtert werden, kurz, ihnen allen handelt es sich bloß um verhältnismäßig geringfügige Einzelheiten. Nur von der Annahme der Regierungreferendare spricht kein Mensch, von jener berühmten Normalzahl, mit deren Hilfe man die reaktionärsten Jünglinge als Aspiranten auswählt. Die Generalkommissionen will man abschaffen, weil sie politisch nicht brauchbar sind. Die Regierung soll, wie in früheren Zeiten, noch mehr mit den Landräten arbeiten, schlägt z. B. der Landrat v. Grochusen vor. Das sind natürlich alles keine Reformen. Es ist auch nichts so gefährlich für die Reaktion, als bei unseren jetzigen Bezirksregierungen mit wirklichen Reformen anzufangen. Diese Behörden würden sehr bald ein anderes Bild gewinnen. Die jetzige Vorkandidatur von Gerichtsbarkeit und Verwaltung, das Durcheinander von Regierung und Bezirksausführung ist ein Hohn auf unabhängige Verwaltungsgerichtsbarkeit. Die alte sozialdemokratische Forderung, daß die Verwaltungsrichter unparteiische, aus dem und vom Volk gewählte Personen sein sollen, kommt natürlich gar nicht zur Erörterung. Nur nicht rütteln an dem, was bestet. Denn es ist viel zu viel möglich und die Gefahr besteht, daß jedes Rütteln den völligen Einsturz bewirken kann. Das ist wohl der geheime Grundgedanke all dieser „Reformen“. Eine wirkliche Reform der Bezirksregierungen würde zunächst mal die Anstellung bei diesen Behörden allen zugänglich machen. Die Bevorzugung des Adels bringt fortgesetzt die ungeeignetsten Personen in die wichtigsten Stellen hinein. Die Regierung selber mühte zudem ihre Aufgabe nicht politisch, sondern kulturell zu erfüllen. Bei der Beförderung zu wichtigen Stellen mühte nicht wie bisher der Einfluß der Hofbeamten, sondern der Einfluß des Volkes maßgebend sein. Heutzutage wird man Regierungspräsident nicht durch Tüchtigkeit, sondern durch Konnexionen. Hände hier ein Wahlverfahren statt, so läge die Sache sofort anders. Ebenso wie ein Kommunalbeamter, der irgendwo Bürgermeister werden will, sein Programm vor der Wahl zu entwickeln genötigt ist, hat die Bevölkerung eines Regierungsbezirks das selbe Recht darauf, ein Kulturprogramm von ihrem künftigen Regierungspräsidenten zu vernehmen. Ein Regierungspräsident, der von der Bevölkerung gewählt würde, wie ja auch der Landeshauptmann, wenn auch nach einem sehr unzulänglichen Wahlrecht gewählt wird, wäre eine andere Persönlichkeit, als diejenigen, die jetzt diese Stelle einnehmen. Die Verfassung der Regierung mühte eine durchaus kollegiale werden, mit öffentlichen Sitzungen, wie in der Schweiz. Jetzt ist so ziemlich alles geheim. Die Gemeinden sind ebenfalls zur teilweisen Geheimhaltung verpflichtet und die unglaublichen Gesehewerlungen entziehen sich völlig der öffentlichen Kenntnis und Kritik. Wäre bei der Regierung jede Abteilungsitzung und jede Plenarsitzung öffentlich, so würde sofort ganz anders verwaltert werden müssen.

Es wäre dann unmöglich, Verfassungsbestimmungen auszuscheiden, von dem Konfliktgesetz fortgesetzt Gebrauch zu machen, politische Gesichtspunkte in jede Befähigung von Beamten und Statuten hineinzutragen, die Selbstverwaltung mit List und Gewalt lahmzulegen, der Gemeindeverwaltung alle Arbeit aufzupaden und sie dann noch schlecht zu behandeln.

Sind die Aufsichtsbefugnisse der Regierung erst auf das in Oesterreich oder der Schweiz übliche Maß zurückgeschraubt und ist wirkliche Selbstverwaltung für große und leistungsfähige Gemeinden garantiert, erhält ferner die Gemeindeverwaltung einen übertragenden Wirkungsbereich staatlicher Geschäfte, so bleibt für die Aufsichts- und Präsidialabteilung der Regierung nicht so sehr viel übrig.

Auch die Mitteilungen für Kirchen- und Schulwesen bearbeiten  
ganzlich zum großen Teil Angelegenheiten, die der Gemeinde ent-  
rissen sind und zweckmäßig ihr zurückgegeben werden können.

Der Grundgedanke bei der Reform aller staatlichen Ver-  
waltung muß im übrigen immer der sein, daß der Staat  
Funktionsäre für technische Zwecke halten soll, nicht  
politische Beamte zur Verwaltung der Bevölkerung.  
Danach bleibt eine Steuerabteilung bei der Regierung berechtigt,  
ebenso eine Schulabteilung. Der letzteren wären auch die höheren  
Schulen zu unterstellen, wie überhaupt Einheitlichkeit des  
Schulwesens seit jeher ein Hauptziel der Demokratie ist. Die  
landwirtschaftliche Melioration wäre zweckmäßig ganz an die  
Generalkommission abzugeben, staatlicher Wasserbau und Hochbau  
direkt dem Beamtenministerium zu unterstellen. Die Baubeamten  
sind doch nicht dazu da, den Hofstaat des Landrats zu bilden.

Das ganze Regierungspolizeidepartement aber würde stark zu-  
sammenschmelzen, wenn der Gemeinde, wie in der Schweiz,  
Polizei aus eigenem Recht zustünde und die polizeilichen  
Angelegenheiten Selbstverwaltungsangelegenheiten wären, mit  
denen sich die Bezirksregierungen nur bei Gesetz- und Ver-  
ordnungsverletzungen und in bestimmten Beschwerdefällen zu be-  
schäftigen hätten. Der Zusammenhang zwischen Regierung und  
Gemeinde wäre sofort ein anderer, wenn jeder Regierungsbeamter  
seine Ausbildung gründlich in der Gemeindeverwaltung genösse,  
statt daß er jetzt beim Landrat ebenso gründlich lernt, wie die  
Wahlen gemacht werden und der Sozialismus be-  
lämpft wird.

Um es noch einmal zusammenzufassen: Die freie Ge-  
meinde, groß und leistungsfähig, mit wirklicher Selbst-  
verwaltung als Unterbau. In der Regierung in den wichtigeren  
Posten vom Volke gewählte Persönlichkeiten.  
Kollektive Regierungsverfassung mit öffentlichen Sitzungen. Keine  
politische Tätigkeit, sondern Funktionäre, deshalb in erster Linie  
technische Behörden, die keinem politischen Beamten unterstehen.  
Uebertagung möglichst aller staatlichen Funktionen an die Ge-  
meindeverwaltung. Zugänglichkeit der Verwaltungslaufbahn für  
jeden, der die nötige Vorbildung hat. Nur dies wäre eine Ver-  
waltungsreform, die den Namen Reform verdient.

## Die bayerischen Lords und die Steuer- reform.

München, 10. Dezember.

Der Bericht des Referenten der Kammer der Reichsräte über  
den Entwurf eines Einkommensteuergesetzes ist erschienen.

Es ist ein Dokument von bleibendem kulturhistorischen Werte,  
das Dokument einer grenzenlosen, durch keine Regung der Mensch-  
lichkeit gemilderten Selbstsucht. Der Verfasser des Evangeliums  
des nackten Egoismus ist der Beauftragte des in der oberen  
Kammer politisch organisierten bayerischen Großkapitals und Groß-  
grundbesitzes.

Der Egoismus der Reichen geht ins Gigantische,  
er grenzt schon nahe an Wahnsinn. Aber in dem Wahnsinn  
liegt Methode: die Methode der rücksichtslosesten  
Ausbeutung, die Methode der mit der Mehrzahl des Reichthums  
wachsenden Mandatier der bestehenden Klassen.

Und zur Verteidigung ihrer heiligsten Güter, ihrer Geldsäcke,  
ruft der Referent die hohen Herren auf die Schanzen.

Durchaus richtig zeichnet er den Tiefstand des sozialen Empfindens  
der bestehenden Klassen in dem Satz:

„Selbst Erleichterungen werden nicht ohne Mißbräugen auf-  
genommen bei denjenigen, welche annehmen können, daß jede  
Entlastung des andern für sie eine Belastung mit sich bringen wird.“

Von höchster politischer und sozialer Weisheit zeugt die folgende  
Auslassung:

„Wünsche auf Steueränderung werden nur aus den Schichten  
laut, welche durch ihre politische Stellung bei der Feststellung den  
Ausschlag geben, die nur geringe Steuern entrichten oder um  
eine Vogelpelle das Wahlrecht zu erwerben trachten und durch ihre  
Rohheit bei den Wahlen den Ausschlag zu geben. So ergibt sich als  
praktisches Resultat unserer Zustände: die Reichen, die wenig  
Steuern oder nur nach Vermögensverhältnissen Beiträge entrichten,  
wählen das Gros der Gesetzgeber und diese nehmen auf die  
Wünsche ihrer Wähler Rücksicht und bestimmen dann, was die  
Existierenden an Steuern zu zahlen haben.“

Und so etwas schreibt ein Mann, der zu den Intellektuellen der  
Reichsratskammer zählt! Wie muß es da in den Köpfen der anderen  
erst aussehen! Sollte dieser hohe Herr wirklich keine Ahnung davon  
haben, welch ungeheure Last an indirekten Steuern auf dem  
Volke ruht?

Ueber die Besteuerung des Großkapitals, der Großindustrie und  
Aktiengehaltenden ist sein Aufsichtsrats-Berg schwer betäubt.  
Zweifelslos sieht er in ihr schon den Anfang der gefährdeten Ver-  
mögenskonsolidation:

„Diese Besteuerungsort (für die Aktiengehaltenden) kann bei  
Zwangsanleihen oder bei Eintreibung von Kontributionen in  
Feindesland zur Anwendung kommen; für einen Kulturstaat, der  
im Frieden lebt und dessen Wirtschaftsleben in schöner Entwicklung  
sich befindet, kann sie ernstlich nicht in Betracht gezogen werden.“

Selbst zur stillen Entrüstung erhebt sich der Referent, wenn  
er sich daran erinnert, daß man Großhandel und Großindustrie als  
„Hoffenswerte Gewerbe“ bezeichnet:

„Ich meine, auch im politischen Leben und ebenso bei Ver-  
handlung wirtschaftlicher Fragen sollte man ethisches Gefühl  
noch bewahren, welches solche Ausdrücke nicht gestattet.“

Kapitalismus und Moral! Der Verfasser meint das vollständig  
ernst. Und dabei fehlt dem Moralprediger jede Empfindung dafür,  
daß sein Verzicht von Anfang bis zu Ende die Immoral selbst ist.

Sehr ethisches Gefühl! Hindert ihn nicht zu verlangen, die  
hohen Einkommen nicht bis zu 5 Proz., sondern nur bis 4 1/2 Proz.  
zu belasten und den Ausschlag zu beden durch die vollständige Ver-  
seigerung des Kinderparagrafen. Er schreibt:

„Warum soll ein Vertragspflichtiger, der 1000 M. und mehr  
Einkommen hat, eine Erhöhung von ein paar Mark Steuer und  
Umlagen nicht vertragen können?“

„Ist die Befürchtung nicht gerechtfertigt, daß, wenn die Klassen  
der weniger gut situierten Staatsbürger von den neuen Steuern  
ganz unberührt bleiben, diese bei Bewältigung der neuen Lasten  
mit milderer Vorsicht zu Werke gehen, als wenn sie damit selbst  
betroffen werden?“

Mit der Einführung des Kinderparagrafen beginnt für den  
Referenten bereits der sozialistische Zukunftsstaat:

„Die Pflicht der Kindererziehung in eine allgemeine; sie trifft  
die Eltern. Der Staat hat diese Last noch nicht übernommen, wohl  
bildet aber die Bestimmung des Art. 19 den ersten Schritt dazu.“

So sind sie also blind hineingestappt in den Zukunftsstaat, die  
Cassell- und die Zentrumsmänner! Denken die hohen Genossen des  
Referenten ebenso wie er, so kann es dem Finanzminister um sein  
Werk ernstlich dange sein.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Dezember 1908.

### Die Cofinfärbung.

Gegen die Färbung der eingeführten fremden Futtergerste  
mit Cofin, von der wir gestern berichteten, sind bereits beim

Reichstag und Bundesrat mehrere Beschwerden eingelaufen.  
So haben der Verein schleswig-holsteinischer Getreidehändler  
in Hamburg und der Niederelbische Zweigverband der Müller  
an Reichstag und Bundesrat eine Eingabe gerichtet, in der  
ausführlich die möglichen Folgen des Färbens der Gerste mit  
Cofin dargelegt werden. Es heißt darin:

„Die neuerdings angeordnete Färbung funktioniert durch-  
aus nicht so, wie erwartet, sondern die in der Mitte des Jahres  
liegende Gerste wird viel stärker als nötig gefärbt, während die  
vorn und hinten liegende Ware teilweise verschont bleibt. Die  
Färbung ist also eine absolut ungleichmäßige und erfüllt ihren  
Zweck nicht. Es wird oder nicht nur die Gerste gefärbt, sondern  
die Fahrzeuge werden derartig rot, daß sie zum Transport von  
Weizen, Roggen, Mehl, Zucker, Salz oder sonstigen empfindlichen Gegen-  
ständen nicht wieder verwendet werden können. Eine Reinigung  
ist schwierig, da die Farbe schwer zu entfernen ist und diese Reini-  
gung außerdem viel Zeit und Geld kostet. Infolgedessen weigern  
sich die Eigentümer von Schiffen und Schuten, ihre Fahrzeuge zu  
der gewöhnlichen Frucht zum Transport von Gerste herzugeben,  
ja, sie weigern sich und das mit Recht, sich eine Färbung der  
Gerste in ihrem Fahrweg gefallen zu lassen.“

Die Mahlgänge lassen sich nur ausschließlich für gefärbte  
Gerste benutzen, da man natürlich nicht gleich hinterher Weizen  
und Roggen auf denselben Säroten kann. Dies bedeutet eine  
empfindliche Schädigung des kleinen Müllers, der nicht in der  
Lage ist, sich für jede Fruchtart einen anderen Mahlgang zu halten.  
Der Müllers kann nicht wie bisher an der weichen Farbe die Güte  
des Schrotes beurteilen, denn sobald das Schrot im Trog  
verrührt ist, erscheint alles stark rot gefärbt. Sogar die Därme der  
Kiere färbt sich rot, und man wird künftig nicht mit Sicherheit  
Wurst daraufhin untersuchen können, ob dieselbe künstlich gefärbt  
ist oder nicht; denn der Chemiker kann nicht beurteilen, ob der  
Farbstoff aus dem Darm der Kiere stammt oder später beigelegt  
ist. Die Folge wird sein, daß der Schlachter die mit cofinierter  
Gerste gefütterten Schweine entsprechend niedriger bewertet.“

### Geistliche Agitatoren.

In der bekannten Erklärung der Zentrumspartheileitung wurde  
behaupet: Das Zentrum sei keine konfessionelle, sondern eine poli-  
tische Partei. Wie es in Wirklichkeit mit dieser Behauptung aussieht,  
zeigt das nachfolgende Zirkular eines badiischen Zentrumsblattes, das  
sich ausschließlich an die katholische Geistlichkeit wendet:

Hochwürdigster Herr:

Die bedeutende Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen-  
zahl anlässlich der letzten Landtagswahl, besonders auch auf dem  
Landesgebiet, ist als eine Notwendigkeit, durch systematische Be-  
lehrung die Verwirrung über das wahre Wesen und die verwerf-  
lichen Bestrebungen der Sozialdemokratie aufzuklären.

Zu diesem Zwecke bieten wir Ihnen zwei geeignete Flug-  
schriften an.

Die eine behandelt die den Sozialdemokraten in der badiischen  
Kammer von den Zentrumsabgeordneten zuteil gewordenen Er-  
widerungen; die andere Flugschrift wendet sich gegen die von  
den Sozialdemokraten noch immer betriebene Steuerhege gegen  
das Zentrum. Letztere Schrift wurde uns von der Zentrale  
des Volksvereins unentgeltlich zwecks Verbreitung zur  
Verfügung gestellt.

Das Flugblatt betreffend „Die falschen Freunde der Land-  
wirtschaft“ ist zu folgenden billigen Preisen von uns zu beziehen:

100 Stück	4 M.
200	6 "
300	8 "
500	10 "
1000	15 "

Das zweite, ebenfalls beiliegende Flugblatt „Die roten Falsch-  
münzer“ wird von uns (so weit der Vorrat reicht) unentgeltlich  
(nur gegen Rückzahlung der Postkosten) versandt.

Wir bitten Ew. Hochwürden, auf beigefügtem Vaherzettel  
Ihre Bestellung zu vollziehen.

Hochachtungsvoll!

Verlag der „Freiburger Tagespost“.

Das vorstehende Schreiben gewinnt dadurch noch eine besondere  
Bedeutung, daß die „Freiburger Tagespost“ den badiischen Zentrums-  
führer, den Geistlichen Rat Wacker in Jähringen, zum Gründer und  
Inspirator hat. Welche Rolle der katholische Klerus in der badiischen  
Zentrumsparthei spielt, zeigt ferner die Tatsache, daß die einfluss-  
reichsten Zentrumsblätter von katholischen Geistlichen redigiert  
werden.

### Schiffahrtsabgaben.

Der von der preussischen Regierung ausgearbeitete Tarif-  
entwurf für die Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf dem  
Rhein, Main und Neckar steht fünf Klassen vor mit Sätzen  
von 0,10, 0,08, 0,06, 0,04, 0,02 Pf. für den Tonnen-Kilometer. Neben  
der von der Schiffladung erhobenen Abgabe soll eine weitere Ab-  
gabe auf Personendaupfer und Pässe entfallen. Ab-  
gabenfrei sollen bleiben leere Schiffe, Güter und Schiffe von  
höchstens 200 Tonnen, Güter, die dem Reich oder dem Haushalt  
eines Bundesstaates gehören, Güter und Schiffe, die den Zwecken  
einer Bundesstaatlichen Strombauverwaltung dienen und zuletzt  
Güter, die im Durchgangsverkehr über oberrheinische oder andere  
süddeutsche Häfen von und nach Oesterreich, der Schweiz, Italien  
und Frankreich befördert werden.

### Eine „sozialdemokratische Agitationsflüge“.

Die Führer der christlichen Arbeiterbewegung sind bekanntlich  
im Besitz der höchsten Weisheit, und alles, was sich außerhalb der  
christlichen Weise bewegt, ist auf dem Holzwege. Sie allein haben  
den Sinn, die Mittel und das Ziel der Arbeiterbewegung richtig  
erkannt, und so verkünden sie denn, daß der Sozialismus ein Un-  
ding, der Klassenkampf ein Unheil und die Verbindung der Sozial-  
demokratie mit der Gewerkschaftsbewegung ein Unfug für die  
Arbeiterklasse sei. Der oberste dieser Schlaumeier, Herr Generalsekretär  
Adam Stegerwald vom Gesamtverbande der  
christlichen Gewerkschaften, hat vor einigen Wochen in Kachen  
sich mit besonderem Eifer bemüht, seinen Zuhörern nachzuweisen,  
wie heillos die Sozialdemokratie in die Irre gehe mit ihrer Auf-  
fassung von der Natur des modernen Staates und der wirtschaft-  
lichen, sozialen und politischen Verhältnisse überhaupt. Herr  
Stegerwald gab dort die Lösung aus, daß die Arbeiterschaft sich  
in viel stärkerem Maße als bisher emancipieren müsse  
von der sozialdemokratischen Phrase, vor allem auch  
von der „großen Agitationsflüge“, die Regierung sei  
nur der Verwaltungsausschuh der bestehenden Klasse. Männer wie  
Fosdowoth, Delbrück, Biedfeld, Caspar usw., so verkündete  
Herr Stegerwald, könnten nicht einfach als Reaktionsäre  
abgetan werden.

Also Herr Delbrück gehört nicht zu den Reaktionsären, sein  
Wirken beweist die Sinnlosigkeit der „sozialdemokratischen Phrase“,  
daß die Regierung allemal der Verwaltungsausschuh der herrschen-  
den Klasse ist. Unterdes hat Delbrück im Reichstage seine Er-  
klärungsrede als Staatssekretär des Innern gehalten, und zwar in  
einer Frage, die die deutsche Arbeiterschaft auf das tiefste erregt.  
Und nun hören wir, wie die „Kölnische Volkszeitung“,  
also ein Blatt der den christlichen Gewerkschaften nahestehenden  
Zentrumspresse, urteilt:

„Sellen haben die Arbeiter vom Minister ein  
so schroffes Nein auf ihre Sorgen und Wünsche

gehört. In seiner geschäftsmäßigen Art klingt es um so  
schroffer in einer Frage, bei der weder die Konjunktur noch die  
Leistungsfähigkeit unserer Industrie, sondern der brutale  
Herkunftspunkt einiger wenigen Sozial-  
magnaten in Frage steht. War der erste Teil der Rede ein  
glattes Nein, so redete der zweite Teil der Delbrück'schen Aus-  
führungen, vielleicht um das schroffe Nein des ersten Teiles der  
Rede abzuschwächen, an dem Thema mit Geflissenheit vorbei.  
Die Enttäuschung unter den Arbeitern wird um  
so größer sein, als Delbrück in seinem neuen Amt von ihnen  
mit großen Hoffnungen und viel Vertrauen begrüßt worden ist.  
... Wer aber auf die wenigen, am Bundesrätliche befehlen  
Plätze sah, der fand das Nein dieser Art erklärlich; nur die  
Herren aus der Abteilung für Bergbau und  
Hüttenwesen aus dem preussischen Handels-  
ministerium hielten Delbrück'sche Hinführungen an. Von  
dieser Behörde ist noch nie etwas Gutes für die  
Arbeiter oder die gedeihliche Orientierung  
der deutschen Sozialpolitik gekommen.“

Herr Delbrück, den die Christlichen als Zeuge wider die Sozial-  
demokratie anführen zu können glauben, hat zu unseren Gunsten  
gezeugt; er hat bewiesen, wie recht die Sozialdemokratie hat, wenn  
sie behauptet, daß die Regierung im kapitalistischen Klassenstaate  
nicht ist als der Verwaltungsausschuh der bestehenden Klasse! Es  
hat also — die „Kölnische Volkszeitung“ bestätigt es — seine  
Richtigkeit mit der „sozialdemokratischen Agitationsflüge“.

### Verstärkung der Grenzsperr.

Aus Anlaß des Auftretens der Maul- und Klauenseuche in  
Konstanz (Baden) und Ansbach (Mittelfranken) verlangt der  
Bund der Landwirte eine Verstärkung der Grenzsperr. Das Ver-  
langen an den Reichskanzler schließt mit dem Satz:

„Nachdem der unbestrittene Beweis geliefert ist, daß in den  
beiden genannten Fällen die Seuche aus der Schweiz eingeschleppt  
worden ist, wird man nicht umhin können, die in Betracht  
kommenden Staaten zu veranlassen, daß die Erleichterungen wieder  
aufgehoben werden und die Grenze, wie es früher der Fall war,  
von neuem gesperrt wird.“

Daß die beiden Fälle aus der Schweiz eingeschleppt sind, ist  
keineswegs erwiesen, denn die Behauptung der Agrarier ist kein  
Beweis. Die süddeutschen Staaten dürften es ablehnen, ohne  
weiteres den Befehlen des Bundes der Landwirte zu gehorchen.

### Kommunalwahlen.

#### Wahlen in Württemberg.

In Heilbronn gelang es der Sozialdemokratie, zu ihren  
zwei seitherigen Gemeinderatsmandaten noch ein drittes zu  
erobern.

In Göppingen, wo sieben Mandate zu besetzen waren,  
erhielt die Sozialdemokratie zwei, Volkspartei drei, National-  
liberale zwei Mandate.

In Heidenheim entfielen auf die Sozialdemokratie  
zwei, auf die vereinigten bürgerlichen Parteien ebenfalls zwei  
Mandate.

In Dettingen und Mödingen gelang es je einen  
sozialdemokratischen Kandidaten bei den Gemein-  
dewahlen durchzubringen.

Einen glänzenden Sieg errangen die Sozialdemokraten  
in Gottenfeldheim in der Pfalz. Von 18 zu wählenden  
Kandidaten entfielen auf ihre Liste neun. Bisher hatten sie  
keine Vertretung im Gemeindeparlament. Die Bürger-  
meisterwahl ist ergebnislos verlaufen, denn die Sozialdemo-  
kraten beanspruchten den ersten Adjunkten, den ihnen  
jedoch die Grubenbesitzerpartei nicht zuerlassen wollte. Daraufhin  
stimmten unsere Genossen auch gegen den von den Grubenbesitzern  
präsentierten Bürgermeister, so daß drei Wahlgänge voll-  
ständig ergebnislos verliefen. Die Wahl ist bis auf  
weiteres verschoben worden.

In Wulsdorf (Kreis Geestmünde) eroberten die Sozial-  
demokraten in der dritten Klasse ein neues Mandat und  
nahmen in der ersten und zweiten Klasse an Stimmen zu. In der  
vierten Klasse wurde mit großer Stimmenmehrheit ein altes  
Mandat behauptet. Hier hatten die Gegner überhaupt nicht  
mehr gewagt, einen Kandidaten aufzustellen.

### Sozialdemokratische Mandate sind ungültig.

Es scheint, daß diese famose Maxime jetzt von einigen chris-  
tlichen Gemeinden aufgestellt worden ist. Gestern hatten wir zu  
berichten, daß die Bürgerlichen in Hagenau die Wahl von  
sechs sozialdemokratischen Stadtverordneten für  
ungültig erklären wollen, weil angeblich die Wählerliste von  
Fehlern freigegeben — dieselbe Wählerliste, die während der Zeit  
der amtlichen Auslegung nicht angefochten wurde. Und heute wird  
aus Prieig gemeldet, daß dort die drei Stadtverord-  
netenmandate, die von den Sozialdemokraten erobert  
worden, für ungültig erklärt wurden, weil — das  
Wahlkollekt angeblich zu klein war.

Ob die Bürgerlichen hoffen, mit solchen Mitteln unsere Ge-  
nosser aus den Stadtparlamenten fernzuhalten?

### Milchinterpellation im bayerischen Landtage.

München, 14. Dezember.

In München war ein Milchkrieg ausgebrochen. Die Großhändler  
erhöhten ohne jeden Anlaß den Verkaufspreis des Liters Milch von  
20 auf 22 Pf. Sie luden sogar die Milchproduzenten zu be-  
stimmen, einen höheren Preis zu verlangen, damit kein Händler  
mehr für 20 Pf. verkaufen könnte. Auch in anderen Teilen Bayerns  
suchte man dieses unentbehrliche und für die Volksgesundheit so  
wichtige Nahrungsmittel zu verteuern.

Das veranlaßte die sozialdemokratische Partei, gegen dieses  
Treiben mobil zu machen und zur Verstärkung der Schwachheit  
sowohl auf dem Münchener Rathaus als auch im Landtage eine  
Interpellation einzureichen. Trotz Protestes von unserer Seite hat  
man es verstanden, die Beantwortung von Tag zu Tag hinaus-  
zuschieben. Endlich kam die Interpellation am Samstag und heute  
zur Verhandlung. Der Milchkrieg war unterdessen zugunsten der  
Konsumenten entschieden worden.

Genosse Ed. Schmidt begründete die Interpellation in  
längerer Rede und stülpte seine Ausführungen auf ein reiches Zol-  
schenmaterial. Durch eine Vertreibung der Milch würden alle  
bisherigen Vermögensverhältnisse auf dem Gebiete der Verköpfung der  
Zugänglichkeit in Frage gestellt. Weder die Verhältnisse der  
Landwirtschaft noch der Händler rechtfertigen eine Milchverteuerung.  
Eine Futternot bestreite nicht, denn sonst müßten die Preispreise  
gerunken sein. Es gäbe noch Orte, wo die Bauern froh wären, ihre  
Milch um 10 bis 12 Pf. das Liter loszuwerden. Die Händler  
hätten schon mehrmals versucht, den Preis auf 22 Pf. hinaufzu-  
treiben. Jetzt probierten sie das Wandern wieder mit der Begrün-  
dung, daß eine Milchnot bestünde. Diese Milchnot wäre nichts  
anderes als ein großer Schwindel. Eine Preissteigerung von 2 Pf.  
würde für die Münchener Bevölkerung eine Mehrausgabe von 1,68  
bis 2,40 M. bedeuten. Die Verkehrsverwaltung müsse Maßnahmen  
treffen für rascheren und billigeren Transport.

Der Minister des Innern empfahl die genossenschaft-  
liche Organisation der Produzenten und Konsumenten. Der Minister  
des Verkehrs ist bereit, dem Eisenbahnrat Vorschläge zur Ver-  
billigung der Milchkarre zu unterbreiten.

Es äußern sich dann eine Reihe von Zentrums- und Bauern-  
bundabgeordneten, die alle dazumit verhandeln, daß die Milch-  
wirtschaft bei den heutigen Preisen für Futtermittel und Arbeit-  
kräfte unmöglich rentieren könne. Nach ihrer Ueberzeugung müßte  
in absehbarer Zeit eine Erhöhung des Milchpreises eintreten; aber

nicht infolge der unerfülllichen Forderungen der Bauern, sondern als notwendige Konsequenz der Verteuerung der ganzen Wirtschaftsführung.

### Der Handlanger als Lehrmeister.

In seinem neuesten Bismarck-Evangelium erzählt H. von Poschinger u. a. eine Anekdote Bismarcks aus dem Februar 1877 über die Gründe des Daniederliegens des Verkehrs in Deutschland. Bismarck sagte:

„Die orientalische Frage ist daran nicht schuld, oder lange nicht allein; die Hauptursache, warum Europa nicht zur Ruhe kommt, ist der Mangel an Frankreich und der Kommunismus. Seit 200 Jahren beunruhigt uns Frankreich, wäre es die orientalische Frage nicht, so wäre es eine andere, die den Grund zu Allianzspekulationen für Frankreich abgeben würde. Und wie soll in Europa Vertrauen und Unternehmungslust erwachen, wenn der Kommunismus ameisenerartig um sich greift? Wenn man das Erarbeitete durch Brand und Plünderung zu verlieren fürchten muß, und noch dazu die Aussicht hat, dafür, daß man etwas besitzt, massakriert zu werden. Auf die im Inlande organisierten Räuberbanden, in Berlin allein vielleicht 860 000 Mann stark, bauen dann andere Mächte ihre Hoffungskombinationen, z. B. Rußland, das seinen Reichtum höher verwerthen möchte, als es uns in der Zeit weert ist.“

Kam man doch, was Wilhelm II. von dem Handlanger seines Großvaters gelernt hat und braucht sich über die „Kette von Renschen“ usw. nicht zu wundern.

Ausführlicher sind dabei die Worte, die 1850 der spätere Dortmunder Oberbürgermeister Becker in seiner „Westdeutschen Zeitung“ den Ausrufungen des Königs von Preußen widmete, die dieser an die bei den Kaisertagen „läufig“ gewesenen Garden richtete: „Ihr habt Euch so benommen, daß Ihr die Achtung und Liebe jedes Rechts und jedes Tapferen und den Haß jedes Schurken Euch erworben habt.“ Der „rote Voder“ rief dem Könige zu: „Du hast es gesagt: Wir sind Schurken! Denn wir lieben sie nicht, die uns die Brüder erschlugen; wir lieben sie nicht, die Söhne des Volkes, die im fremden Solde gegen das eigene Fleisch müteten; wir lieben sie nicht, die Selbsttöteten, die sie verübten! Und wir achten sie nicht, die Blinden, die dem Auge des Kommandos folgten und nicht sahen, wohin sie zogen. Wir achten sie nicht, die Feinde des Rechts, die Feinde der Nation, die Werkzeuge des Verrats! Wir rufen nach heute alles vergessene Blut auf das Haupt der weinenden Konterrevolutionäre... Unser Haß ist, wo Eure Liebe, und unsere Achtung, wo Eure Abscheu: Darum sind wir Schurken — Du hast es gesagt... Preue Dich, König, wir sind Schurken und Du bist König!“

### Die Erörterung der Gasexplosion in der Hamburger Bürgerchaft.

In der Sitzung der Hamburger Bürgerchaft vom Mittwochabend gelangte ein dringlicher Antrag des Senats auf Bewilligung einer Summe von 200 000 M. zur schleunigen Wiederherstellung des alten Gasometers, der bekanntlich bei der Katastrophe am 7. Dezember durch Ueberpringen von Flammen des neuen Miessgasometers explodiert und zum Teil zerstört worden ist. Da der Gasometer mit über einer halben Million versichert ist, kommt das Geld wieder ein.

In der lebhaftesten Debatte spielte die Schuldfrage eine große Rolle. Da in der Nähe des Gaswertes die Passagierhallen der Amerika-Linie stehen, in denen sich oft über 1000 Menschen befinden, wurde die Verlegung dieser Hallen angeregt, wie auch die Verlegung der Gasometer nach einem freien Felde. Lebhaft wendete sich der Vertreter der Gasdeputation gegen einen von dem Regierungsbaumeister a. D. Szorbinowich in der „Rhein- und Ruhrzeitung“ veröffentlichten Artikel, dessen Behauptungen als blanke Verleumdungen erklärt wurden. Verlangt wurde, daß der Verfasser in öffentlichem Interesse wegen Verleumdung belangt werde.

Unter Ablehnung der übrigen Anträge fand der Senatsantrag Annahme. Ferner wurde der Witwe des verstorbenen Dichters Deibel von Altona einstimmig eine einmalige Summe von 10 000 Mark bewilligt.

### Die Gegensätze im Polenlager.

Bekanntlich hat der bisherige polnische Reichstagsabgeordnete v. Czarnowski sein Mandat niedergelegt. Unter den Polen des Wahlkreises Polen-Stadt ist nun ein heftiger Kampf um den neuen Kandidaten entbrannt. Die „Demokraten“ wollen durch den Arbeiterführer Kowalski aussteigen, während die „Polpartei“ verlangt, daß ein anderer Kandidat nominiert werde, weil, wie der „Dziennik Późnanski“ meint, die Arbeiter nicht so viel Bildung besäßen, um die Interessen des polnischen Volkes zu vertreten. Unsere Genossen haben den dortigen Leiter des Polarbeiterverbandes, Genossen Matuzewski aufgestellt.

### Die „berühmten“ Versammlungsnutzen der Polizeibeauchten.

Von der Anklage der Beleidigung Wilhelms II., Hans Heinrich XIV. von Bleich und eines Landrates freigesprochen wurde Genosse Osteroth aus Waldenburg. Die Beleidigung wurde in einer Rede über die Reichsfinanzreform erklärt. Die Anklage stützte sich auf die von einem Amtssekretär und einem Gendarmen in der Versammlung gemachten Notizen. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis gegen den Majestäts-, Büchsen- und Landratsbeleidiger, der, wie der Anklagevertreter bei der Begründung des Strafmaßes sagte, einer der eifrigsten sozialdemokratischen Agitation im Waldenburger Revier sei. Das Gericht konnte sich von der absoluten Sicherheit des Polizeiengegners nicht überzeugen und sprach Osteroth von Strafe und Kosten frei, da die Aufzeichnungen doch nicht „ganz“ zuverlässig zu sein schienen.

Vor Eintritt in die Verhandlung hatte Genosse Osteroth den nationalliberalen Landtagsabgeordneten und Landgerichtsrat Krause wegen Besangenhait mit Erfolg abgelehnt.

Die Reichstagswahlwahl in Wülheim-Wipperfurth ist auf den 15. Februar, die eventuelle Stichwahl auf den 28. Februar anberaumt worden.

### Oesterreich.

#### Das Verbrechen der Agrarier.

Wien, 16. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Sitzung, die Mittwoch um 11 Uhr begonnen hat, dauert ununterbrochen an. Die Gegner der Obstruktion sind in Schichten eingeteilt, die sich gegenseitig ablösen. Natürlich war auch der Nachdienst organisiert. Die Sitzung brachte einen neuen Rekord für Dauerreden, der außer in den „Bereinigten Staaten“ noch nicht erreicht wurde. Der tschechische Agrarier Kolarz schloß nämlich seine Rede erst 10 Minuten vor 2 Uhr früh. Er hat 14 Stunden lang „gesprochen“ und damit die 12 Stundenrede des Abg. Becker überholt. Freilich ist eine solche Obstruktionsrede dadurch erleichtert, daß sie tschechisch gehalten wird und sich damit dem Eingreifen des Präsidenten entzieht (nach der seltsamen Meinung, daß zwar die Abgeordneten das Recht haben, ihre Muttersprache zu gebrauchen, für den Präsidenten aber nur die in deutscher Sprache gehaltenen Reden als seiner Zensur unterstehend gelten). Auch ist dies möglichst leise Gemurmel, das möglichst oft durch lange Beifallsstundgebungen der Genossen des Redners unterbrochen wird, um Erholungspausen zu schaffen, sicher kein Gehör für die Zuhörer. Zum Glück

ist die Zahl der Obstruktionshelden nicht groß und die der Dauerredner noch geringer. Der Kolarz folgende Redner Solly vermochte sein „Schlußwort“ nicht über 4 Stunden auszudehnen. Um 6 1/2 Uhr früh war er zu Ende. Das Haus lehnte die Dringlichkeit des ersten Antrages von 37 seitens der tschechischen Agrarier eingebrachten Dringlichkeitsanträge ab und verhandelte den zweiten Dringlichkeitsantrag.

Diesem begründete der tschechische Agrarier Spacel, der Antrag verlangt Maßregeln zur Hebung der Pferdezucht. Herr Spacel sprach bis 12 Uhr mittags. Dann protestierte unser Genosse Kefel kurz gegen das frivole Treiben. Um 1/2 Uhr nachmittags begann der Agrarier Dily das Schlußwort. Während seiner Rede ertönten gegen 6 1/2 Uhr abends von der zweiten Galerie lebhafteste Entrüstungsrufe gegen die Obstruktionisten. Die Galerie, die stark besucht war, wurde hierauf geräumt. Auch im Saale kam es aus diesem Anlasse zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den deutschen und tschechischen Abgeordneten. Nach der Räumung der Galerie setzte Dily seine Rede fort.

Die Arbeiter sind entschlossen, dem Muehelnord an dem Parlament nicht ruhig zuzusehen. Gestern Abend fand bereits eine spontane Kundgebung statt. Mehrere Tausend Arbeiter marschierten von den Fabriken direkt vor das Parlament, wo eine eindrucksvolle Kundgebung gegen das agrarische Verbrechen stattfand. Die Demonstrationen werden sich wiederholen und für Sonntag steht eine Riesendemonstration der kampfgewohnten Wiener Arbeiterbataillone in Aussicht.

### Gegen die Obstruktion.

Wien, 16. Dezember. Die Vollversammlung der deutsch-tschechischen Parteien sprach einhellig ihre Entrüstung über die Obstruktion der Slawischen Union aus und erklärte auf das Entschiedenste, ihre ganze Kraft aufzubieten zu wollen, um dieses, den Staat, die Verfassung und das allgemeine Volkswohl gefährdende Treiben zu bekämpfen und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß unter den gegebenen Verhältnissen jedes Entgegenkommen gegenüber der Slawischen Union ausgeschlossen sein müsse.

### Obstruktion auch in Ungarn.

Budapest, 16. Dezember. Die Rostuthpartei hat beschlossen, nicht in die Beratung des Budgetprovisoriums einzutreten, da dieses dem Abgeordnetenhaus von einem Kabinett unterbreitet worden sei, das seine Entlassung gegeben habe; vielmehr möge das Abgeordnetenhaus an den König eine Adresse richten, daß er eine parlamentarische Regierung ernenne, die für die finanziellen Bedürfnisse sorgen würde. Falls jedoch das Kabinett, das seine Entlassung eingereicht, auch nach Neujahr an seinem Platze bleibe, so mögen im Rahmen des vorjährigen Budgets nur die allerdringendsten Ausgaben angewiesen werden. Die Rostuthpartei wird diese dringendsten Ausgaben heute ausdrücklich bezeichnen und hervorheben, daß eine Regierung, die ihre Entlassung eingereicht, einen Beitrag zu den gemeinsamen Ausgaben nicht auszahlen dürfe.

### Schweiz.

#### Die Bundesversammlung.

Bern, 16. Dezember. Die vereinigten Bundesversammlung wählte mit 148 von 160 abgegebenen gültigen Stimmen zum Bundespräsidenten für 1910 Robert Comte de Neuchâtel, Chef des eidgenössischen Finanz- und Polizeidepartements. Zum Vizepräsidenten wurde gewählt Marc Ruchet-Boadot, Chef des Departements des Innern, zum Bundeskanzler Schammann, der bisherige Bizekanzler. Comte ist zum zweiten Male Präsident und übernimmt die Leitung des politischen Departements. Alle drei Gewählten gehören der radikal-demokratischen Partei an.

### England.

#### Arbeiterpartei und Gewerkschaften.

London, 14. Dezember. (Eig. Ber.) Mindestens so wichtig wie der Wahlkampf und seine Fragen sind die politischen Vorgänge innerhalb der Gewerkschaften. Sie bestätigen die Ansicht, daß der Gedanke der politischen Selbstständigkeit immer umfangreichere Schichten der organisierten Arbeiter erfasst und an Konsequenz gewinnt.

Bekanntlich weigern sich die Vergarbeiterführer von Northumberland, Wurt und Fenwick, die Statuten der Arbeiterpartei anzuerkennen, das heißt, sie sind nicht geneigt, nur als Arbeiterkandidaten aufzutreten, sondern sie wollen auch weiterhin zur liberale Partei gehören. Eine Konferenz der lokalen Vergarbeiterorganisationen beschloß im Sinne der Arbeiterpartei, worauf von beiden Seiten der Antrag angenommen wurde, eine Urabstimmung der organisierten Vergleute darüber vornehmen zu lassen. Die Frage lautete: „Sollen die parlamentarischen Kandidaten der Vergleute von Northumberland die Statuten der Arbeiterpartei unterschreiben?“

Etwa 30 000 Vergleute sind berechtigt, an der Urabstimmung teilzunehmen. Es beteiligten sich an ihr 25 383, wovon 13 374 mit Ja stimmten, 11 696 mit Nein. Die Mehrheit für die Anerkennung der Statuten der Arbeiterpartei beträgt demgemäß 1678 Stimmen. Zahl der ungültigen Stimmzettel: 313.

Trotz dieser Abstimmung wird Wurt kandidieren, und zwar einzig und allein als liberaler Kandidat. Er wird wahrscheinlich die Stimmen einer großen Zahl von Vergleuten erhalten. Er steht jetzt im Alter von 73 Jahren und sah seit 1874 als Vergarbeitervertreter im Parlament. Die Arbeiterpartei wird höchstwahrscheinlich keinen Gegenkandidaten aufstellen, um dort die Zustände nicht zu verbittern. Zeit und Verhältnisse sind zugunsten der neuen Arbeitergeneration, die deshalb ein wenig warten kann.

Nicht minder interessant ist die Nachricht, daß Richard Bell, der Sekretär der Eisenbahner, dessen politische Haltung scharf von der Arbeiterpartei verurteilt wurde, auf seine parlamentarische Kandidatur in Derby verzichtet. Bell war einer der wenigen Arbeiterabgeordneten, die die Statuten der Arbeiterpartei nicht unterzeichnen wollten. Ueber die Gründe seines Rücktritts werden verschiedene Nachrichten in Umlauf gesetzt. Für uns genügt indes die Tatsache, daß die Arbeiterpartei und die Arbeiterfraktion an Einheitsfront gewinnen und daß die gewerkschaftliche und die politische Bewegung immer mehr harmonieren.

### Die Kriegsbrüfungen.

London, 16. Dezember. Der erste Lord der Admiralität Weymouth hielt in Southend eine Rede, in der er sagte, er könne seine Hörer darüber beruhigen, daß das Land in vollkommener Sicherheit sei. Drei dem Dreadnought an Stärke überlegene Kriegsschiffe seien sechsen vollendet worden. Zwei weitere seien in den königlichen Werften von Stapel gelaufen und vier befänden sich

zurzeit noch im Bau. Ferner würden die Arbeiten für die Ausrüstung und die Maschinen von vier Schiffen, die vor März 1912 vollendet sein müßten, binnen kurzem in Bestellung gegeben werden. Außerdem werde er in nächster Zeit die für das Dreadnought Geschütz Würtzolis und Neuseelands notwendigen Anweisungen geben, ein Geschütz, das einen Beweis für die enge Verbindung der Kolonien mit dem Mutterlande liefere.

### Italien.

#### Bürgermeister und Jar.

Rom, den 14. Dezember 1900. (Eig. Ber.) Da der Bürgermeister Nathan längere Zeit leidend war, hat er erst am 13. Dezember zum ersten Male einer Stadtverordnetenversammlung teilgenommen können. In seiner Rede hat er nach Verhütung anderer Angelegenheiten gleich zu seiner Reise nach Neapel zum Zarenbankett Stellung genommen. Er gab hierbei die folgenden Erklärungen ab: „Ich habe es für richtig gehalten, der Einladung des Königs zu folgen und an dem Bankett zu Ehren des Zaren teilzunehmen. Ich könnte Ihnen sagen, daß ich lediglich vor der Wahl stand, die Einladung anzunehmen oder sie zu verweigern, wobei ich meiner Weigerung den Charakter eines Protestes geben mußte, daß mir zu wählen blieb zwischen der Teilnahme am Bankett und meinem Rücktritt. Aber ich will Ihnen offen erklären, daß ich mit wirklicher Genugtuung der Einladung Folge geleistet habe, weil ich in dem Besuch des Oberhauptes einer ausländischen Großmacht die Gewähr einer Freundschaft sah, die in heutiger Stunde und gegenüber etwaigen Gefahren für uns von hohem Wert ist. Diesen Gefühlen habe ich auch dem Zaren gegenüber Ausdruck gegeben.“

Auf diese Worte des Bürgermeisters antwortete Genosse Carrara im Auftrag der Parteifraktion in der Stadtverwaltung. Er erklärte, daß die sozialistische Partei, die so oft dem russischen Volke ihre Sympathie bewiesen hätte, der festen Zuversicht gewesen wäre, daß das demokratische Bewußtsein Italiens von den Erregungen des russischen Selbstherrschers fern bleiben würde. Dasselbe hätte die Partei vom Bürgermeister erwartet, der den Puls des Volkes fühlen mußte, weil er von einer demokratischen Wählerschaft zu seinem Amte berufen worden ist. Der Bürgermeister mußte wissen, wie die Sozialisten dem Zaren gegenüber empfanden, und er mußte weiter, daß die Stadtverwaltung, an deren Spitze er steht, zu einem nicht unbedeutenden Teil aus Vertretern der Partei gebildet ist, deren beste und heiligste Gefühle seine Handlung verletzen würde. Unter diesen Umständen hätte sich die sozialistische Partei gefragt, ob sie auf die Wahrung ihrer Empfindungen durch gleiche Wahrung der Gesetze der Stadtverwaltung antworten sollte. Aber das Gefühl der Verantwortung gegenüber der Wählerschaft hätte die Oberhand behalten und die Fraktion bestimmt, die Mitarbeit an der Stadtverwaltung fortzusetzen. Dessenungeachtet erhöhen jedoch die Sozialisten mit der größten Energie Einspruch gegen das Verhalten des Bürgermeisters und präden dem verewaltigten russischen Volke feierlich ihre bedingungslose Solidarität aus.

Auch ein Republikaner sprach im Namen seiner Fraktion und lehnte die Verantwortung für den Besuch des Bürgermeisters ab, während der Vertreter der Liberalen, die ja in Rom dem Vlod der Volksparteien angehören, seine Genugtuung über die berückichtigte Guldigungsreise aussprach.

### Finnland.

#### Das Alkoholverbot.

Aus Petersburg kommt die Nachricht, daß die russische Regierung das Alkoholverbotgesetz vom 31. Oktober 1907 verworfen hat. Dies war vorausgesehen, da der finnische Senat selber die Nichtannahme empfahl! Gleichzeitig hat aber die St. Petersburger Regierung den finnischen Senat beauftragt, einen neuen Entwurf ausgearbeitet, welcher dem abgelehnten Gesetze möglichst konform wäre, und der finnischen Volkvertretung zur weiteren Ausarbeitung einreichen.

Doch braucht sich der Senat dieser Mühe nicht zu unterziehen. Der im November d. J. aufgelöste Landtag hat bereits — in sicherer Annahme, daß das erste Verbotgesetz keine Sanktion erlangen wird — ein neues und dem ersten wirklich konformes Gesetz angenommen, welches nunmehr seinen Lebensweg antreten kann.

## Aus der Partei.

### Parteiliteratur.

Von den im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erscheinenden „Biblische Geschichten“, Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion, von Max Maurerbrocher, gelangte soeben Heft 2, „Sintflutgeschichten“ zur Ausgabe. Der Inhalt des Heftes gliedert sich in folgende Kapitel:

Literaturgeschichten: Geschichten, die die Sintflut nicht kennen. — Die doppelte Sintflutgeschichte. — Widersprüche in den Haupterzählungen. — Die dreifache Liste der Urmenschen. — Drei selbständige Erzählungsbücher. — Grundbücher der fünf Bücher Mose. — Schriftsteller und Sagen.

Die Sintflutgeschichten: Das babylonische Sintflutgeschicht. — Ursprung der Sintflutgeschichte. — Sinn und Entwicklung des Sintflutmythos. — Die Sintflutgeschichte in Israel. — Die beiden israelitischen Sintflutgeschichten.

Kleinere Stoffe: Der Turmbau zu Babel. — Aam und Abel. — Wästenstimmung. — Der Segen des Noah. — Die Entstehung der Riesen.

Israel und Babylon: Kanaan unter babylonischem Einfluß. — Israels Ansiedelung in Kanaan. — Babylonische Einflüsse in der israelitischen Religion. — Die Jahwistischen Schriften. — Die Priesterchrift.

Anhang — Texte: 1. Der Sintflutbericht der Priesterchrift. — 2. Der Sintflutbericht der Jahwisten. — 3. Aam und Abel. Jedes Heft kostet 1 M., Vereinsausgabe 40 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

### Reichstagskandidaturen.

Zum 10. schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Auenburg) wurde am Sonntag Genosse Schaumburg-Damburg als Kandidat aufgestellt, da der bisherige Inhaber der Kandidatur, Genosse Lesche die Kandidatur im 17. hannoverschen Wahlkreis (Sarburg) angenommen hat.

Der Sozialdemokratische Verein Straßburg-Land, der jetzt 471 Mitglieder zählt, stellte in seiner Generalversammlung den Genossen Ortsrentenkassenbeamten Richard Fuchs-Schillingheim wieder als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl auf.

### Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz.

In der Stadt Bern hat am Sonntag unsere Partei bei der alljährlichen Wertschätzung der 80 Mitglieder zählenden Gemeinderates ihre zur Wahl stehenden sieben Sitze überhaupt und zwei neue dazu gewonnen, indem sie den freisinnigen und den Konservativen je ein Mandat abgenommen hat. Die auf unsere Partei gefallenen Stimmen waren 3486, die der Freisinnigen 2625 und der Konservativen 897, so daß erstere allein mehr Stimmen erhielt, als die beiden bürgerlichen Parteien zusammen. Die Wahl fand nach dem schweizerischen Proporzgesetz statt. Die sozialdemokratische Fraktion zählt nun 34, die freisinnige 33 und die konservative 13 Mitglieder. In Luzern ist zu dem bisherigen reinen sozialdemokratischen Vertreter noch ein zweiter hinzugekommen. So wird immer wieder ein Aufwärtsschritt gemacht.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.  
Gelbe Purzelbäume.

Die Art, wie der gelbe „Bund“ jetzt versucht, die vor kurzem stattgefundenen Wahlen zum Konium bei Siemens u. Halske und Siemens-Schuckert so darzustellen, daß noch ein Erfolg, mindestens aber kein Mißerfolg der Gelben dabei herauskommt, ist derartig krampfhaft, daß man von Mitleid erfährt wird mit dem Manne, der diese Aufgabe zu lösen hatte.

Es ist aber auch schrecklich: Siemens u. Halske, diese Bittsteller der Gelben, die zu ihrer Festigung so viel Geld und Terrorismus erforderte, ist ebensowenig sicher wie die A. G., Flohr und alle anderen Schlupfwinkel des gelben Arbeiterbetrugs. Um nicht die ganze Schande offenkundig werden zu lassen, hat der „Bund“ ganz vergessen (oder sollte es Absicht sein?), die Stimmenzahl anzugeben, die auf die einzelnen Listen gefallen ist.

Den Namen des „Vorwärts“ für die Verrenkungen und Verdrehungen des „Bund“ soweit in Anspruch zu nehmen, daß ein vollständiges Bild derselben gegeben wird, hieße damit Mißbrauch treiben. Nur eine Bemerkung des „Bund“ wollen wir etwas tiefer hängen.

Zum näheren Verständnis zunächst folgendes: Die Wahlen werden mittels Listen vorgenommen. Im Vorjahre hatten unsere Kollegen im Dynamowerk eine Beteiligung abgelehnt; dadurch haben die Gelben ihre ganze Liste durchgeholt. Das wurde als ein großer Erfolg der Gelben hinausposaunt. Der Metallarbeiterverband ist vollständig in den Siemenswerken beteiligt, rief der „Bund“. Dieses Jahr nun beteiligten sich unsere Kollegen an der Wahl, ihre Liste ging mit der weiteststimmigen Stimmenzahl aus der Wahl hervor und stellen unsere Kollegen deshalb layungsgemäß den ersten Vorsitzenden des Konium. Diese letztere Tatsache nun veranlaßt den „Bund“ folgendes zu schreiben:

„Unser bewährter Kollege Redlich (der bisherige gelbe Vorsitzende) wird auch hier sicher bei den nächsten Wahlen den Vorsitz zurückerobern.“

Wir erlauben uns die Frage: Ist jetzt beschlossene, wiederholte bis zu den nächsten Wahlen gemahngeregt werden sollen, um eine Wiederholung der diesmaligen Wahlen zu verhindern?

Daß wir eine offene Antwort auf unsere Frage bekommen, ist ja nicht zu erwarten. Aber eine solche ist auch nicht notwendig, denn die Einwirkungsversuche durch die Entlassung einer genügend großen Anzahl Arbeiter, die nicht gelb sind, haben schon dieses Jahr nichts gebracht. Bis zur nächsten Wahl aber wird ein noch größerer Teil der „gelben Herrlichkeit“ bei Siemens zusammengebrochen sein. Daß mit der gelben Seuche bei Siemens auch die „Bund“-Herrlichkeit des Herrn Lebus zusammenbricht, ist ja klar. Es ist seine eigene Sache, für die Herr Lebus im „Bund“ kämpft.

Deutscher Metallarbeiterverband.  
Ortsverwaltung Berlin.

Der Brauerarbeiterverband erstattete am Mittwochabend seinen Mitgliedern vom Fabryersonal in den Brauereien Bericht über den Stand der Kommissionsberatungen über die Tarifvorlage. Die Versammlung, die im Gewerkschaftshaus stattfand, war außerordentlich stark besucht. Schmidt referierte. Im wesentlichen deuten sich seine Ausführungen mit dem, was in einer Versammlung am Sonntag dem in Deutschen Transportarbeiterverbande organisierten Fabryersonal berichtet wurde (siehe die Dienstagnummer des „Vorwärts“). Schmidt hob hervor, welche Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Verbänden noch bestehen. Der Brauerarbeiterverband hält es für sehr wichtig, die Verhältnisse der Fabrik- und Flaschenbierfahrer einmal gründlich zu regeln, zum Beispiel in Bezug auf die Arbeitszeit. Für die Tourenfahrer soll eine Arbeitszeit von höchstens zehn Stunden festgesetzt sein und jede weitere Arbeit als Nebenarbeit bezahlt werden. Die Arbeitszeit soll beendet sein nach erledigter Tagesarbeit und wenn die mit der Tour zusammenhängenden Arbeiten ausgeführt sind. Ferner verlangt der Brauerarbeiterverband, daß den Fahrern ein Mindestlohn pro Jahr garantiert werden solle, und zwar für die Fabrikfahrer 4000 M. bei vierteljährlicher Abrechnung, für die Flaschenbierfahrer 2800 M. bei monatlicher Abrechnung und für die Privatfahrer 2000 M. bei vierteljährlicher Abrechnung. — Auch die Freigabe des 1. Mai als Feiertag soll verlangt werden.

Nachdem der Vorsitzende Tröger die Forderungen noch nach verschiedenen Seiten beleuchtet hatte, begann eine lebhafte Diskussion darüber, die im allgemeinen in einem zustimmenden Sinne gehalten war. Tröger machte noch besonders darauf aufmerksam, daß beim Fabryersonal gerade am meisten zu tun sei, um die inorganisierten heranzuziehen. Von 1295 inorganisierten in den 48 Lagerbierbrauereien überhaupt gehören 544 dem Fabryersonal an. Im Brauerarbeiterverband sind vom Fabryersonal 1191 Mann organisiert, im Deutschen Transportarbeiterverband 777.

**Achtung, Glasarbeiter!** Die Differenzen bei der Firma Rödter u. Mayer, Hochstr. 28, sind beigelegt. Die Organisation und Arbeitsnachweis wurden anerkannt.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Glasarbeiter-Vereins.

## Achtung, Fensterputzer Berlins!

Wegen Lohnforderungen haben am Mittwoch die Kollegen der Firma „Wip-Plan“ (Jah. Schiefinger), Weinmeisterstr. 14, die Arbeit niedergelegt. Bislang hatten dieselben einen Lohn von 21 M. wöchentlich, ihre Forderung beträgt 24,50 M. Da der Unternehmer auf die Forderung zu antworten überhaupt für überflüssig hielt, waren die Kollegen genötigt, die Arbeit niederzulegen.

Wir bitten die Kollegen, Solidarität zu üben und die Streikenden in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Zugang ist fernzuhalten!  
Deutscher Transportarbeiter-Verein.

## Deutsches Reich.

### Wieder ein „Terrorismuschwindel“.

Das Organ der gelben Bäckergesellen, „Deutscher Bäcker- und Konditor-Gehilfe“, eine ganze Reihe Meisterzeigungen sowie andere bürgerliche Tageszeitungen bringen folgende Schwindelnotiz:

„Ein unerhörtes Rohheitsakt verübten die sozialdemokratischen Bäckergesellen an dem Vorsitzenden des Zweigbundes Mitteldeutschland der national gesinnten Bäckergesellen in Frankfurt a. M. anlässlich einer von letztgenanntem Bund einberufenen Versammlung. Diese sozialdemokratischen Bäckergesellen besetzten den Saal und verließen denselben nicht trotz wiederholter Aufforderung des Vorsitzenden und der Polizei, so daß der Bier sich veranlaßt fühlte, allen den Saal zu verweigern. Nun stimmten die sozialdemokratischen Bäckergesellen ein Freudengeheul an, daß sie ihr Ziel erreicht hätten. Auf den Vorsitzenden Hermann Dreiwitz stürzten sich zwei bis drei Dugend Genossen und bearbeiteten ihn mit Stöcken, Fäusten, Schläffeln, ja sogar mit Schlagsingen, die sie zu diesem Zwecke mitgebracht hatten, so daß derselbe überaus zugerichtet wurde am ganzen Körper und eine Gehirnerschütterung erlitt und schwer danieder liegt.“

Dieser Notiz liegt offenbar ein Aufzug zugrunde, der die ganze erste Seite der Nr. 23 des Blattes „Deutscher Bäcker- und Konditor-Gehilfe“ bedeckt und unterzeichnet ist „Der Bundesvorstand“. Dieser Aufzug fordert dazu auf, am 11. Januar 1910 in ganz Deutschland scharfe Protestversammlungen abzuhalten gegen den geschändeten Rohheitsakt. Und dann heißt es:

„In allen Versammlungen bitten wir, Teilerhellungen am Eingang zu veranlassen und die Einnahme an Schahmeister Wolf, Berlin NW. 5, Ferkelberger Straße 15, zu senden. Derselbe wird den Ertrag dem Kollegen Dreiwitz zugeben lassen.“

Also zugunsten des vom „sozialdemokratischen Terrorismus“ aufs Krankenlager hingestreckten und so erwerbsunfähig und unter-

Arbeitsbedürftig gewordenen Märtyrers seiner Ueberzeugung soll eine allgemeine Landeslokette veranstaltet werden.

Die fragliche Versammlung war als Werbeversammlung einberufen (siehe Nr. 31 der „Frankfurter Bäder- und Konditor-Ztg.“); unterschiedslos waren Meister und Gesellen dazu eingeladen (Nr. 21 der Zeitung: „Deutscher Bäcker- und Konditor-Gehilfe“). Mit vollem Recht gingen auch Mitglieder des Verbandes der Bäcker usw. und Nichtorganisierte zur Versammlung, Meister erschienen nicht. Als die Einberufer sahen, daß ihre Absichten eine verächtliche Minderheit der Versammlung bildeten, weigerten sie sich, die Versammlung zu eröffnen, die Antwohrenden bestanden aber darauf, auch der Bier war anfänglich damit einverstanden. Die Gelben hielten jedoch die Polizei und nimmermehr wünschte auch der Bier, die Versammlung solle ganz unterbleiben. Auf der Straße hat schließlich der Gelbe Dreiwitz ein paar Obleiben erhalten. Die Namen der Beteiligten sind festgestellt. Es befindet sich unter diesen kein Mitglied des Bäckerverbandes!

Und nun das Letzte: Der angeblich schwer verletzte Dreiwitz schaffte froh und munter auf seiner Arbeitsstelle beim Bäckermeister Eckert in Frankfurt-Vornheim, Luisenstr. 79; er besucht täglich das Verkehrslokal der Gelben: Zum Präsidium, Heiligengasse 32. Er hat dies auch am Tage nach dem „Attentat“ getan. Allerdings hat er später einmal drei Tage seine Arbeit ausgelegt, aus welchem Grunde ist unbekannt. Dreiwitz geht auch selber frisch und munter auf Agitation.

Wird die bürgerliche Presse wohl von dieser Nichtigstellung Notiz nehmen?

## Die Vergarbeiter und der Zeichenarbeitsnachweis.

Die gegenwärtig nicht günstige Geschäftskonjunktur im Bergbau läßt es nicht ratsam erscheinen, den Gewaltstreik der Zeichenbesitzer durch einen allgemeinen Vergarbeiterstreik abzuwehren. Die verlaute, planen die vier Vergarbeiterorganisationen daher zunächst die Errichtung einer Zentralstelle für eine Ueberwachung der Handhabung des Zwangsarbeitsnachweises. Das bei dieser Zentralstelle eingehende Material soll gesammelt, veröffentlicht und dem Minister unterbreitet werden.

**Achtung, Feilenhauer!** Der Zugang nach Chemnitz ist fernzuhalten wegen einer in einer dortigen Feilenfabrik ausgebrochenen Differenz.  
Deutscher Metallarbeiter-Verein.  
Ortsverwaltung Berlin.

## Die Gelben gegen die Arbeitslosenversicherung.

Wie bei den anderen Korporationen so hatte der Magistrat der Stadt Augsburg auch bei den Gelben ein Gutachten über die Einführung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung eingeholt. In einer Sitzung der gelben Vorstandschaft wurde beschlossen, sich gegen die Einführung einer Arbeitslosenversicherung durch die Gemeinde auszusprechen, da die Gemeinde in keiner Weise berechtigt sei, Zuschüsse an einen Teil der Gemeindeangehörigen aus Mitteln der Allgemeinheit zu gewähren. Unter keinen Umständen könne dem Genter System zugestimmt werden, da dadurch die sozialdemokratischen Organisationen gestärkt würden. Uebrigens sei die Einführung einer Arbeitslosenversicherung überflüssig, da insbesondere für gelehrte Arbeiter eine Arbeitslosigkeit nicht vorhanden sei, eher sei ein Mangel an Arbeitern zu verzeichnen. Auch würden die Augsburger Industriellen ihren arbeitslos werdenden Arbeitern in reichlichem Maße Unterstützungen zuwenden.

Dieser Beschluß der gelben Vorstandschaft deckt sich fast wörtlich mit den Gründen, die von den Augsburger Industriellen gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung angeführt worden sind. Die Gelben zeigen sich auch hier wieder als Schutzherr der Unternehmer und leisten als solche den scharfmacherischen Industriellen Beihilfe.

Etwas anderes war ja wohl von den Führern der Gelben kaum zu erwarten; frohlich muß es nur erscheinen, ob den Mitgliedern nicht bald der Geduldsboden reicht ob solchen arbeitserfeindlichen Verhalten ihrer Leitung. Viele Anzeichen deuten schon darauf hin, daß die Langmut selbst der bedürftigsten, patriotischen und unternehmertreuen Arbeiter zu Ende geht.

## Ausland.

Ueber die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908 veröffentlichte soeben das Sekretariat des Gewerkschaftsbundes eine umfassende Darstellung, nach der die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen 19 Verbände Ende des Berichtsjahres 68 863 (davon 5772 weibliche) Mitglieder zählten gegen 75 915 (6216) in 1907 und 66 862 (4056) in 1906. Im Berichtsjahre haben nur 5 Verbände eine Mitgliederzunahme, 14 aber einen Mitgliederabgang erfahren; letztere bewegte sich zwischen 1,1 und 7 Proz., die Verminderung zwischen 0,3 und 58,2 Proz. Letztere trat im Verband der Maurer und Handlanger ein und zwar hauptsächlich infolge der separatistischen Bestrebungen anarchoindividualistischer Italiener und Franzosen. Die anderen Verbände erlitten ihre Schwächung vornehmlich durch die verheerenden Wirkungen der Krise, aber auch verlorene Streiks und Ausschperrungen wirkten mit. Trotzdem der Gedanke des Industrieverbandes bereits erhebliche Fortschritte gemacht hat, existieren noch verschiedene Zweigverbände, so z. B. derjenige der Futurmacher mit 200 Mitgliedern, die für den Kampf mit dem Kapital um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ungeeignet sind und daher ebenfalls nach und nach in den Industrieverbänden aufgehen müssen.

Mit Einfluß der Eisen- und Straßenbahner, Telegraphenarbeiter, des Post- und Zollpersonals sind insgesamt 113 815 Personen organisiert, die 18,5 Proz. der gesamten 611 430 Organisationsfähigen ausmachen. Den höchsten Prozentsatz der Organisierten weisen mit 82,4 Proz. die Eisenbahner auf, dann folgen die Heizer und Maschinenisten mit 75,8 Proz., Post- und Zollpersonal mit 65,2 Proz., Telegraphenarbeiter 50 Proz., graphische Arbeiter 32,4 Proz. (Buchdrucker allein 90 Proz.), Maler und Gipser 31 Proz.; den geringsten Prozentsatz haben die Textilarbeiter mit 4,4 Proz.

Es ist noch eine Nebenarbeit an Agitation und Organisation zu verrichten, um die Masse der Inorganisierten für die Gewerkschaft zu gewinnen.

## Soziales.

### Staatliches Einigungsamt in der Schweiz.

Die Basler Regierung hat dem Großen Rat einen Gesetzentwurf betreffend die Errichtung eines ständigen staatlichen Einigungsamtes unterbreitet. Dasselbe soll das 1897 geschaffene Vermittlungsamt ersetzen und folgende Aufgaben erfüllen: Herbeiführung einer Einigung bei Kollektivstreitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern durch Vermittlung und falls sie nicht gelingt, Entscheidung der Streitfrage durch Schiedspruch. Ferner soll er den Abschluß von Tarifverträgen zu ermöglichen suchen. Das neue Einigungsamt erhält die Kompetenz, Bußen bis zu 50 Franken, die es in Haft umwandeln kann, gegen Personen auszusprechen, die sich seinen Anordnungen nicht fügen oder die Anzeige von bestehenden Kollektivstreitigkeiten unterlassen. Ob der Große Rat die Vorlage in dieser Form annehmen oder aber wesentliche Abänderungen daran vornehmen wird, bleibt abzuwarten.

## Versammlungen.

Die Töpferträger, organisiert im Verbands der baugewerblichen Hilfsarbeiter, hielten am Montagabend eine Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Der Lohnvertrag für Träger in Odenburg-Geschäften Berlins und der Vororte, vereinbart zwischen der Töpfer- und Ofenleger-Zwangsgewinnung zu Berlin und dem Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter, lag gedruckt vor. Es hatte sich aber ein Fehler im Wortlaut des Tarifs eingeschlichen und die Versammlung

beschloß, daß eine Änderung vorzunehmen sei. Der Tarif gilt für die Zeit vom 29. November 1909 bis 30. September 1911.

Der Bericht von der Vertreterversammlung, die am 28. November stattfand, wurde entgegengenommen. Die Vertreterversammlung beschäftigte sich mit der Wahl der Delegierten zum Verbandstage, mit einem Bericht über die Lohnbewegung im Baugewerbe, dahinschickend, daß Verhandlungen stattgefunden haben, und mit Anträgen zum Verbandstage. Einige Anträge riefen in der Versammlung der Töpferträger eine kurze Diskussion hervor.

In der Versammlung der Lederarbeiter wurde als erster Vorsitzender Kollege Rungel einstimmig wiedergewählt. Nachdem noch weitere Wahlen vollzogen waren, beschäftigte sich die Versammlung mit den Verhältnissen der Lederfabrik Korpus in Herzberge. Diefelbe wurde wegen der Behandlung, welche die Arbeiter von seiten der Firma sowohl wie von den dortigen Meistern zu ertragen haben, einer scharfen Kritik unterzogen. Die Zahl der Arbeitslosen, welche durch die Pleite zweier großer Fabriken am Orte vorhanden sind, hat der Firma Rat eingebracht, als deren der Situation aufzutreten. Trotz des beiderseitig vereinbarten Tarifs nimmt die Firma das Recht für sich in Anspruch, ohne weiteres Abzüge zu machen. Wie weit die Firma darin vorgeht, hat folgendes Beispiel bewiesen. Die Arbeiter glaubten, einen bei der Firma bis zu seinem Tode beschäftigt gewesen Kollegen das letzte Geleit geben zu müssen; wurden aber, statt daß sie zu Mittag Feierabend machen durften, erst im letzten Augenblick entlassen. Außerdem mußten sie der Firma die Stunden nach Feierabend wieder ersehen. Den laut Tarif vereinbarten prozentualen Zuschlag für die Ueberstunden weigert sich die Firma zu bezahlen und gestattet für künftig, daß zur Regelung dieser Angelegenheiten nur eine Deputation zu entsenden sei. Das Verstreben der Fabrikanten wird leider von den Meistern noch unterstützt. Glaubt die Firma, auf diesem Standpunkt verharren zu können, so hat sie sich gelockt. Auch den Arbeitern wird wieder einmal die Möglichkeit gegeben sein, derartige Mißstände abzuschaffen zu können.

## Kommunales.

### Die Stadtverordnetenversammlung.

Wurde gestern vom Vorsteher Michalek eröffnet mit einer Ansprache, in der er freudestrahelnd berichtete, daß am gestrigen Vormittag aus Anlaß der Einweihung der 300. Gemeindegemeinde der Unterrichtsminister den Behörden der Stadt seine Anerkennung ausgesprochen und der Kaiser mehrere „verdiente“ Männer durch Ordensverleihungen ausgezeichnet habe. Man sieht, wie sehr der „Bürgerstolz“ des Stadtfreisinn durch solche Freundlichkeiten sich beglückt fühlt.

Das Ortsstatutum Schutzes der Stadt Berlin gegen Verunstaltung, das aus dem Ausschuss mit mancherlei Änderungen herausgekommen ist, wurde von der Versammlung so genehmigt. Die „Sozialfortschrittler“ wünschten den Vorbehalt, daß es erst dann in Kraft treten solle, wenn die örtliche Hauptpolizei in die Verwaltung der Stadt übergegangen sei. Die Darlegungen, mit denen Herr Preuß diese alte Forderung Berlins begründete, wurden vom Oberbürgermeister Kirchner als für diese Sache unzutreffend bekämpft. Genosse Singer unterstützte den Antrag und warnte vor dem Optimismus, den der Oberbürgermeister bekundet hatte. Eine Mehrheit fand sich indes nicht für den Antrag.

Um die Nachforderung von Mitteln für Heilstättenkuren usw. entbrannte noch einmal ein heftiger Streit. Der Beschluß des Ausschusses ging nicht hinaus über die 100 000 M., die der Magistrat nachforderte. Die sozialdemokratische Fraktion aber beantragte, noch die weiteren 75 000 M. dazu zu bewilligen, die die Armenverwaltung selber für nötig erklärt hatte. Diese Forderung wurde auch von dem Sozialfortschrittler Nathan unterstützt. Genosse Wehl nagelte fest, daß in dieser Frage nicht der Chef des Armenwesens, sondern der Hüter des Stadtsäckels den Sieg davongetragen habe. Das sei kein Ruhmesblatt für Berlin, sagte unser Redner. Kammerer Steiniger antwortete mit brutaler Offenheit, es sei nicht Aufgabe der Stadt, „Bloß immer Ruhmesblätter zu sammeln“, diese Aufgabe sei „ziemlich kostspielig“. Er fügte hinzu, es sei auch gar kein Geld mehr da, 75 000 M. mehr zu bewilligen. Daß da nur nicht irgendein fremder Potental plötzlich auf die Idee kommt, in Berlin einen Besuch zu machen! Das könnte eine schöne Geschichte werden, wenn er ohne den üblichen Fahren- und Girlandentransport „einzigeln“ müßte. Spahhaft war Stadtrat Münsterberg's Versuch, sich aus der Klemme zu ziehen, in der er steckte. Er bekannte, daß er nichts durchzusetzen vermöge. Genosse Singer unterstrich dieses Geständnis durch einen drastischen Zwischenruf, der stürmische Beifall weckte. Die freisinnige Mehrheit der Versammlung beschloß, daß es bei 100 000 M. sein Bewenden haben müsse. Was gilt ihr das Wohl armer kranker Kinder, wenn der Herr Kammerer erklärt, daß er für solche Zwecke kein Geld mehr im Säckel hat!

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Das Urteil im Prozeß Kuhbrodt.

Berlin. Die Schwurgerichtsverhandlung gegen die beiden Handlungsgehilfen Kuhbrodt und Kayser endete mit der Verurteilung der beiden Angeklagten. Nach Mitternacht fällt das Gericht folgendes Urteil: Kuhbrodt erhält wegen Vergehens gegen § 49a (Anstiftung zur Vergebung eines Verbrechens) ein Jahr zwei Monate Gefängnis; Kayser wegen verübten Diebstahls 6 Monate Gefängnis. Dem ersteren werden 5, letzterem 4 Monate für die erlittene Untersuchungsfrist angerechnet.

### Der Dämmerzustand des Einjährigen.

Magdeburg, 16. Dezember. (M. Z. V.) In der Revisionsverhandlung vor dem Oberkriegsgericht gegen den Einjährigen-Freiwilligen Baumgart vom 10. Infanterieregiment wegen Ermordung des Fähnrichs v. Feuner wurde der Angeklagte abermals freigesprochen.

### Die tschechisch-agrarischen Obstruktionisten.

Wien, 16. Dezember. (M. Z. V.) Gegen 9 Uhr beendete der Agrarier Lisch im Abgeordnetenhaus seine Rede, die acht Stunden gedauert hatte, worauf die Dringlichkeit des zur Verhandlung gestandenen Antrages abgelehnt wurde. Die erste Galerie, welche nach Schluß der Ausführungen des Redners Enttäuschung gegen die Obstruktionisten laut werden ließ, mußte geräumt werden. Das Haus trat sodann in die Verhandlung des nächsten tschechisch-agrarischen Dringlichkeitsantrages ein. Als der Abgeordnete Großgrundbesitzer Padour das Wort ergriffen hatte, ertönten von der zweiten Galerie Rufe: Abzug! Protokoller! Die Demonstration artete schließlich in eine unbeschreibliche Hämzene aus, man stieß und trampelte, bis die Galerie um 9 1/2 Uhr abermals geräumt wurde, was unter Ablehnung des Arbeiterliebes und unter anhaltenden, härmischen Pölnrufen der Galeriebesucher geschah. Nach viertelstündiger Unterbrechung setzte Padour seine Rede fort.

Der französische Eisenbahnerkongress.

Die französische Eisenbahnerorganisation, nach den Vergarkeitem die stärkste Gewerkschaft des Landes, hat in den letzten Monaten eine schwere Krise durchgemacht. Diese äußerte sich nicht in einem Abfall von Mitgliedern — denn unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen hat der Verband im letzten Jahre noch 6000 neue Mitglieder gewonnen — sondern in heftigen gegenseitigen Anklagen und Verdächtigungen, ja Anschuldigungen und in einer Desorganisation, die schließlich jede Weiterarbeit in der Zentrale wie in den regionalen und lokalen Gruppen unmöglich machte. Der Grund dieser Krise lag in den Gegensätzen zwischen der reformistischen und der anarcho-syndikalistischen Richtung und der Zuspitzung auf eine persönliche Affäre hat sie noch verschärft. Die Opposition gegen die reformistische Taktik der bisherigen Leitung konzentrierte sich in einem Angriff gegen den Generalsekretär Guérard, der seit Jahren die Verbandsgeschäfte mit kaum beschränkter Autorität geleitet hat, wie denn überhaupt in den französischen Gewerkschaften — und in den revolutionären ganz besonders — der Einfluß der „Führer“ viel stärker ist, als in den nach dem deutschen Muster formierten Organisationen, die man auf syndikalistischer Seite als eine willkürlich hinter einem Leitthema einherziehende Herde hinstellen beliebt. In das Feuer der Zwietscherei blies Hervés „Guerre Sociale“ kräftlich hinein, und die reformistische „Action Ouvrière“ verteidigte Guérard mit großem Geschick. Schließlich entschloß sich Guérard, sein Amt niederzulegen, aber die Abhaltung eines Kongresses zur Erledigung der persönlichen Angelegenheiten war nicht ohne weiteres unumkehrlich. Etwas anderes als diese hat der Kongress, der vom Freitag bis Sonntag in Paris tagte, nicht verhandelt. Die beruflichen Fragen wurden kaum gestreift, aber immerhin — wenn der Waffenstillstand, den er herbeigeführt hat, andauert, so hat er nützliche Arbeit geleistet.

Gegen Guérard wurden eine Menge Beschuldigungen erhoben. Mehrere davon waren aus blohem Klatsch gesponnen und darum leicht von ihm abzumachen, andere wenig wichtig. Die entscheidenden Punkte waren die folgenden:

1. Sollte Guérard das unglückliche Ende des Poststreiks durch Verräterei unterstützt haben. In der Tat hat er, nachdem er in einer Streikversammlung im Hippodrom das Eingreifen seiner Gewerkschaft in die Auslandsbewegung angeklagt hatte, die Durchführung des Generalstreiks bekämpft.

2. Sollte er das Interesse der Eisenbahner durch ein — unzulässig sehr ungeschicktes — Geldgeschäft geschädigt haben. Die Eisenbahner hatten vom Ministerium die Autorisation für eine Lotterie zugunsten eines Waiseninstituts erhalten. Ausgegeben wurden vier Millionen Lose zum Nennpreis von einem Frank. Als der Ziehungstag nahe war, war aber noch nicht einmal ein Viertel davon verkauft. Unmittelbar vor der Ziehung verkaufte Guérard den ganzen übrigen geliebten Stock um 60 000 Frank an Herrn Dejean, den Herausgeber der „Petite République“, die sich einst als „sozialistisch“ bezeichnet hat und jetzt „Organ für große Information“ nennt und noch wie vor ein Organ für nicht immer unanfechtbare Spekulationen ist. Diesmal war das Geschäft verhältnismäßig anständig, trug aber Herrn Dejean gleichwohl einen mächtigen Profit ein. Er heimste nämlich alle großen Lotterien, im ganzen 370 000 Fr. ein. Die Ankläger Guérards behaupteten nun, dieser hätte die großen Gewinnchancen für die Gewerkschaft retten können und sollen.

3. Würde Guérard seine Intimität mit Ministern vorgetrieben, um insbesondere seine Anwesenheit bei Banquets zu Ehren Vivianis und Millerands.

Guérard verteidigte sich mit großer Gewandtheit. In der Frage der Lotterie legte er dar, daß er sich vor einem Defizit gefürchtet habe und in letzter Stunde außer Stande gewesen sei, die Summen für die Lotterie zu deponieren. Ein Versuch, den Rest der Lose an das Waiseninstitut selbst, um einen Centimes das Stück zu verkaufen, sei durch ein Verbot Clemenceaus vereitelt worden. Ein anderer Ausweg als der Vertrag mit Dejean habe sich nicht geboten und dieser sei nicht ganz so schlecht gewesen. Immerhin habe Dejean einen höheren Kaufpreis gezahlt, als er ursprünglich angeboten hatte und er habe auch die Zahlung der von einem der großen Lotterieversteigerer geschuldeten Summe übernommen.

In mancher Hinsicht merkwürdig war Guérards Verantwortung in der Sache des Poststreiks. Er gab ohne weiteres zu, einen Fehler begangen zu haben. Nämlich in dem

Augenblick, wo er, den Witten der Führer der Auslandsbewegung nachgebend, zur Ermütigung der Streikenden eine Zwangsmaßnahme, deren Nützlichkeit ihm klar gewesen sei. Dieses Schuldgeständnis Guérards ist zugleich eine Anklage gegen anarcho-syndikalistische Wustkinder, die in jenen Tagen über die französische Arbeiterbewegung eine so schwere Niederlage heraufbeschworen haben.

Zum Punkt der Intimität mit Ministern bemerkte Guérard nicht ohne Verächtlichkeit, daß er dieselbe Freiheit der politischen Betätigung habe wie seine Gegner. In der Tat besagt die auf dem Gewerkschaftskongress in Amiens angenommene Resolution, daß die Gewerkschaftsorganisation in politischer Hinsicht vollkommen neutral sei. Wenn er also als Wähler zum Millerandschen Punkt gegangen ist, so ist das die unanfechtbare Konsequenz einer Gewerkschaftspolitik, die sich mit Absicht abseits der sozialistischen Bewegung gehalten hat. Was aber den freundschaftlichen Verkehr mit den Ministern auf dem amtlichen Gebiete anlangt, so hat Guérard eigentlich nur das Wort des Anarcho-sozialisten Lévy paraphrasiert, der auf dem genannten Kongress gelangt hat: In den Ministerien sind wir zu Hause.

In einer unter Aufsicht der Presse gehaltenen Nachmittags-sitzung wurde die Einstellung der persönlichen Angriffe beschlossen. Der bisherige Vorstand wurde bis zum nächsten Kongress wiedergewählt, Guérard aber hielt seinen Demissionensbescheid aufrecht.

Am Sonntagmorgen sollte eine Demonstrationsumzug der Eisenbahner mit Fahnen und Standarten stattfinden. Briand aber schränkte die Zahl der Teilnehmer auf 600 ein, die in drei Abteilungen marschieren mußten und damit sich der Zug nicht vergrößere, hielt die Polizei die Arbeitsbüchse, wo einige Tausend Eisenbahner versammelt waren, stundenlang blockiert.

Prozeß Kuhlbrodt.

Die beiden jungen Handlungsgehilfen, die in so abenteuerlicher Weise geplant hatten, den 19-jährigen Kaufmannslehrling Wilhelm Palme in der Großen Frontfurter Straße zu überfallen und ihm die Geldtasche seines Chefs abzunehmen, standen gestern vor den Geschworenen. Sie sind des veruchten schweren Raubes, der Anstiftung zum gemeinschaftlichen Raub und Bedrohung mit dem Verbrechen des Furdors beschuldigt. Den Vorsitz führte der Landgerichtsrat Fehle, die Anklage vertrat Staatsanwalt Schwiderath, die Verteidigung führten die Rechtsanwälte Bah und Dr. Karl Liebknecht.

Es handelte sich bei der Anklage um den Plan, den im Kolonialwarengeschäft von Julius Staeger beschäftigten Lehrling Palme, der abends die Geschäftslasse aus dem Geschäftslolal nach der Privatwohnung des Geschäftsinhabers zu tragen hatte, zu überfallen, ihn zu tadeln und die Geschäftslasse zu rauben.

Die Sache ist schon einmal ausführlich vor der Strafkammer verhandelt worden. Damals stand auch Palme mit unter Anklage, weil behauptet wurde, daß er mit von der Partie gewesen sei und sich gegen eine in Aussicht gestellte Belohnung bereit gefunden habe, sich „berauben“ zu lassen. Palme wurde damals freigesprochen, Kuhlbrodt und Kahler wurden dem Schwurgericht überwiesen, weil sich die Strafkammer für unzuständig erklärte. Am 22. Oktober war dann das Schwurgericht mit der Angelegenheit beschäftigt, die Verhandlung mußte aber vertagt werden, weil Palme als Zeuge fehlte.

Über die Entstehung und weitere Entwicklung des Planes sowie über die Frage, wer der Hauptträger desselben gewesen, gehen die Erzählungen der beiden Angeklagten weit auseinander, darin aber stimmen sie überein, daß von einem Raubversuch keine Rede sein könne, da Kuhlbrodt den zu überfallenden Lehrling Palme in den ganzen Plan eingeweiht gehabt habe. Nach der Anklage sollen bei der Tat der Angeklagten zwei verschiedene Phasen zu unterscheiden sein: einmal soll Kahler schon dem Palme in das Haus gefolgt sein, um das Verbrechen auszuführen, aber gestört worden sein, das zweite Mal sollte dann der Lehrling die Tat ausführen. Viel teilte den Plan der Polizei mit. Kahler bestreitet, den ganzen Plan, den ihm Kuhlbrodt vorgetragen, überhaupt ernst genommen zu haben. Die Sache sei seinerseits überhaupt nicht weiter entwickelt, als zu einer oberflächlichen Besprechung, er bestreite entschieden, irgend etwas getan zu haben, was als Anfang der Ausführung der Tat angesehen werden könnte. An dem Tage, wo er

dem Palme in das Haus folgte, habe er sich diesen nur „ansehen“ wollen; er sei durchaus nicht „geflört“ worden, vielmehr habe ihn sein Gewissen bewegen, von dem ganzen Plan Abstand zu nehmen. Das habe er auch getan. Von der weiteren Entwicklung des Planes unter Heranziehung des Lehrlings will er überhaupt nichts wissen. Und deshalb sage er nun sieben Monate in Untersuchungshaft! — Die gestrigen Ausführungen Kahlers stehen mehrfach im direktem Widerspruch mit seinen ersten protokollierten Aussagen vor der Polizei und dem Untersuchungsrichter. Er will dies mit seiner damaligen Erregung über seine Verhaftung erklären. „Mir war alles gleichgültig! Ich hätte damals auch mein Todesurteil unterschrieben.“

Die Weisaufnahme zog sich bis zum späten Abend hin, ohne im wesentlichen neue Momente zu erbringen. In einem der verlesenen Protokolle hatte Kahler sich u. a. auch dahin ausgesprochen, daß Kuhlbrodt sogar daran gedacht habe, nach geglätteter Überfall seine Spur so zu verwischen, daß die Polizeihunde verjagen müßten. — Der als Zeuge vernommene sehr 59-jährige Handlungsgehilfe Wilhelm Palme, der aus einem Sanatorium durch einen Krankenträger begleitet wurde, ist ein Bekannter des Kuhlbrodt. Dieser ist ihm noch eine Summe Geldes schuldig. Der Zeuge behauptete, daß Kuhlbrodt mehrmals mit dem Plan herangetreten sei, daß er einen fingierten Raubversuch über sich ergehen lassen solle. Er habe ihn zunächst für verdreht erklärt und die Sache nicht für ernst gehalten. Dann habe ihn Kuhlbrodt dem Kahler vorgeführt. Der Plan sei noch mehrmals ihm nahe gelegt worden und man habe ihm gesagt, daß, wenn die Sache glückte, er ein Drittel der Beute erhalten würde. Er habe zunächst so getan, als ob er darauf eingehen wollte, aber im Ernst habe er gar nicht daran gedacht und wisse nichts weiter, als daß eines Tages ein Kriminalbeamter bei ihm erschien und den Kahler bezug Kuhlbrodt abfragen wollte. Er bestreitet, von vornherein in den Plan eingeweiht gewesen zu sein; an dem Tage, als Kahler auf der Treppe ihm entgegenkam, habe er von solchem verbrecherischen Plane noch nichts gewußt. Kahler sei ihm erst später vorgeführt worden.

Zwei zur Verlesung gebrachte Briefe des Angeklagten, die derselbe aus der Untersuchungshaft nach außen schicken wollte, die aber beschlagnahmt worden sind, erregen wiederholt die Heiterkeit der Juridier. In dem ersten an seine Mutter gerichteten Briefe nimmt er den Mund ungeheuer voll. Kahler, so schreibt er, habe sich durch sein Lügengewebe ordentlich hineingelegt und sage vollständig drin. Er werde Kahler schon zeigen, was es heißt, wenn dieser ihn als Ankläger hinstellen wolle. Er werde ansprechen, was Kahler für ein Mensch sei. Der arme Kerl tue ihm ja wirklich leid, aber er zwingt ihn doch dazu. Auch der Lehrling sei eine fragwürdige Person. Palme aber befindet sich in einer Nervenklinik und könne nicht schwören, und so sei gegen seine eigenen Behauptungen nichts zu machen. Der „liebe Staatsanwalt Schwiderath“ werde sich nicht dagegen wehren können, daß er so an der Kasse herumgeführt werde. Wer zuletzt lacht, lacht am besten! Was die Presse für einen Quatsch mache, sei geradezu lächerlich. Was einem diese dreißigen Reporter alles aufhängen wollen, sei wirklich lächerlich. Bei der nächsten Verhandlung würden die Herren Reporter Mund und Nase aufsperrten. In diesem selbstgefälligen Tone geht es in dem Briefe noch eine Weile weiter. — Der Brief an den Bruder, der auch allerlei heitere Wendungen enthält, trägt das Motto: „Cum viribus unitis.“ (Mit vereinten Kräften.) Er erzählt auch darin alles mögliche über Kahler, „der sich selbstgeschwunden habe“ und nun festige. Er werde in der nächsten Verhandlung den Kahler genügend kennzeichnen als den Zuhälter, Nahrungs-mittelverfälscher, der Margarine unter seine Butter gemischt habe und bei dem er den Drechsler, der den Briefträger Eulenburg überfallen, gesehen habe usw. Er werde im nächsten Termin der einzige Tonangebende sein, der liebe Staatsanwalt sei willend, daß er ihm nichts anhaben könne. Das hübsche Kahler solle nur seinen Schandakt aufhören, dann werde es ihm gut gehen! Da müßten denn doch erst Granaten auf allen Seiten einschlagen, ehe sich „Hans v. Dären“ (so pflegte sich der Angeklagte zu nennen) ergibt. Der Unfug, den die Reporter über ihn berichten, sei gar nicht zu beschreiben, aber alle weiteren Mund und Nase aufsperrten, denn er sei für die nächste Verhandlung gewappnet. Unterzeichnet ist dieser Brief: „Im Lustbad No-a-bit Hotel Selder.“

Zur Verlesung kam auch ein mit den schwärmerischsten Freundschaftsbeteuerungen, überschwänglichen Phrasen, allerlei Verien ge-

Kleines feuilleton.

Japanisches Spielzeug. In der Kunst, für ihre Kinder anregende und dabei ebenso einfache als billige Spielsachen zu erfinden, haben es die Japaner weiter gebracht als irgend ein Volk der Erde. Es sind fast durcweg Artikel, die nur wenige Pfennige kosten, aber von einer Mannigfaltigkeit und einer Sinnigkeit, die ganz erstaunlich ist. Viele dieser winzigen Sächchen sind dem Inventar religiöser Kultuszeremonien entnommen, kleine Holzhammer, Miniatur-tronmeln, Duffertischen, Mägen, wie sie die Schintopriester tragen u. dergl. mehr. Ein Bündel niedlicher Jünglingschen an hölzernem Griff ahmt das heilige Suzi nach, das die jungfräuliche Priesterin beim Tanze vor den Göttern in der Hand schwingt. Masken und Puppen, die bestimmte Götter vorstellen, sind besonders häufig. Anderes Spielzeug ist dem Tierreich entnommen und zum Teil auf recht sinnreiche Weise beweglich gemacht. Sehr beliebt ist das Tombo (d. h. die Libelle), das nur aus zwei Teförnung zusammengefügt Holzstäbchen besteht und durch eine quirlende Bewegung dazu gebracht werden kann, wie ein Insekt durch die Luft zu schweben. Ein anderes heißt der „ehrenwerte Affe“: zieht man an seinem Schwanz, so läuft er hin und hin auf einer Säule hinauf. Karu-wogassi, der Akrobat, ist eine Holzfigur an einer Säule, die zwischen zwei scherenartig verbundenen Bombusstäbchen gespannt ist; drückt man die Stäbchen zusammen, so führt der Akrobat allehand Zirkusstücke aus. Kobiki, der Holzschneider, stellt einen japanischen Tischler mit einer Säge und einem Drechsel dar, der durch eine Säule in Tätigkeit versetzt werden kann. Chin ist ein kleiner weißer Hund, der läuft, wenn man ihn auf den Kopf schlägt. Dann gibt es winzige Spinnräder, die getrieben werden können, irdene Schildkröten, die im Wasser schwimmen, hölzernen Weisen, die beim Gebläsenwerden ein Wunder in Drehung versetzen, Fächer in Blumenform, bewegliche Miniaturpuppen und unzählige andere Dinge, die fast alle um eine Kupfermünze zu haben sind. Für Puppen haben die Japaner überhaupt eine große, fast abergläubische Vorliebe. Lebensgroße Puppen wurden, wie Lafcadio Hearn, der leider zu früh verstorbenen feine Kenner japanischen Volkslebens, erzählt, früher oft wie das Kind vom Hause gehalten; sie hatten ihre eigenen Betten, viele hübsche Kleider, bekamen ihre regelmäßigen Mahlzeiten, und der Glaube war verbreitet, daß es dem Hause Ungemach bringe, wenn man sie vernachlässige.

Theater.

Deutsches Theater. „Der Widerspenstigen Zähmung“ von Shakespeare. Shakespeares Jähmungsmödie, die sich an ältere Dramen anlehnt, liegt in der Gerechtigkeit ihrer Farbgebung dem heutigen Geschmade fern. Die widerspenstige Wildheit Kathchens äußert sich in einer Weise, die Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Mädchens weckt. Die Art, die ihr Betrachter angeheiden läßt, indem er ihren Eigensinn die überlegene Macht des feingigen entgegenstellt, ist weniger humoristisch als brutal gewaltig. Und das Loblied, in dem die Götter die

schlechte die blinde Untertwürfigkeit der Frauen preist: „Die Pflicht, die der Vasa dem Fürsten schuldet, die schuldet auch die Ehefrau dem Gatten; legt unten Fuß des Gatten Eure Hand“ verstärkt durch seine lehrhaft patriarchalische Tendenz noch den Eindruck des Bestrebens.

Reinhardt's Aufführung war ein mit phantastisch ausgelassener Raune unternommenes Experiment, dem Werke, das doch als eigentliche Charakterkomödie nicht gelten kann, durch jedes Herausarbeiten seiner poshaften Momente die Reize einer parodistisch schillernden Groteske abzugewinnen. Im Namen literarischer Pietät dagegen zu protestieren, wäre abgeschmackt, umso mehr da es noch sehr dahinsteht, ob dieser Darstellungsstil den Anklagen an den Stegreifkomödienstil in diesem Drama am ehesten entspricht.

Die Musik von Leo Blech in ihrer drohenden Primitivität an die der Krähwinkel Revolution erinnernd, paßt sich der Idee gut an. Die sonst weggelassene Einleitungsszene, die einem betrunkenen auf der Straße ausgelesenen und für kurze Frist zum Vord erhobenen Kesselfüßler vorgeführt wird, gibt einen wirkungsvollen Auftakt. W a h m a n n, der den Kesselfüßler-Schloßherrn mit drastischem Humor repräsentierte, nahm dann mit seiner schönen Lady als Zuschauer in dem Orchester Platz. Und im Handumdrehen entstand die kleine Bühne. Das Schauspielersdöckchen selbst trug unter lustigen Klängen die hellen, von Stern gemalten Wandkulisfen herbei. Wenn sie auch nicht wie die Kollegen vom Stegreiftheater improvisieren durften, erfreuten sie sich doch in der Bewegung unumschränkter Kapriolenfreiheit, worin vor allem Viktor Arnold als väterlicher Hüter seines ungerateten Käthchens exzellierte. Lustig knallte Petruschko (W a s s e r m a n n) Peitsche — er sah vertrogen wie ein Jägerhauptmann drein — in dem karnevalistischen Wirbel. Vorzüglich temperamentvoll war die Werbegene, der Kampf, in dem er Lucie H ö f f l i c h, die tragische Partnerin, zum ersten Male seine Kräfte fühlen läßt. Den Gipfelpunkt aber erreichte die Heiterkeit in den beim Leben wenig eindrucksvollen Hochzeitsjahren. Der hunte Chor der Gäste bot eine äußerst amüsante Staffage. Petruschko kommt leichtsinnig auf seiner Schwandmähre, einem immensen Hotzgestell, angeritten und schwengt dann unter allgemeinem Jubel sein Käthchen auf das Klo.

Später trat ein Rückschlag ein. Ueber dem Streben, den einmal angeschlagenen parodistischen Ton auch bis zu Ende festzuhalten, ging schließlich alles Augenmaß verloren. Die Regie hatte die Dienerschaft Petruschko zu wahren Zirkuskünsten abgerichtet. Das lärmende Weiserl sollte die nicht sonderlich fröhliche Komik von Käthchens Hungerkur steigern, konnte aber, weil es dem Stücke nur ganz äußerlich angeheftet war, nur stören. Sogar W a s s e r m a n n mußte sich, dem allgemeinen Zuge folgend, in tuererischen Übungen produzieren. Ein Teil des Publikums demonstrierte mit Pfiffen gegen die Uebertreibungen. Auch die Länge der Aufführung ermüdete. Erst das wächtige Spiel Lucie H ö f f l i c h und W a s s e r m a n n im Schlußbild stellte die gute Laune wieder her. Schade daß der Versuch zu keinem vollen Gelingen führte. Jedenfalls bekundete auch er wieder jene Lebendigkeit der Phantasie und Energie der Initiative, durch die Reinhardt seine Sonderstellung in der Theaterwelt erst

Humor und Satire.

Die unsterbliche Käse.

Sie kostet zwar 180 Mark, Jedoch man bedente, welche Fülle Von Gegenständen, hineingestoppt, Der Herr Verkäufer da mitverfloppt; Was da alles drinsteht — laum zu ergründen! Man fand schon und wird da noch weiter finden: Einen tüchtigen Pack Kolophonium, Ein Wert 80 Pfennig, ad minimum, 4 Kägel, 2 gute Haderlappen, 3 Lederteile von Fliegenklappen, 8 Johrkrone von der elektrischen Tram, Wollfäden von einem Merino-Lamm, 5 Fegen der „Times“ und „Pall Mall Gazette“, Papiermanschetten zu Kalbsdotelette, 2 Negative zu Photographien Von Palmerston und Victoria Quoon, 3 Stüchchen von einer Bindel für Kinder, 1 Tuch zum Putzen für Lampenzyllinder, Verschiedene wolverhaltene Reite Von Lucas' gemusterter Sonntagsg-Weste (Ein Weihnachtsgeschenk seiner Schwiegermutter), Mit Perlmutterknöpfen und Seidenfutter, Erweislich in Birmingham hergestellt. — Na, ist denn das noch nicht genug für das Geld? Für lumpige 180 Mark? Ich find' das geschenkt, — und nu seien Sie still! („Lustige Blätter“.)

Notizen.

— Eine Lilienron-Spende im Betrage von 10 000 M. hat die Hamburger Bürgerchaft für Lilienrons Hinterbliebene bewilligt. Die Leipziger Volkszeitung erhebt nun die Forderung, daß die Hinterbliebenen und die Verleger Lilienrons als Gegenleistung eine billige Ausgabe seiner Werke herausgeben und erinnern an die Beispiele aus dem skandinavischen Norden, wo nach Jbsens, Pies und Riellands Tode jeweils eine billige Gesamtausgabe erschien. Diese sehr berechtigte Forderung wird leider wohl ergebnislos verhallen. Gibt es doch bei uns genug Leute, die die Schatzkammer für das „geistige Eigentum“ noch auf 50 Jahre nach dem Tode seines Erzeugers ausdehnen möchten.

— Ausbau der drahtlosen Telephonie. Auf dem Pariser Giffellum wird eine neue Station für drahtlose Telephonie eingerichtet, die einen Sprechverkehr auf große Entfernungen gestatten soll. In fünf Wochen soll mit den Versuchen begonnen werden und zwar zunächst mit Orien an der deutschen Grenze. In den nächsten Tagen werden auch Versuche mit drahtloser Telegraphie zwischen Paris und Madagaskar aufgenommen werden. Man hofft eine Verbindung mit New York ermöglichen zu können.

später Brief, den der Junge Palme Ende September aus dem Sanatorium an seinen Freund Ausbrodt gerichtet hat. Sanitätsrat Dr. Fraenkel befandete, daß Palme an schwerer Keuchhusten leide, aber Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit nicht gerechtfertigt seien. — Die Verhandlung nahm eine Ausdehnung an, daß das Urteil vor der Mitternachtsstunde nicht zu erwarten ist. Wir werden auf Einzelheiten noch zurückkommen.

## Stadtverordneten-Versammlung.

34. Sitzung vom Donnerstag, den 16. Dezember 1909, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Mischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einer Ansprache, die an die heutige feierliche Einweihung der 300. Gemeinderschule anknüpft.

Die Verbreiterung der Landsberger Straße zwischen Katharinen- und Viehmannstraße soll durch den freihändigen Ankauf von vier weiteren Grundstücken gefördert werden. Es handelt sich um die Grundstücke Landsberger Straße 40, 42 (mit Landwehrstr. 30), 45 (mit Landwehrstr. 27) und 46/47, Ecke Katharinenstraße (mit Landwehrstr. 25/26). Die geforderten Preise wurden in der ersten Sitzung am 25. November als zu hoch beantragt und die Magistratsvorlage einem Ausschusse überwiesen. Dieser hat versucht, auf dem Wege nochmaliger Verhandlung mit den Besitzern eine Ermäßigung zu erzielen, aber nur teilweise und geringe Erfolge erreicht. Gleichwohl hat sich die Mehrheit für den freihändigen Erwerb zum Preise von 410 000, 400 000, 395 000 und 535 000 M. entschieden und hat die beantragte Einleitung des Enteignungsverfahrens abgelehnt. Der Magistrat soll jedoch ersucht werden, die Mietverträge in sämtlichen, auch in den der Stadt bereits gehörenden Häusern auf dieser Straße, sobald es die Kontrakte zulassen, zu kündigen, die Grundstücke zum Abriß auszufahren und die Straßenverbreiterung möglichst bald zur Ausführung zu bringen; ferner die Anlieger der gegenüberliegenden Straßenseite auf Grund des § 9 des Kommunalabgabengesetzes zu den Kosten der Verbreiterung heranzuziehen.

Von den „sozial-fortschrittlichen“ Stadtv. Deutsch und Genossen ist die Streichung der 535 000 M. für das Grundstück 46/47 beantragt, für welches das Enteignungsverfahren eingeleitet werden soll.

Für den Ausschuss erstattet Stadtv. Manasse Bericht. Es entspinnt sich eine längere Diskussion über die Höhe des Preises für das Grundstück 46/47. Schließlich wird der Antrag der Sozial-fortschrittlichen Gruppe abgelehnt und der Ausschussantrag angenommen.

Seit dem 21. September hat ein besonderer Ausschuss über den Entwurf eines Ortsstatuts zum Schutz der Stadt Berlin gegen Verunstaltung beraten; sechs Sitzungen sind erforderlich gewesen, um mit der Erörterung zum Abschluß zu kommen. Der aus dem Gesetz zum Schutz von Ortsstätten gegen Verunstaltung vom 16. Juli 1907 beruhende Entwurf hat im Ausschuss eine Anzahl von Abschwächungen erfahren. So sind aus dem in § 1 gegebenen Verzeichnis der Straßen und Plätze, die gegen „wesentliche“ (vom Ausschuss eingefügt) Verunstaltung der Eigenart der Straßenschilder geschützt werden sollen, der Schinkelplatz, der Luisenplatz, der Nikolaiskirchplatz und das Tiergartenviertel, ferner die Umgebung des Schillerparks, des Kleinen Tiergartens, des Humboldt- und Friedrichshains und des Invalidenparks gestrichen worden; in § 2, der unter den gleichen Voraussetzungen die Umgebung gewisser Bauwerke schützen will, sind nur die Kolonnen an der Leipziger, Königs- und Mohrenstraße, das Invalidenhäuser, die General-Liebertriederstr., das Ephraimische Haus und das Rathaus, das Gerichtsgebäude an der Brunerstraße, das Winkow-Krankenhaus, das Märkische Museum, das Stadthaus, die Neue Kaiser-Wilhelm-Akademie, die staatlichen Bildothekengebäude, die Akademie der Wissenschaften und die Handelshochschule stehen geblieben. Auch das Verzeichnis der zu schützenden Bauwerke ist mehrfach abgeändert worden. Nach § 3 der Ausschussbeschlüsse soll die Anbringung von Namenschildern, Schaufenstern, Aufschriften und Abbildungen für folgende Straßen, Plätze usw. der baupolizeilichen Genehmigung bedürfen: Pariser, Opern- und Zeughausplatz, Kastanienwald, Festungsgraben, Hinter dem Viehhause, Schloßplatz, Lustgarten, Museumsinsel, Burgstraße von Friedrichs- bis Kurfürstendamm, Am Kupfergraben von Georgenstraße bis Hinter dem Viehhause, Wilhelmstraße von Linden bis Leipziger Straße, Wilhelmplatz, Königsplatz, Alsenstraße, Reichstagplatz, Sommerstraße, Königgräber Straße von Brandenburger Tor bis Vohstrasse, Viktoriapark. — Der gutachtlich zu hörende Sachverständigenrat (§ 5) soll um zwei sachverständige Mitglieder der Versammlung vermehrt werden. Ein neuer § 6 befaßt, daß die bauliche Ausübungsfähigkeit durch die Umgestaltungsentschlüsse in keiner Beziehung beeinträchtigt werden darf. Nach § 7 soll das Ortsstatut am 1. Januar 1910 in Kraft treten.

Als Referent ist der Stadtv. Staff (N. L.) bestellt. Von den Stadtv. Dr. Preuß und Genossen (soz.-fortsch.) ist beantragt, das Tiergartenviertel in § 1 wieder einzufügen und ferner den im Ausschuss abgelehnten Antrag wieder aufzunehmen, wonach das Ortsstatut nur gleichzeitig mit der Uebertragung der Baupolizei an die Stadt Berlin in Kraft treten soll.

Stadtv. Labewig (N. L.) beantragt, den Antrag Preuß wegen des Inkrafttretens getrennt davon zu verhandeln.

Stadtv. Singer (Soz.) widerspricht diesem Antrag, der jeder inneren Begründung entbehre.

Stadtv. Gaffel (N. L.) stellt auch seinerseits keinen Zweckmäßigkeitserund für den Vorschlag des Stadtv. Labewig.

Der Antrag Labewig wird zurückgezogen. Die Diskussion wird über § 1 und den dazu gestellten Antrag Preuß eröffnet.

Stadtv. Altknecht (soz.-fortsch.) spricht sich für § 1 und den Antrag Preuß aus. Man müsse dem Tiergartenviertel seinen Willenscharakter erhalten. Geschäftshäuser sollten dort nicht errichtet werden. In dem Tiergartenviertel wohnen fast alle Stadtverordneten 1. Abteilung.

Stadtv. Labewig empfiehlt, obwohl er im Ausschuss auf dem Boden des Antrages Preuß gehandelt, jetzt im Interesse der Verabschiedung des Statuts mit großer Mehrheit die Ablehnung des Antrages Preuß.

Stadtv. Gaffel: Wie werden einstimmig für die Ausschussvorschläge eintreten, sind aber gegen die Ausnahme des Tiergartenviertels, das übrigens auch gar kein wirkliches Villenviertel mehr ist.

Nach Ablehnung des Antrages Preuß werden die Ausschussanträge zu § 1 mit großer Mehrheit angenommen, ebenso ohne Debatte § 2-6. In § 7 (Zurücktreten) bemerkt

Stadtv. Dr. Preuß: Ein Widerspruch zwischen meinem Antrag und der Sympathie mit dem Inhalt des Ortsstatuts besteht nicht. Im Ausschuss lehnte in der Diskussion immer der Gedanke wieder, daß man eine so weitreichende Gewalt dem Polizeipräsidenten in die Hand nicht legen dürfe. Es ist ja auch ferner, daß eine Kommunalverwaltung die Befugnisse dieser Baupolizei noch erweitern soll. Wir klagen doch sonst stets darüber, daß uns die staatlichen Befugnisse auf Scheitern und Trüben in der Selbstverwaltung behindern. Wenn man sagt, die Annahme des Antrages bedeute das Scheitern des Statuts, so verheißt ich nicht, weshalb man so oft gleichlautende Resolutionen angenommen hat. Die Staatsbehörde hat ja auch ein lebhaftes Interesse an dem Ortsstatut. Ein Stück kommunaler Macht ist mir immer mehr wert als alle ästhetischen Interessen; wo der Schutzmann anfängt, hört die Rechtshilfe auf. Jedenfalls bietet sich hier eine ausgezeichnete Gelegenheit, Zug um Zug ein Geschäft zugunsten der Stadt zu machen. Mißgriffe bei der Handhabung des Ortsstatuts ließen sich viel wirksamer vermeiden, wenn die Stadt die Baupolizei in Händen hat.

Oberbürgermeister Ritscher: Wenn irgendeine Möglichkeit bestände, auf diesem Wege etwas zu erreichen, wäre ich der erste dafür. Aber das Gegenteil ist der Fall. Ein Bescheid auf unsere

lechte Vorstellung in dieser Richtung wird von der Staatsregierung noch nicht eingegangen. Dieser Anlaß ist der ungeeignete, einen Zwang auf die Regierung auszuüben. Das Gesetz von 1907 sieht für ein gewisses Gebiet die Mitwirkung der Gemeinden vor; die Gemeindebehörden haben aber auch nicht allein zu entscheiden, sondern müssen Sachverständige hören. Praktisch erlangen wir durch das Gesetz und Statut Rechte und Befugnisse, die wir früher nicht gehabt haben. Würden wir die Erlangung derselben von einer anderen weiteren Konzession abhängig machen, so würde man uns einfach die Konsequenzen der Ablehnung tragen lassen, und wir sind doch die nächsten dazu, das Interesse für die Eigenart unseres Stadtbildes zu betonen. (Beifall.)

Stadtv. Labewig: Nach den vorzüglichen Darlegungen des Oberbürgermeisters brauche ich kaum noch etwas zu sagen. Herrn Dr. Preuß muß ich sagen: Sonderbarer Schwärmer! Anders als sonst in Menschenlössen malt sich in diesem Kopf die Welt! (Heiterkeit.)

Stadtv. Dr. Preuß: Nicht die Befugnisse der Stadt, sondern die der staatlichen Polizei werden erweitert. Eine Garantie für die Wahrung der Interessen der Bürgerschaft wird nur durch die Uebertragung der Baupolizei gegeben.

Im übrigen: „Bescheidenheit ist eine Tugend, doch weiter kommt man ohne ihr.“ (Heiterkeit.)

Stadtv. Singer: Wir werden für den Antrag Preuß stimmen. Der ist nach unserer Meinung heute deshalb angebracht, weil eine Möglichkeit, die Baupolizei in unsere Hand zu bekommen, gelegentlich dieses Ortsstatuts gegeben ist. Gegenüber dem Druck, den die Aufsichtsbehörde auf die Stadt ausübt, sehe ich nicht ein, warum man nicht auch die Gelegenheit ergreifen soll, von Stadt wegen eines Druck auf die Behörde auszuüben. Es erscheint auch uns als wünschenswert, alte, schöne, historische Gebäude vor Verunstaltung zu schützen. Das kann schon jetzt bis zu einem gewissen Grade geschehen. Die Polizei hat schon heute diese Gewalt. Andererseits läßt sich die Entwidlung der Stadt nicht aufhalten; sind Gebäude der Entwidlung des modernen Verkehrs im Wege, so müssen sie diesem eben weichen; das allgemeine Interesse darf unter dem speziellen Interesse der Erhaltung eines Gebäudes nicht leiden. Auf diesem Boden sind wir geneigt, dem Erlaß eines Ortsstatuts zuzustimmen.

Der Oberbürgermeister hat gegen den Antrag Preuß nur Opportunitätsgründe allerhöchster Art vorgebracht. Liegt wirklich bei der Regierung ein großes Interesse für das Ortsstatut vor, so kann dieses schließlich doch auch die Bedenken gegen die Uebertragung der Baupolizei an die Stadt überwiegen. Wir können nur lebhaft wünschen, daß der Antrag Preuß eine Mehrheit findet, um den Versuch zu machen, mit dem Ortsstatut zugleich die wirkliche Entscheidung in die Hand zu bekommen. Denn was vor heute bekommen sollen, ist Ornamental, ist Stück, aber kein festes Material; in letzter Linie entscheidet ein Dezernent des Polizeipräsidenten, genau wie in unseren Verkehrsangelegenheiten. Will die Regierung die Mitwirkung der Stadt haben, so soll sie ihr auch eine entscheidende Mitwirkung gewähren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Preuß wird „mit großer Minderheit“, wie der Vorsitzende unter Heiterkeit der Versammlung konstatiert, abgelehnt, das Inkrafttreten auf den 1. Januar 1910 festgesetzt und das Ortsstatut mit großer Mehrheit in dieser Fassung genehmigt.

### Zur nachträglichen Verstärkung der für Heilstätten

im Etat ausgeworfenen Mittel hat der Magistrat 100 000 M. gefordert, nachdem die Armenverwaltung 175 000 M. als notwendig bezeichnet hatte. Der eingesehene Ausschuss hat einstimmig die 100 000 M. bewilligt und stellt außerdem folgende Anträge:

1. Den Magistrat um eine möglichst baldige Vorlage zu ersuchen über die Errichtung größerer, einfach ausgestatteter Balderholungsstätten, ähnlich wie die Heimstätten für Genesende, für kränkliche und schwächliche Kinder ohne Unterschied des Alters und Geschlechts, die das ganze Jahr geöffnet sind;
2. den Magistrat zu ersuchen, zu erwidern, ob es nicht im Interesse der rationelleren Unterbringung der Kranken und Konvaleszenten wünschenswert sei, das Heimstättenkuratorium mit der Krankenhausdeputation zu vereinigen.

Den Ausschussbericht erstattet Stadtv. Liebenow (N. L.).

Stadtv. Nathan (soz.-fortsch.): Aufgabe des Ausschusses war nur, zu prüfen, welche Summe die zutreffende war. Das Bundesamt für das Heimauswesen hat wiederholt anerkannt, daß nicht nur die Unterbringung in eine Krankenanstalt, sondern auch die Genesung eines Krankheitsfalls, die Unterbringung in eine Heilstätte zu den Aufgaben der Armenverwaltung gehören kann; das Verfahren der Armenverwaltung steht daher durchaus auf gesetzlichem Boden.

Um das Staatsrecht handelt es sich hier gar nicht. Wir wünschen Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes unter Verringerung der Rechnungslegung innerhalb der Armenverwaltung; wir sind daher für die Bewilligung der ganzen 175 000 M. Bei Einträgen von Reingen, Reingewinnen und Fürsichtleistungen werden noch größere Summen ausgegeben, für die ich stets gestimmt habe, weil sie ein nobilit officium der Stadt Berlin sind. Ein solches nobilit officium liegt auch hier vor.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Auch wir sind überzeugt, daß mit 100 000 M. die Zwecke, welche die Armenverwaltung bisher verfolgt hat, bis Ende des Jahres nicht durchzuführen werden können. Im Ausschuss haben die Magistratsvertreter den Nachweis dafür auch nicht erbracht. Stadtrat Münsterberg hat ausdrücklich erklärt, er sei nicht in der Lage, vom 1. Dezember ab im Sinne des bisherigen Verfahrens Kranke Kinder usw. in den Heilstätten unterzubringen. Für uns ist das maßgebend, trotz aller Rechenstücken des Kämmers. Nach der vor 2 Jahren ergangenen, vom Magistrat genehmigten Anweisung wird allerdings zwischen „notwendig“ und „wünschenswert“ unterschieden; die Armenverwaltung jedoch hat erklärt, es wären nicht einmal die für die notwendige Verpflegung erforderlichen Mittel vorhanden. Für den Kämmers existierte die Anweisung eigentlich nicht, ebenso wenig wie die Entscheidung des Bundesamtes für das Heimauswesen; für ihn ist die Hauptsache, ob Geld vorhanden ist; wenn ein Fonds erschöpft sei, könne man daraus nichts mehr geben. Es ist sehr leicht, so mit bürokratischer Schneidigkeit über die Sache hinwegzugehen, aber der Magistrat hat doch jene Anweisung bestätigt und auch dementsprechend gehandelt. 1906 haben wir im Heimstättenkuratorium den Magistrat um Auskunft über die Verpflichtung der Stadt zur Errichtung von Heilstätten gebeten, und in der Antwort wird unter gewissen Voraussetzungen die Heil- und Heimstättenbehandlung als ein Bestandteil der Armenfürsorge bezeichnet. Im Ausschuss hieß es: wir vergeuden städtische Mittel, wir werfen das Geld zum Fenster hinaus! Aber der Kämmers begründete diesen Vorwurf mit ganz kuriosen Zahlen; es wurden 3-4, ja, von anderer Seite sogar 10 Millionen genannt. Die Zahlen schreden uns nicht; vergessen Sie nicht, daß es sich hier um vorbeugende Tätigkeit handelt; bedenken Sie, welche Summen naheher für Kranke- und Frauenhauspflege ausgegeben werden müßten.

Es handelt sich doch um fränke Kinder, die man durch diese Behandlung vor dauerndem Siechtum bewahren kann. Es wäre doch geradezu blamabel, wenn dieser 75 000 M. wegen in Zukunft keine Kinder mehr verpflegt werden sollten! Selbsterständlich halten auch wir die vorbeugende Tätigkeit, bessere Wohnungsverhältnisse usw., für bessere hygienische Faktoren als die nachträgliche Heilung, aber dennoch sind Heil- und Heimstätten ganz annehmbar Dinge — denn wie lange wird es dauern, bis wir eine vernünftige Wohnungsverhältnisse bekommen! So lange bekommen wir sie gewiß nicht, als das Hausbesitzerprivileg, das „unanfechtbare“ Dreiklassenwahlrecht noch besteht. Aber auch vom fiskalischen Standpunkt aus muß die vorbeugende Tätigkeit in Heil- und Heimstätten als ein Vorteil erscheinen. Uebernimmt die Stadt die Verpflichtung, dann muß sie auch die Mittel bewilligen; übernimmt sie diese nicht, dann darf nicht von einer städtischen

Hygiene auf diesem Gebiete gesprochen werden. Wir beantragen daher, der Armenverwaltung noch weitere 75 000 M. zur Verfügung zu stellen. Damit ist keineswegs gesagt, daß sie sie auch unter allen Umständen auszugeben hat. Die Entscheidung darüber, ob ein krankes Kind verpflegt werden soll, muß doch schließlich maßgeblich dem städtischen verantwortlichen Armenrat verbleiben. Seitdem die Stadt Berlin Kranke, Genesende, Hilfsbedürftige in Heilstätten schickt, ist die Zahl der Tuberkulosefälle in Berlin ganz erheblich zurückgegangen. Zweifel an den Erfolgen der Heilstätten können nur Tendenz- und Propagandarede erzeugen. Was eine Kommune an ihren Kindern versäumt und erspart, muß sie später doppelt und dreifach an den Erwachsenen in der Armen- und Krankenpflege bezahlen. Die Nation, welche die gesunden Kinder hat, verfügt über das beste Gesundheitsmaterial. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Dr. Wittow (Fr. Fr.): Ich befürworte, zunächst nur 100 000 M. zu bewilligen, da wir auf diesem gänzlich neuen, erst seit wenig Jahren betretenen Wege nur äußerst vorsichtig vorgehen können. Nur „unter Umständen“ hat das Bundesamt für das Heimauswesen die Heilstättenbehandlung als Armenpflege bezeichnet. Mit der Versendung kranker Kinder in die Heilstätten gehen wir sicher weit über das hinaus, was das Gesetz verlangt. Stellt sich ein neues Manö heraus, so wird eben ein neuer Antrag nötig sein. Auch den Antrag wegen der Balderholungsstätten bitte ich für jetzt abzulehnen.

Kämmers Dr. Stehler: Die Position sieht gar nicht mehr im Armental, sondern mit 100 000 M. im Wohltätigkeitsrat. Die „Anweisung“ kann auch nicht über Staatsmittel disponieren, die nicht da sind. „Bürokratisch“ schneidig! Scheint Herr Dr. Wehl alles zu nennen, was richtig ist. Der Kämmers soll dafür da sein, das Geld zu schaffen; Sie trauen mir etwas viel zu, Herr Dr. Wehl! (Heiterkeit.) Ueber das Staatsrecht darf man nicht so leicht hinweggehen. Nach den neuesten Vorlagen haben Sie auch im Dispositionsfonds nicht mehr über 75 000 M. zu verfügen.

Stadtv. Dr. Nathan tritt diesen Ausführungen und denen des Stadtv. Wittow lebhaft entgegen.

Stadtrat Münsterberg: Die Armenverwaltung hatte 175 000 Mark beantragt, der Magistrat hat 100 000 M. bewilligt. Die Annahme des Ausschusses, daß die Armenverwaltung mit 100 000 M. nicht auskommen könnte, war natürlich; ich habe den Herren sagen müssen, daß ich mich mit dem, was uns bewilligt wird, würde einrichten müssen; gefragt ob ich eventuell keine Entsendung mehr vornehmen würde, habe ich gesagt, ich werde eventuell einhalten müssen. (Hört! hört!) Die Armenverwaltung ist nicht besagt, mit der Versammlung direkt zu verkehren. Wir tragen wie jede andere Deputation unsere Wünsche dem Magistrat vor, der an die Versammlung herantritt. Der Standpunkt des Magistrats ist, daß 100 000 M. genügen sollen, und ich habe weder Amt noch Auftrag, über diesen Antrag hinauszugehen. Ein Vergleich wird das Klarstellen. Mein Kollege vom Hochbau kommt mit einem Projekt, das ihm unmittelbar am Herzen liegt, aber dem Magistrat zu hoch erscheint. (Stadtv. Singer: „Er geht es durch!“ — Stürmische Heiterkeit.) Gut, aber nehmen Sie den ungewöhnlichen Fall, daß es nicht geschieht, daß der Magistrat statt 300 nur 200 Beuten genehmigen will; auch der Stadtbaurat würde dann nicht vor die Versammlung mit seinem Projekt treten dürfen. Bei der Etatsberatung wird die Sache weiter zu verhandeln sein; hier handelt es sich um das Verhältnis der Deputationen zum Magistrat, und ich würde selbst Hand an die Selbstverwaltung zu legen glauben, wenn ich hier einen Konflikt auch nur andeutungsweise zu konstruieren versuchte. Ich bitte Sie also, nach dem wohlmeinigen Magistratsantrag die Summe zu bewilligen. (Zuruf: „Wir haben verstanden! Das genügt!“)

Stadtv. Sachs (N. L.): Wenn selbst der Stadtrat den Magistratsantrag als wohlmeinigen hinstellt, können wir ihn wohl annehmen. (Stadtv. Hoffmann ruft: „Sie haben den Stadtrat Münsterberg nicht beschanden!“ Heiterkeit.) Das Leben hat noch kein Mensch dadurch eingebüßt, daß er vielleicht einige Monate später in die Heilstätten kam.

Stadtv. Dr. Wehl: Stadtrat Münsterberg befindet sich hier wie im Ausschuss in einer ungemünz peinlichen Situation. Wir attackieren ihn, daß er hier nur ein Amt und keine Meinung hat. Dem Kämmers gegenüber betonen wir das Recht und die Pflicht des Magistrats, zu zeigen, wie man mit 100 000 M. auskommen will. Eine große Zahl der Kinder, das geht aus den ärztlichen Mitteilungen hervor, steht in der Tat vor der hohen Gefahr, einen frühzeitigen Tod zu erleiden, wenn nichts geschieht. Werksmäßig, daß Herr Kollege Wittow gerade auf diesem Gebiete der Fürsorge für fränke und Hilfsbedürftige Kinder Vorsicht und Sparsamkeit bewahren will! Den Kämmers halten wir für einen korrekten alten Bureaukraten; wenn er das für einen Ehrentitel hält, so merkt er wohl selbst nicht, welche schneidende Höhe in der Ausführung steht: „Mag mit den Kindern geschehen, was da will; mögen sie verhungern; Geld ist nicht vorhanden.“ (Große Unruhe bei der Mehrheit.)

Die Nachbewilligung von 100 000 M. wird einstimmig angenommen; der Antrag Wehl, weitere 75 000 M. zur Verfügung zu stellen, wird gegen Sozialdemokraten, Sozial-fortschrittliche und Neue Linke abgelehnt; die weiteren Anträge des Ausschusses gelangen zur Annahme.

Die spezialisierten Entwürfe zu weiteren Bauarbeiten der vierten Jrenanstalt in Buch gehen auf Antrag Cremer (N. L.) an einen Ausschuss.

Für die Verbreiterung der Friedrichstraße auf der Westseite zwischen Georgenstraße und Reichstagsufer auf 20 Meter soll eine neue Fluchtlinie zur Festsetzung gebracht werden. Von dem bisher mit der alten Perimeter belegten Grundstück Nr. 137-141 wird dadurch ein Streifen von 8 Meter Breite abgeschnitten; an dem Viadukt der Stadtbahn soll nichts geändert werden.

Auf Antrag des Stadtv. Goldschmidt (N. L.) geht die Vorlage an einen Ausschuss.

Schluß 12 10 Uhr. Die nächste Sitzung findet Mittwoch statt.

## Soziales.

### Gewerbegericht.

Nach der Sitzung der Kammer 5 vom 16. Dezember.

Berichtender: Magistratsrat Wöhlung.

1. Der Arbeiter D. war am 11. November bei der Bergmann-Gesellschafts-Werke-Aktiengesellschaft in Arbeit getreten. Er wurde aber nicht beschäftigt und am Abend wieder entlassen. Ein abgegebenes Arbeitszeugnis der A. G. wurde ihm bei der Entlassung nicht zurückgegeben. Die Inanspruchnahme der Arbeitsnachweise ist ihm deshalb verweigert worden, so daß er mehrere Tage ohne Beschäftigung war. D. klagte nun auf Schadenersatz für den Verdienstaussfall. Die Beklagte macht geltend, daß sie das Zeugnis zur Anmeldung des Klägers bei der Krankenkasse benötigte; daselbe sei dabei verloren gegangen; ein Duplikat sei dem Kläger verschafft worden. Letzterer betont, zum Zweck der Anmeldung bei der Krankenkasse hätte die Firma ihm die Mitgliedskarte der Betriebskrankenkasse der A. G. abfordern und verwenden sollen. Das Gericht verurteilte die Beklagte zur Zahlung der geforderten 37,50 M. Die Beklagte hätte das Zeugnis im Augenblick, wo es der Kläger zurückforderte, zurückgeben müssen, und nicht das Zeugnis, in dessen Besitz die Beklagte ja noch war, gegen den Willen des Klägers zum Zweck der Anmeldung zurückbehalten dürfen. Daß Kläger mit dem nur auf 1 Tag lautenden Zeugnis der Beklagten Beschäftigung nicht erhalten konnte, sei zu glauben, denn mit dem auf eine viel längere Beschäftigungsdauer lautenden Zeugnis der A. G. hätte Kläger eine ganz andere Aussicht auf Wiedererlangung einer Beschäftigung.

2. Der Arbeiter R. war bei der Deutschen Glühlampen- und Brennerfabrik Richard Wöhlung als Vorarbeiter vom 18. Oktober bis 18. November beschäftigt. Er klagte wegen fristloser Entlassung auf Zahlung des Lohnes für 14 Tage von 64 M.



# Weihnachts-Prämien für unsere Leser.

## Shakespeares sämtliche dramatische Werke.

In drei eleganten Leinenbänden gebunden (jeweils 2500 Seiten umfassend). Uebersetzt von A. W. v. Schlegel und L. Tieck. Mit einer biographischen Einleitung von Rudolph Genée.

Preis nur 3,50 M.

Von den vorjährigen Weihnachts-Prämien sind noch vorhanden:

- Schillers Werke 2 Bände illustriert. . . . . 3,50 M.
- Heines Werke 2 Bände illust., herausgeg. von Dr. G. Karpeles . . . . . 3,50 M.
- Hackländer's Werke 2 Bände illustriert . . . . . 3,50 M.
- Freiligraths sämtl. Werke 3 Bände elegant geb. . . . . 3,00 M.
- Gerstäckers Werke 2 Bände illustriert . . . . . 3,50 M.
- Grillparzers sämtl. Werke 2 Bände illustriert . . . . . 3,00 M.
- Goethes Werke 2 Bände illustriert . . . . . 3,50 M.
- Ludwig, Zwischen Himmel und Erde. 1 Bd. illust. . . . . 3,00 M.
- Reuters sämtliche Werke 2 Bände illustriert . . . . . 3,00 M.

## Klassiker.

Die nachstehenden Preise gelten für Leinwandbände. — Dieselben Klassiker in besserer Ausstattung und Halbfranzband kosten etwa 50 Prozent mehr.

Börne . . . . .	3 Bände	6,— M.
Brinkmann . . . . .	1 Band	2,— "
Bürger . . . . .	1 " "	2,— "
Byron . . . . .	3 Bände	6,— "
Chamisso . . . . .	1 Band	1,75 "
Eichendorff . . . . .	2 Bände	3,50 "
Goethe . . . . .	Auswahl	6,— "
Goethe . . . . .	4 " "	6,— "
Goethe . . . . .	8 " "	14,— "
Grillparzer . . . . .	4 " "	6,— "
Haus . . . . .	2 " "	3,50 "
Hebel . . . . .	5 " "	7,50 "
Heine . . . . .	4 " "	6,— "
Hervé . . . . .	1 Band	2,— "
Hoffmann . . . . .	4 " "	8,— "
Ibsen . . . . .	4 " "	6,— "
S. v. Kleist . . . . .	2 " "	3,50 "
Körner . . . . .	1 Band	1,75 "
Lenau . . . . .	1 " "	2,— "
Lessing . . . . .	3 Bände	5,— "
Ludwig . . . . .	2 " "	3,50 "
Mörke . . . . .	2 " "	4,— "
Renter . . . . .	4 " "	6,— "
Rückert . . . . .	3 " "	6,— "
Schiller . . . . .	4 " "	6,— "
Shakespeare . . . . .	4 " "	6,— "
Stifter . . . . .	2 " "	4,— "
Uhland . . . . .	2 " "	3,50 "

## Gelegenheitskäufe.

- Carns Sterne, Werden und Vergehen. Eine Entwicklungsgeschichte des Naturganzen in gemeinverständlich Darstellung. Herausgegeben von Wilhelm Bölsche. Zwei starke Bände illustriert. Statt 25 M. nur 10 M.
- Wilhelm Bölsche, Entwicklungsgeschichte der Natur. 2 Bände III., statt 18 M. nur 10 M.
- Wilhelm Bölsche, Was ist die Natur. 1 Band, statt 3 M. nur 1,50 M.
- H. Bommeli, Die Pflanzenwelt. 1 Band III., statt 5 M. nur 3,50 M.
- Dr. F. W. Paul Lehmann, Länder- u. Völkerkunde. 2 Bände III., statt 18 M. nur 10 M.
- Dr. Franz Linke, Moderne Luftschiffahrt. 1 Band III., statt 6 M. nur 3,50 M.
- C. A. Hoffmüller, Der Mensch im Spiegel der Natur. 1 Band, statt 6 M. nur 2,50 M.
- Reimund Schäfer, Hochtouren in den Alpen, Spanien, Nordafrika, Kalifornien und Mexiko. 1 Band III., statt 12 M. nur 4 M.

Dr. F. W. A. Zimmermann, Das Weltall. 1 Band III., statt 9 M. nur 4 M.  
Die physikalischen Kräfte im Dienste der Gewerbe, der Kunst und der Wissenschaft. 1 Band III., statt 12 M. nur 3,50 M.

Prof. Dr. L. Büchner, Das Buch vom langen Leben. 1 Band, statt 6 M. nur 2,40 M.  
William Morris, Zeichen der Zeit. 1 Band, statt 4,50 M. nur 1,50 M.  
William Morris, Neues aus Nirgendland. 1 Band, statt 6,50 M. nur 2 M.  
Gustav Schalk, Deutsche Heldensagen. 1 Band III., statt 5 M. nur 4 M.

Dostojewski, Der Idiot. Brosch. statt 8 M. nur 2 M., in Bänden geb. 4 M.  
Die Ritter der Arbeit. Nach dem Amerikanischen des Jor von R. Liebknecht. Kartomiert, statt 2 M. nur 1 M.

Zu

## Geschenken besonders empfohlen:

- A. Bebel, Die Frau und der Sozialismus. Jubiläums-Ausgabe (50. Aufl.) Eleg. geb. 3 M.
- Georg Gradnauer, Verfassungswesen und Verfassungskämpfe in Deutschland. 1 Band 3 M.
- Heinrich Cunow, Die revolutionäre Zeitungs-literatur Frankreichs während der Jahre 1789/94. 1 Band III., 7,50 M.
- Friedrich Engels, Der deutsche Bauernkrieg. Herausgegeben von Franz Mehring. Geb. 2 M.
- Wilhelm Bloss, Die deutsche Revolution von 1848 und 1849. 1 Band III., 4 M.
- Wilhelm Bloss, Die französische Revolution von 1789. 1 Band III., 4 M.
- Karl Kautsky, Der Ursprung des Christentums. 1 Band, 5,75 M.
- Franz Mehring, Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels u. Ferdinand Lassalle. 4 Bände, geb. 20 M.
- Franz Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 4 Bände, geb. 20 M.
- Wilhelm Weitling, Garantien der Harmonie und Freiheit. Herausgegeben von Franz Mehring. 1 Band, 3 M.
- Wilhelm Wolff, Gesammelte Schriften. Herausgegeben von Franz Mehring. 1 Band, 2 M.
- Jürgen Brand, Menbrook. 1 Band, 1,50 M.
- Kurt Grotte, Unser Wald. Herausgegeben von Wilhelm Bölsche. 1 Band III., 3 M.
- Kurt Grotte, Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur. Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche. 1 Band, 1 M.
- O. Köhler, Die Wunder des Kosmos. 1 Band III., 5 M.
- B. Langkavel, Der Mensch und seine Rassen. 1 Band III., 5 M.
- E. Preetzang, Im Strom der Zeit, Gedichte. 1 Band 2 M.
- Robert Seidel, Lichtglaube und Zukunftssonne, Gedichte. 1 Band 2,50 M.
- Erdmann-Chatrion, Frau Cherefe. 1 Band 1,20 M.
- Stefan Großmann, Herzliche Grüße, Gedichten. 1 Band 2,50 M.
- Victor Hugo, 1793. Roman. 1 Band 3 M.
- Joh. v. Wildenradt, Der Jölkner von Klausen. Geb. 1,50 M., bessere Ausgabe 3 M.

Ed. Engel, Geschichte der deutschen Literatur von den Anfängen bis in die Gegenwart. 2 Bände 12 M.  
Henriette Davidis, Illustriertes prakt. Kochbuch. Geb. 2 M.  
E. Sonnemann, Eine Reise nach Irland und den Westmännerinseln. Reisebriefe und Tagebuchblätter. 1 Band 2,50 M.

## Internationale Bibliothek:

- Avelling, Die Darwinische Theorie . . . . . Geb. 2,— M.
- K. Kautsky, Marx' Oekonomische Lehren . . . . . 2,— "
- A. Bebel, Charles Fourier . . . . . 2,50 "
- A. Bebel, Die Frau und der Sozialismus, Jubiläumsausgabe . . . . . Geb. 8,— "
- Fr. Engels, Ursprung der Familie . . . . . Geb. 1,50 "
- Karl Marx, Das Elend der Philosophie . . . . . Geb. 2,— "
- K. Kautsky, Das Erfurter Programm . . . . . Geb. 2,— "
- Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Geb. 2,50 "
- F. B. Simon, Gesundheitspflege des Weibes . . . . . Geb. 2,50 "
- H. Lux, Etienne Cabet und der Utopische Kommunismus. Geb. 2,— "
- G. Plechanow, N. G. Tschernischewsky. Brosch. 2,50 M.; geb. 3,— "
- Fr. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft . . . . . Geb. 8,— "
- Josef Dietzgen, Das Akquisit der Philosophie und Briefe über Logik . . . . . Geb. 2,— "
- C. Hugo, Die englische Gewerkschaftsbewegung . . . . . Geb. 2,— "
- Karl Marx, Revolution und Konter-Revolution in Deutschland . . . . . Geb. 8,— "
- A. Dodel, Aus Leben und Wissenschaft. I. Serie. 3 Teile . . . . . Geb. 5,50 "
- C. Hugo, Städteverwaltung und Municipal-Sozialismus in England . . . . . Geb. 2,50 "
- G. Moch, Die Armee der Demokratie. Brosch. 1,— M.; geb. 1,50 "
- Karl Marx, Die Kritik der politischen Oekonomie . . . . . Geb. 4,— "
- Josef Dietzgen, Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit. Geb. 2,— "
- Josef Dietzgen, Kleine philosophische Schriften . . . . . Geb. 2,50 "
- Leo Deutsch, Sechzehn Jahre in Sibirien . . . . . Geb. 3,50 "
- A. Dodel, Aus Leben und Wissenschaft. II. Serie . . . . . Geb. 4,— "
- Karl Marx, Theorien über den Mehrwert. Brosch. 5,50 M.; geb. 6,— "
- Karl Marx, David Ricardo. Brosch. 10,50 M.; geb. 11,50 "
- Karl Kautsky, Ethik und materialistische Geschichtsauffassung . . . . . Geb. 1,50 "
- M. Hillquit, Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten. Brosch. 2,50 M.; geb. 3,— "
- Pashitnow, Die Lage der arbeitenden Klasse in Rußland. Geb. 3,— "
- Leo Deutsch, Viermal entflohen. Brosch. 1,50 M.; geb. 2,— "
- Peter Maslow, Die Agrarfrage in Rußland. Brosch. 2,50 M.; geb. 3,— "
- Paul Louis, Geschichte des Sozialismus in Frankreich. Brosch. 2,50 M.; geb. 3,— "
- Eduard Bernstein, Sozialismus und Demokratie in der englischen Revolution. Brosch. 3,50 M.; geb. 4,— "
- Karl Kautsky, Der Ursprung des Christentums . . . . . Geb. 5,75 "
- A. Boudin, Das theoretische System von Karl Marx Geb. 3,— "
- Karl Kautsky, Sozialismus des neueren Sozialismus. 2 Bände . . . . . Band Geb. 5,— "
- Anna u. Wilh. Bloss, Babus und die Verschönerung für die Gleichheit . . . . . Geb. 2,50 "

## Als Wandschmuck

empfehlen wir:

### Die Marseillaise

von Doré.

In künstlerischem Lichtdruck. Bildgröße 47 1/2 x 57, Kartongröße 70 x 106. Preis pro Blatt 3 M. Porto 50 Pf.

### Jugendbildnis Raffalles.

In künstlerischem farbigen Lichtdruck. Preis 3 M., gerahmt 4,50 bis 6 M. Porto 50 Pf.

### Künstler-Steinzeichnungen.

Drei verschiedene Sujets in vorzüglicher Ausführung. Schacht: Jugendzeit — Abendwolken — Vorabend. Preis in geschmackvollem Rahmen 3,50 M. Diese Bilder sind durchaus geeignet, das Heim des Proletariats zu schmücken und wohllicher zu gestalten.

## Jugendschriften.

Die im Verzeichnis des Bildungsausschusses aufgeführten Jugendschriften sind bei uns zu haben. Das Verzeichnis wird gratis verschickt.

## Bilderbücher

sind in reicher Auswahl und in allen Preislagen vorhanden.

# Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. 68.

Lindenstraße 69 (Laden).

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Jugendchriftenausstellung nur noch bis Sonntag, den 19. Dezember, geöffnet ist; wir bitten daher den event. Bedarf an Jugendchriften, Wandplakaten und Stoffliteraturausgaben baldigst decken zu wollen.

Rudow. Sonntag, den 19. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr Versammlung des Wahlvereins im Lokal Palm, Köpenicker Straße. Tagesordnung: Bericht von der Delegiertenversammlung, Weihnachtsvergügen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Weihnachtseinkäufe.

Es ist wie alle Jahr, — und ist doch anders! Eine große wirtschaftliche Gedrängtheit lagert über Handel und Wandel. Die Krise dauert an. Die Arbeitslosigkeit will nicht erheblich zurückgehen. Da klagen die Geschäftsleute. Dazu kommen noch die neuen Steuern, die der Reichstag in diesem Sommer dem Volke beibrachte. Die machen sich gerade jetzt in diesen Weihnachtstagen bemerkbarer, denn je. Der Schaulustigen gibt es wohl viele, aber der Käufer nur wenig. Freilich, wer da im Weiten seine Beobachtungen anstellen wollte, käme leicht zu Fehlschlüssen. Dort jagen die Automobile, dort rollen die Kutschen, und die Geschäfte derer, die in dieser Stadtgegend heimisch sind, schauen nicht gerade niedergeschlagen und trübselig drein. Die Geschäftsleute klagen freilich auch hier; in früheren Jahren soll es besser gewesen sein! Aber den Käufer dieser privilegierten Bezirke stellt keine Krise so leicht, und auch neue Steuern vermögen ihm das Leben nicht sonderlich sauer zu machen.

Ganz anders pfeift der Wind im Norden und Osten der Stadt und in den diesen Teilen angegliederten Vororten. Auch in den Straßenzügen dieser Gegenden haben die Geschäfte und Warenhäuser lebende Weihnachtsschaufenster gemacht, die die volle und gerechte Beachtung der Passanten herausfordern. Es ist fast alles wie im Westen; nur der Luxus fehlt. Aber viel über rein theoretische Beachtung und Bewunderung geht es in diesem Jahre nicht recht hinaus. Können und Wollen stehen in einem bösen Konflikt zueinander; tiefer denn je gähnt heuer die schier unüberbrückbare Kluft zwischen Wunsch und Kauf. Aus zu vielen Gesichtern schaut die Sorge heraus; jeder Pfennig will noch häufiger gemessen werden, denn sonst, ehe er ausgegeben wird. Freilich, wo ein Hausen Kinder im Hause ist, da liegt das Herz doch über Not und Angst. Spielzeug und Kleinkram gelangen da immerhin einigermaßen zu ihrem Recht: ein Wägelchen, eine Puppe, ein Lärminstrument kommen unter den Tannenbaum als Weihnachtsgabe. Land ist es meist, und doch macht es die Erzieher dieser Kleingüter wenigstens auf kurze Stunden glücklich in dem Gedanken, daß dieser billige Spielkram auf die Dauer einiger arbeitsloser Tage ein klein wenig Seligkeit in den Augen ihrer Kleinen hervorzaubern wird.

Mit diesen Dabeigefühlten bedacht, ziehen sie in den späten Abendstunden heim. Das Schauen hat ein Ende, nun da etwas von dem Geschaute in ihren Besitz übergegangen ist. Die Pakete in der braunen Papierverpackung haben etwas Unförmiges. Und manchmal ist dann die Umhüllung überhaupt noch nicht einmal ganz kunstgerecht: ein Stück Weihnachtsüberziehung lugt heraus, ein Teller, ein buntemaler Trommelrand oder das weißblinnde Metall eines großen Phonographentrichters. Dann klopfen die Jungen und Mädchen, die freitend auf den abendlichen Straßen im weihnachtlichen Glanz der Schaufenster herumlungern, verhöhnen einander an, und weisen, kindliche Bemerkungen machend, mit großen Augen auf alle die Herrlichkeiten, die irgendein Vater oder irgendeine Mutter glückstrahlend heimtragen. Sie aber gehen, eine große Freude im Herzen, an den feinsüchtigen Kinderaugen achlos vorüber, vorüber an den Lockungen der Schaufenster, darüber an allen Herrlichkeiten der Straße, an dem Duft der feilgehaltenen Tannenbäume und am flüsternden Glanz des Christbaumkneides. Nur eines haben sie vor sich: ihre enge Häuslichkeit, ihre Proletarierarmut, ihre Kinder... Aus der Not des Alltags aber haben sie etwas gerettet, das auch die Reichen im Westen nicht reiner und besser haben können als sie: eine Freude für ihre Kinder — das sind ihre Weihnachtseinkäufe.

Der Ausschuss zur Prüfung der Stadtverordnetenwahlen sprach sich in seiner gestern abgehaltenen Sitzung für Gültigkeit sämtlicher Neuwahlen aus. Gleichzeitig gab er der Anregung des Genossen Stadthagen statt, den Magistrat zu ersuchen, künftig die vollen Ergebnisse aller Stadtverordnetenwahlen unter Angabe der auf die einzelnen Kandidaten abgegebenen Stimmen zu veröffentlichen und dem Statistischen Amte zugänglich zu machen.

Wegen die Wertzuwachssteuer, die der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt hat, machen nicht nur die Hausbesitzer mobil, sondern auch die Kreise, die ausschließlich Grundstücksgehalte machen. Sie haben die Vertreter der Kaufmannschaft beauftragt, sich ihrer anzunehmen und erreicht, daß in der letzten Sitzung die Angelegenheit verhandelt wurde.

Als Ersatz für die Erwerbskosten eines Grundstücks hielt das Kollegium einen Satz von 3 Proz. an Stelle des in der Vorlage vorgeschlagenen von 8 Proz. für erforderlich. Der gleiche Satz von 4 Proz. an Stelle des vorgeschlagenen von 8 Prozent pro Anno erscheint auch notwendig als Entschädigung für die Zeit, in der das Grundstück keine Nutzungen gehabt hat. Bei Teilveräußerungen örtlich und wirtschaftlich zusammenhängender Grundstücke desselben Eigentümers soll eine Anrechnung einer späteren Wertverminderung einzelner Parzellen auf einen früheren Wertzuwachs anderer Parzellen stattfinden. Bei den Zuschlägen zur Wertzuwachssteuer, die bei kurzer Bestdauer bis zur Verdoppelung führen, müßte eine Milderung eintreten für die Gewerbe, deren Tätigkeit auf den Häuserbau gerichtet ist. Um alle Streitfragen über die Höhe der Steuer und über das, was als „Veräußerungserlös“ zu betrachten ist, zu entscheiden, schlägt das Kollegium vor, ein Schiedsgericht, bestehend aus Mitgliedern der Steuerdeputation und aus Vertretern der Interessenten einzusetzen. Die Vertreter beschließen, in diesem Sinne bei der für die Beratung der Wertzuwachssteuer eingesetzten Kommission der Stadtverordnetenversammlung vorstellig zu werden.

Die Vorschläge der Vertreter der Kaufmannschaft bedeuten eine weitere Verschlechterung der ohnehin geradezu sträflich mäßigen Magistratsvorschläge.

Ein Jubiläum im Gemeindefschulwesen Berlins wurde am Donnerstag von den Behörden unserer Stadt unter Aufsicht der zuständigen Behörden des Staates festlich begangen. Draußen an der Lützlicher und der Ottenber Straße ist die Gruppe der drei großen Schulbauten fertig geworden, die der technischen Mittelschule sowie einer Realschule und einer Gemeindefschule als Heim dienen. Die Gemeindefschule ist die 300. in Berlin — daher die Jubiläumsschule, die in einer

breit angelegten Einweihungsfeierlichkeit sich Lust zu machen suchte. Als wir im Jahre 1893 die 200. Gemeindefschule bekamen, genügte es der Schulverwaltung und dem Magistrat, eine Denkschrift über die neuere Entwicklung des Berliner Gemeindefschulwesens zusammenstellen zu lassen. Ein Fest zu feiern, wäre in der 200. Schule schwer möglich gewesen. Sie wurde eröffnet in einer Mietlokalen (Weihenburger Straße), die damals schon zwölf Jahre hindurch von einer älteren Gemeindefschule benützt worden war und dann noch anderthalb Jahrzehnte hindurch mehrere Gemeindefschulen nach einander hat beherbergen müssen, so daß die Schulverwaltung für dieses Mietlokalen ein Vierteljahrhundertjubiläum hätte veranstalten können. Diesmal aber, wo zum dritten Male die Zahl der Gemeindefschulen zur Doppelzahl sich rundet, hat sich's besser getroffen. Die städtische Gebäudegruppe, in der auch die 300. Gemeindefschule ihren Platz gefunden hat, ist ein Werk unseres Stadtbaurats Hoffmann. Es reiht sich den anderen Schöpfungen dieses trefflichen Baukünstlers an, die der Stadt Berlin zur Bieder gereichen. Die Aula der Gemeindefschule, ein Raum von schlichter Schönheit, gab einen würdigen Rahmen für die Feier, die der „300“ galt. Unter den Festteilnehmern waren die Behörden der Stadt vertreten durch Magistratsmitglieder mit dem Oberbürgermeister, durch Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung mit den Vorstehern, durch Mitglieder der Schuldeputation, auch der Hochschulpdeputation mit dem Stadtbaurat. Als Vertreter der Regierung waren anwesend der Unterrichtsminister, der Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums und andere. Nach einer vom Rektor Peris dargebotenen Begrüßung wurden in einer Ansprache des Unterrichtsministers v. Trost zu Solz den Gemeindefbehörden allerlei Komplimente gesagt, wie sie bei solcher Gelegenheit üblich sind. Daran schloß sich die Ueberreichung eines Ordens für zumeist unbekanntem Verdienste: beglückt wurden damit der Stadtrat Ramsau, der Stadtschulrat Fischer, die Schulinspektoren Jonas und Haase, der Rentner Seeger, der Kaufmann Schulte. Daß Seeger und Schulte Stadtverordnete sind und in der Schuldeputation sitzen, galt seiner Erziehung als nicht der Erwähnung wert. In längerer Rede würdigte dann Stadtschulrat Dirscharn als Vorsitzender der Schuldeputation die äußere Entwicklung des Berliner Gemeindefschulwesens, die Rehrung der Schulen, die Ausgestaltung der Schulhäuser in technischer, hygienischer und künstlerischer Hinsicht, die Ertragenschaften der Schulbäder, die neueren Baustysteme, die bessere Reinigung aller Räume, ferner die fortschreitende Herabsetzung der Klassenfrequenzen, die Ueberwachung der Kinder durch Schulärzte, die Speisung bedürftiger Schulkinder. Man weiß, daß beinahe alles das dem Berliner Stadtkreis unter langwierigen Kämpfen hat abgerungen werden müssen. Ein Bild der inneren Entwicklung der Berliner Gemeindefschule wurde durch Stadtschulrat Fischer gegeben. Zur Frage des Klassenunterrichts führte er aus, bis jetzt könne man noch nicht sagen, daß es der Mehrheit der normalen Kinder die Erreichung des Schulzieles ermöglicht habe, doch liege das wohl mehr an äußeren Hemmnissen. Mit erhobener Stimme wies er die „Unterstellung“ zurück, daß es der Wunsch nach Erparnissen sei, der den Gedanken einer Umformung zum Siebentklassensystem habe entstehen lassen. Unter den Zuhörern sah er einer der Führer des Stadtkreisens, Herr Caspel, der einmal in der Stadtverordnetenversammlung diesen Wunsch deutlich genug zu erkennen gegeben hat. Fischer veränderte, über die künftige Organisationsform der Gemeindefschule wurde man sich erst noch nicht entscheiden. Er hatte es aber für ausgeschlossen, daß man nicht für die begabteren Kinder acht Klassen beibehalten werde. Mit diesem nicht ganz eindeutigen Versprechen schloß der Redner. Gesang eines Knabenchores der 300. Schule hatte die Feier eröffnet, Gesang beendete sie. Zuletzt gab's dann noch einen hübschen Reigen weißgekleideter Mädchen der 53. Schule, der im Zeichenaal der technischen Mittelschule aufgeführt wurde.

Zu dem Frauenmord wird berichtet, daß die Untersuchung der kürzlich im Otten der Frau Schedt beschlagnahmten Reste nichts Verlässendes gegen den früheren Geliebten der Arnholz Hahn ergeben hat. Die Wäsche mit den Knochenresten, Dösen und Haken hat wahrscheinlich schon vor dem Verschwinden der Arnholz in dem Ofen gelegen. Ein Kamm, der auf dem Tempelhofer Felde gefunden wurde, hat der Arnholz nicht gehört. Einen Haarstrang trug sie nie. In der Raube und auch in der Wohnung der Frau Schedt wurden auch noch Haare der Arnholz gefunden und beschlagnahmt. Mit der Wortschärfe hängt auch die gestern gemeldete Erfassung eines gewissen Schachow durch einen Kriminalbeamten zusammen. Gegen Schachow lag augenblicklich nichts vor, einer strafbaren Handlung wegen wurde er nicht gesucht. Der Kriminalpolizei kam lediglich darauf an, von ihm über den Aufenthalt eines Korbreglers Jagowitsch vielleicht Auskunft zu bekommen. Dieser hat nachweislich die Anna Arnholz gekannt. Es ist nun aufgefallen, daß er nach dem Aufsuchen der Leichenteile, ohne ersichtlichen Grund seine Arbeitsstelle verlassen hat. Er ist bisher auch nicht zu finden gewesen. Weil er als Zeuge vernommen werden soll, so wird er eifrig gesucht, und Schachow sollte zu seiner Ermittlung helfen, weil angenommen wurde, er kenne seinen Aufenthalt. — Der Polizeipräsident v. Jagow hat dem im Krankenhaus am Urban liegenden Beamten für sein mutiges Verhalten dem Schachow gegenüber seine Anerkennung ausgesprochen.

Der am 22. Juli 1867 geborene Arbeiter Karl Hahn, der frühere Zubehörer der Anna Arnholz, ist gestern wegen Zuhälterei dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden. Die Ermittlungen haben ergeben, daß er nicht nur die Anna Arnholz, sondern auch andere Mädchen durch Mißhandlungen gezwungen hat, für ihn auf die Straße zu gehen.

Als Telefonbeamter tritt ein raffiniertes Schwindler auf, der die hiesigen Geschäfte zu schädigen sucht. Der betrügerische Durch die mielt sich in den verschiedensten Stadtteilen Zimmer und sucht dann die in der Nachbarschaft liegenden Geschäfte auf. Er kauft wertvollere Gegenstände ein und bittet dann, die Sachen nach seiner Wohnung bringen zu lassen. Erscheint später der Vot, so gibt ihm der Unbekannte den Auftrag, noch weitere Gegenstände aus dem Geschäft zu holen. Er behält die gelieferten Waren zurück und während nun der Vot nochmals den Weg nach dem Geschäft zurücklegt, verschwindet der Gauner mit den nicht bezahlten Waren. Vor dem Schwindler, der etwa 27 Jahre alt ist und einen Kneifer trägt, kann nur dringend gewarnt werden.

Vor Blücherstrahlern wird gewarnt! In Abwesenheit des Mannes erscheinen sie bei der Frau und suchen sie einzureden, daß ihr Mann Blücher vom Verlag Modern, Potsdamer Str., bestellt hätte, die sie abliefern sollten. Um ihre Angaben glaubhafter zu machen, geben die Schwindler an, auf den 8,80 M. lautenden Betrag sei schon eine Mark angezahlt. Später stellt sich dann regelmäßig der Schwindel heraus. Einen Verlag Modern in der Potsdamer Straße gibt's übrigens nicht.

Türkische Polizeifiguren sind zum Studium der Berliner Sicherheitsverrichtungen nach Berlin gekommen. Ob sie hier ihr Wissen besonders bereichern werden, steht dahin.

Auf dem Tanzboden tödlich verunglückt ist ein 19 Jahre altes Dienstmädchen Erna Dresler, das in der Wöhlertstraße 31 in Stellung

war. Es stieß am Dienstag vor acht Tagen mit dem Ellenbogen des linken Armes eine Glasplatte ein und verletzte sich dabei schwerbar nicht schwer. Am Sonnabend empfand es so heftige Schmerzen, daß es nach dem Hedwigskrankenhaus gebracht werden mußte, wo es gestern an Blutvergiftung gestorben ist.

Unfall des Automobils des Kronprinzen. In der letzten Nacht stieß auf der Charlottenburger Chaussee, in der Nähe des Bahnhofes Tiergarten das nach Potsdam fahrende Automobil des Kronprinzen mit einem entgegenkommenden Privatautomobil dadurch zusammen, daß dieses kurz vor dem Kronprinzlichen Automobil, dessen Fahrtrichtung freuzend, in eine Nebenstraße einbiegen wollte, und dann die Chaussee beider Automobile, um auszuweichen, nach derselben Seite lenkte. Ein Trittbret des Kronprinzlichen Automobils wurde eingedrückt, mehrere Fensterbeiden gingen in Trümmer. Der Kronprinz blieb unverletzt, sein Adjutant, Oberleutnant v. Oppen, erlitt leichte Schnittverletzungen, die ihn in Ausübung seines Dienstes nicht hindern. Der Kronprinz setzte die Weiterfahrt nach Potsdam erst ab in einer Automobilbrücke fort. Das Kronprinzliche Automobil folgte später mit eigener Kraft. Den Zusammenstoß des anderen Automobils ist nichts gesehen.

Die Wartesäle der Bahnhöfe werden außer von dem Publikum, daß diezüge benutzen will, auch hin und wieder von anderen Personen aufgelockert, die gelegentlich eine Gefährlich nehmen wollen. Es ist nun die Frage aufgetaucht, ob die Benutzung der Wartesäle ausschließlich dem reisenden Publikum gestattet ist. Um die Beantwortung dieser Frage wird die Eisenbahnbehörde nicht umhin können, wenn man hört, daß Personen aus den Wartesälen verwiesen werden, weil sie keine Fahrkarte vorzeigen konnten, obwohl ihnen auf Verstellung Kasse verabreicht worden war. Im Wartesaal des Bahnhofes Friedrichstraße hatte sich dieser Tage in aller Frühe ein Kaufmann eingefunden, der vor Eintritt seiner Arbeitszeit einen Imbiß nehmen wollte. Vom Kassier erhielt er auch das Verlangte, aber nach einiger Zeit trat ein Beamter an ihn heran und fragte in barschem Tone: Wohin fahren Sie? Der Angeredete antwortete, daß er nur sein Frühstück einnehmen wolle, um dann ins Geschäft zu fahren. Hierauf erfolgte die Antwort: Sie haben diese Räume sofort zu verlassen!

Wir meinen, daß natürlich die Wartesäle vorzugsweise für das reisende Publikum bestimmt sind; wenn aber auch anderen Personen Speisen oder Getränke verabfolgt werden, können diese Personen nicht ohne weiteres aus dem Lokal verwiesen werden. Im übrigen sollen gerade auf dem Bahnhof Friedrichstraße zu gewissen Zeiten Spielergesellschaften sitzen, die keine Fahrkarten besitzen, aber unbedrängt bleiben.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund (Sang Berlin) hat seine Agitationsveranstaltungen, zu denen der Reichstagsabgeordnete, Genosse Eickhorn das Referat übernommen hatte, beendet. Der Referent sprach in allen vier Versammlungen über: Was will der Deutsche Arbeiter-Sängerbund und entledigte sich seiner Aufgabe in der vorrefflichsten Weise. Der Zweck dieser Versammlungen war die Zusammenlegung der kleinen Vereine zu großen leistungsfähigen Chören. In allen Versammlungen brach sich der Wille Bahn, endlich ans Werk zu gehen. Um auch den bürgerlichen Vereinen Gelegenheit zu geben, sich dem Arbeiter-Sängerbunde anzuschließen, wurden hundert solcher Vereine zu den Versammlungen eingeladen. Hin und wieder hat ein Sänger den Mut gehabt, in die Versammlung zu kommen. In allen Versammlungen ist der vom Vorstand vorgeschlagene Antrag zum Beschluß erhoben: Jeder Verein hat eine Kommission von drei Mitgliedern zu wählen, die sich in einer vom Vorstand noch zu bestimmenden Sitzung mit der Verschmelzungsfrage zu beschäftigen hat. Diese Sitzungen werden alle noch in diesem Jahre abgehalten.

Fast alle Redner stonden den Bestrebungen sehr sympathisch gegenüber und erklärten sich im Prinzip für eine Verschmelzung der kleinen Vereine. Hin und wieder wagte sich mal einer hervor, um eine Lauge für die Vereinsmeierei zu brechen, fand jedoch bei der Majorität keinen Anklang. Des öfteren kam der Wunsch zum Ausdruck, eine sofortige Zusammenlegung bestimmter Vereine vorzunehmen.

Die Feier des Stiftungsfestes des Bundes brachte besonders den Sängern der letzten Versammlung, welche am Montag stattfand, die Erkenntnis, daß nur große leistungsfähige Chöre imstande sind, etwas Gutes zu bieten. Der Vorstand des Bundes Berlin und Umgebung kann daher hoffnungsvoll in die Zukunft blicken, denn seine Agitation wird nicht ohne Erfolg sein.

Wer ist der Knabe? Ein unbekannter Knabe wurde am vergangenen Sonnabend nachmittags um 8 Uhr von zwei ebenfalls unbekanntem Frauen in der Ullricher Straße aufgefunden und dem 107. Polizeirevier übergeben. Er konnte seinen Namen nicht angeben, sagte aber, daß er in der Venusstr. 7 zu Reindendorfer wohne. Das trifft jedoch nicht zu, und weil niemand den Verlust eines Kindes angezeigt hat, so weiß man nicht, woher der Kleine gekommen ist und wohin er gehöre. Die Polizei hat ihn deshalb dem Waisenhaus übergeben. Hier hat er einstweilen nach dem Fundort den Namen Ulrich erhalten. Er soll Walter heißen, bestimmtes weiß man nicht. Der Knabe ist vier bis fünf Jahre alt, 1,06 Meter groß, hat dunkelblondes kurzgeschorenes Haar, ein volles Gesicht und etwas aufgeworfene Lippen und trägt einen blauen Anzug mit Matrosenragen, einen grauen Krimmerlragen, hohe Schürstiefel mit Wappstein, ein blau gestreiftes Hemd und schwarze Strümpfe. An seiner rechten Hand fehlt das erste Glied des kleinen Fingers. An der linken der Nagel des Zeigefingers.

Feuerwehrruadrachten. In der letzten Nacht hatten die Wehren von Berlin und Charlottenburg einen großen Brand in der Kaiserin-Augusta-Allee 27 zu löschen. Dort standen zwei große Lagerdampfen der Berlin-Anhaltischen Maschinenfabrik in großer Ausdehnung in Flammen. Die angrenzenden Stallungen und die Gebäude der Berliner Altpfahl-Gesellschaft Kopp u. Co. waren sehr gefährdet. Die Flammen hatten an den großen Vorräten reiche Nahrung gefunden und wurden von einem bestigen Nordostwinde angefaßt und direkt auf die Stallungen getrieben, in denen sich mehrere Pferde befanden. Diese konnten sämtlich in Sicherheit gebracht werden. Die Charlottenburger Feuerwehr war mit mehreren Jägern zur Stelle und gab mit drei B- und sechs C-Rohren von Dampfspiriten stundenlang Wasser. Die Berliner Feuerwehr unterstützte den Angriff mit einem B- und einem C-Rohre vom 15. Automobilbildzug aus der Turnstraße. Gegen mitternacht war das Feuer gelöscht. Die Lagerdampfen bildeten um diese Zeit einen rauchenden und glimmenden Trümmerhaufen. Der Schaden ist bedeutend, aber durch Versicherung gedeckt. Ueber die Entstehung war Authentisches nicht zu ermitteln. Der Betrieb der Anhaltischen Maschinenfabrik ist nicht unterbrochen.

Fast gleichzeitig kam ein gefährlicher Brand in einem Jelluloidlager in der Friedrichstr. 49 zum Ausbruch, der aber zum Glück schnell gelöscht werden konnte. Wegen einer Gasvergiftung wurde die Feuerwehr gestern abend nach der Jelluloidstr. 13 gerufen. Eine Frau hatte sich dort durch Einatmen von Leuchtgas vergiftet und war bei Anruf der Feuerwehr schon tot. Ein Arzt stellte dann den Tod fest, worauf die Polizei die Leiche beschlagnahmte.

Der Brand einer Tischlerei tief den fünften Zug nach der Mantelstr. 121. Hohlspäne und anderes waren dort in Brand geraten. Der erste Zug hatte einen Kellerbrand in der Blücherstr. 61 zu löschen. Papier, Baumaterial und anderes waren hier von Flammen ergriffen. Möbel, Betten, Handrat usw. wurden in der Heinerdorfer Straße 5, Laufiger Straße 2, Stralauer Allee 17b, Schererstr. 6 und anderen Stellen ein Raub der Flammen. Chorner Straße 12, Kaiser-Wilhelm-Straße 20, Neue Königl. 68, Große Hamburger Str. 4 brannten Dekorationen, Gardinen, Pappen usw.

# Vorort-Nachrichten.

## Dorhagen-Rummelsburg.

Das Jugendheim für Dorhagen-Rummelsburg wurde am Sonntag nachmittag 4 Uhr eröffnet. Hierzu hatten sich eine Anzahl Genossen sowie eine größere Zahl Jugendliche eingefunden. Genosse J. o. h. n. verwies in seiner Eröffnungssprache auf die Notwendigkeit des Jugendheims. Er betonte, daß die Arbeiterschaft viel zu spät an die Errichtung solcher Heime gedacht habe. Sie ganz anders hätten die Gegner unserer Ideen die Jugend für ihre Bestrebungen eingefangen. Am Schluß gab der Redner dem Wunsche Ausdruck, daß die Jugend recht regen Gebrauch machen möge, zum Segen der Jugend sowie der kommenden Generationen. Bislang dankte der hiesigen Arbeiterschaft für die Opferwilligkeit, durch die das Heim entstanden sei. Von den Jugendlichen dankte Angeland für das schöne Heim; im Namen der Jugend versprach er der Arbeiterschaft den Dank dadurch abzuklären, daß die Jugend sich an allen Veranstaltungen des Jugendauschusses beteiligen, insbesondere aber von dem Jugendheim recht regen Gebrauch machen werde.

Nach der Befestigung des Heims, welches aus einem Bibliothek, einem Lesezimmer und einem Spielzimmer besteht, gaben sich die Jugend sowie Genossen des Kreises abends 6 Uhr im „Café Bellevue“ ein Stelldichein. Hier fand die eigentliche Feier statt. Genosse Reichstagsabgeordneter S. i. c. h. o. r. n. hielt die Festrede. — Seinen trefflichen Ausführungen wurde großer Beifall gezollt. Die guten gesanglichen Leistungen des Gesangsvereins „Einigkeit“ sowie des Partitonien Genossen Fricke wurden durch reichen Beifall quittiert. Auch die Jüheraufführungen wurden angenehm empfunden und mit Dank entgegengenommen.

Das Jugendheim ist geöffnet wochentags außer Dienstag und Freitag von 7—10 Uhr abends; Sonntag nachmittags von 4 bis abends 10 Uhr.

Alle Jugendlichen des Ortes sind herzlich willkommen.  
Der Jugendauschub.

## Charlottenburg.

Ein größerer Brand, der die Feuerwehr längere Zeit beschäftigte, kam in letzter Nacht in der Kaiserin-Augusta-Allee 27 zum Ausbruch. Er entstand in einem 40 Meter langen und 12 Meter tiefen Lager-schuppen, in dem Materialen für die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-AG in der Nähe der Berliner Hauptbahnhofe lagerten. Als die Feuerwehre eintraf, handelte es sich um ein Feuer, das von der Seite des Schuppens in Flammen. Von dem brennenden Schuppen war nicht viel zu retten, weshalb hauptsächlich die Nachbargebäude gefährdet wurden. Die Entstehungsurache ist nicht bekannt.

## Rixdorf.

Der Fahrplan der städtischen Omnibuslinie Rixdorf-Treptow wird vom Sonnabend, den 18. d. Mts., ab für die Wintermonate eine Änderung infolge erfahren, als der Betrieb eingeschränkt werden wird, weil der Verkehr in den Wintermonaten erheblich nachläßt. Die Wagen verkehren vom 18. ab in regelmäßigen Abständen von 30 Minuten, und zwar beginnt der Betrieb morgens um 6 Uhr ab Treptow und endet abends 10.10 Uhr. Die Abfahrtszeiten sind: ab Rixdorf: 6.00, 6.20, 6.40, 7 Uhr, bis 9.40; ab Treptow: 6.30, 6.50, 7.10, 7.30 Uhr, bis 10.10 Uhr.

## Weihensee.

Eine eigenartige Explosion ereignete sich vorgestern auf dem Grundstück der Enders-Brauerei, König-Chaussee 5/8. Dem Brandmeister und Großbütchermeister Einbeck war von der Brauereileitung übertragen worden, an den großen, 40 Hektoliter fassenden Lagerfässern das Pochen vorzunehmen. Als nun das erste Fass gepocht war und die Lunte an die Öffnung gebracht wurde, dehnten sich die Gase im Innern des Fasses mit solcher Gewalt aus, daß die 5 Zentimeter starken Wände buchstäblich auseinandergerissen und etwa 50 Meter weit fortgeschleudert wurden. Durch den ungewöhnlichen Luftdruck wurden die in der Nähe stehenden Personen zu Boden geworfen. Zwei Arbeiter erlitten Verletzungen an den Armen. Der Großbütchermeister wurde von der Stichflamme getroffen und erlitt Brandwunden. Die Besatzungen, die aus dem Fass herausschleudert worden waren, kamen zur Spitzfindung und bald schlugen mächtige Flammen empor, durch die ein Lager-schuppen in Gefahr gebracht wurde, so daß die Feuerwehr alarmiert werden mußte.

## Ober-Schöneweide.

Gemeindevorstellung. Infolge der gesetzlichen Neuordnung des Dienstverhältnisses der Lehrer hat sich die Aufstellung einer neuen Besoldungsordnung nötig gemacht. Nebenher ist durch die Neu-festsetzung der Gehaltsklassen die Gemeinde Ober-Schöneweide in eine niedrigere Klasse gekommen; es erhalten demgemäß z. B. die Lehrer jetzt statt 650 nur 400 M. Monatsbesoldung. Zu erwarten steht allerdings, daß bis spätestens 1912 hierin wieder eine Änderung eintreten wird. Verschiedene Petitionen der Lehrer und Lehr-rinnen zu dieser Angelegenheit sind bisher unerledigt geblieben. Vom Gemeindevorstand ist nun eine Besoldungsordnung aufgestellt worden, welche bei den Vektoren ein jährliches Mehreinkommen von 250 bis 310 M., bei den Lehrern 100 M. und bei den Lehrerinnen 50 bis 100 M. vorsieht. Die Schuldeputation stellt etwas weitergehende Anträge, sie sieht vor, daß die erhöhten Beträge ab 1. April 1909 gezahlt werden. Bei der sich über die Vorläufige entwickelnden Debatte kamen recht gegenteilige Ansichten zum Ausdruck. Genosse Grunow kritisierte die gänzlich verkehrte Idee, welche die Besoldungsordnung für die Lehrer wie auch für die übrigen Beamten zugrunde liegt. Ueber die miserabelsten Anhaltspunkte werden die Beamten hinweggetrieben auf ein auskömmliches Endgehalt, welches sie erreichen (die Lehrer in 82 Jahren), wenn sie nicht mehr unter den Lebenden weilen. Die für die Lehrer vorgesehene Staffelung der Ortszulage empfand sich eigentlich in ungekehrter Anwendung. Die geringe Aufbesserung entspricht jedenfalls nicht den teuren Lebensverhältnissen. Zudem mache es einen sonderbaren Eindruck, wenn hier die finanzielle Not der Gemeinde ins Feld geführt werde, während andererseits, wie gesehen, die Gehälter der höchsten Gemeindebeamten um Laufendes von 2000 M. erhöht werden. Herr Direktor Peters glaubte solchen Eindrücken keine Rechnung tragen zu brauchen, er empfahl im übrigen die seiner Initiative entspringenden Beschlüsse der Schuldeputation. Recht sonderbar, teilweise recht komisch, muteten die Argumente der Vertreter der Hausbesitzer Herwig und Müller und des Fabrikbesizers Feldmann an, welche mit der Not und den Lasten dieser Bevölkerungsklassen, denen ja auch kein Mensch helfe — haushieren gingen. Vom Genossen Brunow mußten sich die Herren lassen lassen, daß sogar der geringste Arbeiter, sobald er nur einigermaßen Denkerfähigkeiten besitze, die Herren beschäme, indem er an seine eigenen traurigen Verhältnisse nicht den Maßstab anlege, nach welchem Gemeindebeamte zu entlohnen sind. — Schließlich gelangten die Vorschläge der Schuldeputation mit der Maßgabe zur Annahme, daß die erhöhten Beträge ab 1. Oktober 1909 gezahlt werden.

## Friedrichshagen.

Die Jugendschriftenausstellung, verbunden mit einer Ausstellung von künstlerischem Wandbild ist vom Sonnabend, den 18. d. Mts., den 21. Dezember jeden Tag geöffnet. Wir erlauben alle Eltern, in dieser Zeit die Ausstellung recht reger besuchen und ihren Bedarf an Jugendschriften, Bilderbüchern, Kinderspielen usw. dort decken zu wollen.

## Spandau.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins am Dienstagabend berichteten die Genossen Gloger, Stahl und Schubert

über die Kreisgeneralversammlung. Der Bericht zitierte eine längere Diskussion. Aus derselben ist hervorzuheben, daß Genosse Piefer antrug, bei dem „Vorwärts“ wegen Einrichtung einer billigeren Landausgabe vorstellig zu werden. Genosse Konitzer bemängelte, daß die Angelegenheit gegen den Genossen Restaurateur Kuprecht noch nicht erledigt sei. Den Bericht der Geschäftskommission gab der Genosse Terz. Er brachte zunächst eine zusammenfassende Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Buchhandlung wie der „Vorwärts“-Expedition. Aus derselben geht hervor, daß die Buchhandlung sich rentiere, daß aber die „Vorwärts“-Expedition jährlich einen nicht unbedeutenden Verlust erfordere. Die Schulden beim „Vorwärts“ betragen jetzt schon circa 1182 M. Hier müsse unbedingt eine Abhilfe geschaffen werden. Es sind vorhanden 1025 „Vorwärts“-Abonnenten. Der jedem Abonnenten lege die Partei pro Monat 35 Pf. zu. Dies betrage zusammen 357,75 M. im Monat. Die Ueberschüsse aus der Buchhandlung müssen bei der „Vorwärts“-Expedition infolge der hohen Transportkosten stets zugesetzt werden. In der Diskussion sprach man sich allgemein dafür aus, daß hierin eine Änderung unbedingt stattfinden müsse. Folgender vom Genossen Schubert gestellter Antrag gelangte zur Annahme: Der Vorstand und die Geschäftskommission werden beauftragt, beim „Vorwärts“ vorstellig zu werden zwecks Niederlegung der Schulden und zwecks Einrichtung eines billigeren Transportes des „Vorwärts“. Eine Entlastung der Geschäftskommission konnte nicht stattfinden, da keiner der Revisoren anwesend war. In die Geschäftskommission wurden die alten Genossen Terz, Stahl und Vorig wiedergewählt. Unter Verschiedenem gelangte eine Angelegenheit betreffend den praktischen Arzt Dr. Kantorowicz zur Sprache, der bei der letzten Stadtverordnetenwahl in der 2. Abteilung zum Stadtverordneten gewählt wurde. Es bestand bei einigen Parteigenossen die Absicht, den Dr. Kantorowicz in der Stichwahl zu unterstützen. Davon wurde aber Abstand genommen, weil in der letzten Generalversammlung die Behauptung aufgestellt wurde, Dr. K. gehöre dem Reichsverband an. Dr. Kantorowicz hat nun in einem Schreiben an den Genossen Stadtverordneten Piefer erklärt, daß er nie dem Reichsverband angehört habe, daß er vielmehr stets auf dem Standpunkt der politischen Gleichberechtigung gestanden habe und diesen Standpunkt auch weiter vertrete. Infolge dieses Schreibens genehmigte die Versammlung einen Antrag des Genossen Hartung, dem Dr. Kantorowicz mitzuteilen, daß die Versammlung von seinem Schreiben Kenntnis genommen hat. Der Vorsitzende, Genosse Gloger, teilte ferner mit, daß der Arbeiterbildungsausschub eine Sanitätskolonne ins Leben gerufen habe, und ersuchte um Beteiligung. Der Eintritt kostet für Männer 50 Pf., für Frauen 10 Pf. Ferner machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß der Bildungsausschub beschlossen habe, arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern nebst Frauen und Kindern bei allen Veranstaltungen freien Eintritt zu gewähren. Die Freikarten sind beim Kassierer, Genossen Ranker, Weihenburger Straße 26, in Empfang zu nehmen. Des weiteren gab der Genosse Terz bekannt, daß bei Genossen Wähle, Havelstraße, die Jugendschriften-Ausstellung eröffnet ist, und ersuchte um zahlreichem Besuch, sowie um Beteiligung der Handzettelverteilung am Freitag, den 17. Dezember, abends. Genosse Schubert wies noch auf die am Sonntag, den 19. Dezember, bei Wöhle stattfindende Jugend-versammlung hin, in welcher Genosse Dieckhoff referiert.

Bei der Arbeit vom Tode überrascht. In der Maschinenfabrik von Orenstein u. Koppel fiel vorgestern früh ein Arbeiter um und war sofort tot. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

## Tegel.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins gab Genossin Arndt den Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Hieran knüpfte sich eine längere Diskussion. Da mehrere Funktionen ihre Aemter niedergelegt hatten, mußten einige Neuwahlen vorgenommen werden. Als Kassierer wurde Genosse Lauer, als 2. Beisitzer Genosse Gutshof, als Beisitzer die Genossin Ballach, als Kassier Genosse Barndt gewählt. In die Lokalkommission wurde Genosse Witzlich, in die Zeitungskommission Genosse Albert Tich gewählt. Als Bezirksführer für den 3. Bezirk fungiert Genosse Kalisch. Ferner wurde mitgeteilt, daß gegen die Wahl des Genossen Arndt als Gemeindevorsteher von bürgerlicher Seite Einspruch erhoben sei. Die Jugendschriftenausstellung hatte einen Besuch von 164 Personen aufzuweisen. Zum Schluß wurde bekanntgegeben, daß auch in diesem Jahre eine Silberfeier im Lokal von Klippenstein stattfindet, wozu die Genossinnen und Genossen herzlich eingeladen sind. Tanz frei. Ebenso wurde beschlossen, Anfang März einen Marcel Salzer-Kond zu veranstalten, worauf die Mitglieder jetzt schon aufmerksam gemacht wurden.

## Potsdam.

Auf dem Wege zum Arzt vom Tode ereilt. Ein tragisches Ende fand gestern vormittag der Schloßdiener von Sanssouci H. Wättner, ein Mann in den Fünfzigern, der sich seines fränkischen Zustandes wegen zu einem im Hause Kanauer Straße 28 wohnhaften Arzt Dr. Disque begeben wollte. Während er die Treppen erstieg, wurde er von einem plötzlichen Unwohlsein erfaßt und fiel zu Boden. Der sofort erschienene Arzt konnte nur noch den Tod seines Patienten infolge Herzschlages feststellen.

# Gerichts-Zeitung.

## Flugblattverbreitung.

Der Genosse Freyer sollte den § 10 des preussischen Preßgesetzes durch polizeilich nicht genehmigte öffentliche Verteilung von Bekanntmachungen für die schulentlassene Jugend übertreten haben. Es handelte sich um ein Flugblatt der „Genossenschaft für die arbeitende Jugend Deutschlands“, das er in Straßund vor einer Fortbildungsschule verteilte. Das Schöffengericht, das sich über den Inhalt des Flugblattes aufregte, verurteilte ihn zu der hohen, übrigens gesetzlich Strafe von vier Wochen Gefängnis. Die Strafkammer in Straßund hob das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei, indem sie ausführte: Nach § 10 des preussischen Preßgesetzes ist in der durch das Reichsgesetz erhaltenen Fassung nur das nichtgewerbmäßige unentgeltliche öffentliche Verteilen von Bekanntmachungen, Anrufen und Plakaten an eine polizeiliche Erlaubnis gebunden. Hier stehe aber fest, daß der Angeklagte 50 Pfennig vom Jugendauschub für das Verteilen erhalten habe. Dadurch sei es zu einem entgeltlichen Verteilen geworden. Er könne deshalb nicht bestraft werden, wenn auch die Absicht des Jugendauschusses gewesen sein möge, durch Zahlung der 50 Pf. das Verteilen zu einem entgeltlichen zu machen.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Sie machte geltend, der Begriff der Entgeltlichkeit sei verkannt. Rechtsanwalt Dr. R. Lieblincht trat in der Verhandlung vor dem Kammergericht am Montag dem entgegen. Die Strafkammer hob klar und deutlich die Entgeltlichkeit selbige auf. Wenn die Staatsanwaltschaft von einer Absicht spreche, das Gesetz durch Zahlung der 50 Pf. zu umgehen, so sei darauf zu erwidern, daß von einer Gesetzesumgehung nicht schon deshalb geredet werden könne, weil jemand sein Verhalten dem Gesetz anpasse.

Das Kammergericht hob jedoch auf die Revision der Staatsanwaltschaft die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht in Stettin. Zur Begründung wurde ausgeführt: Die Feststellung der Strafkammer lasse nicht deutlich erkennen, ob es sich wirklich um eine

entgeltliche Verteilung handle. Es hätte geprüft werden müssen, ob die 50 Pf. als Bezahlung für die Arbeit gegeben worden sind oder ob sie nur gezahlt wurden, um den Schein zu erwecken, daß hier eine entgeltliche Verteilung vorliege. Gleichgültig wäre, ob das Urteil nachher oder vorher gefällt worden sei. Das Landgericht müsse die erforderlichen Nachprüfungen vornehmen.

Würde man jedes Urteil aufheben, weil nicht ausdrücklich festgestellt ist, die als ernst festgestellte Tatsache sei nur zum Schein erfolgt, so würde kaum ein verständiges Urteil aufrecht erhalten bleiben. Das Kammergericht hat durch seine Aufhebung, deren Folge ja doch nur eine abermalige Preisprechung sein kann, die Rechtsnorm zuungunsten des Angeklagten und des Rechts verlegt, die dem Revisionsgericht die Nachprüfung nicht materieller Rechtsnormen verbietet. Das Kammergerichtliche Urteil ist ebenso verkehrt, wie ein kritisierendes Urteil gegen die Kammergerichtliche Entscheidung, die die Feststellung vernimmt, daß das Kammergericht nur zum Schein ein Urteil gefällt habe.

## Ungebühr?

Zu der Verhandlung vor dem Potsdamer Schöffengericht gegen den Chauffeur Emil Lehmann-Charlottenburg (nicht Julius Lehmann, wie der Berichtslatter verhehentlich im gestrigen Bericht den Angeklagten nannte) wird auch noch folgende Mitteilung, die auch auf die Gefängnisverwaltung in Potsdam ein brechenndes Licht wirft. Der Angeklagte wurde zur Verhütung der ihm auferlegten ungeraten Ordnungsbüßstrafe abgeführt. Er hat den Richter, da er Frau und Kinder hat, ihm zu gestatten, diese von der Verhaftung in Kenntnis zu setzen. Das genehmigte der Richter. Er erklärte: sagen Sie dem Gefängnisinspektor Bescheid, er möchte Sie telegraphieren lassen, damit Ihre Familie weiß, was vorgefallen ist. Als der Angeklagte im Gefängnis die Bitte wiederholte, wurde ihm erwidert: Sie haben hier nichts zu telegraphieren, Sie sind im Gefängnis. Auch als der Angeklagte den Beamten darauf aufmerksam machte, daß der Richter die Genehmigung erteilt habe, blieb der Beamte bei seiner Weigerung. Die Familie blieb also ohne Kenntnis des Vorfalls.

Ist dies für die Potsdamer Gefängnisse verantwortlichen Aufsichtsbearbeiter und ist dem Justizminister bekannt, daß der Gefängnisbeamte ohne genügende Instruktion ist? Denn nur so ist die Verbesserung der völlig bereitwilligen Bitte des zu Unrecht Inhaftierten erklärlich. Bedenkt der Justizminister allgemeine Anordnungen zu erlassen, die eine derartige Vereinfachung der elementarsten Rechte des Staatsbürgers in Zukunft hindern?

## Vom polnischen Kriegschauspiel.

Ein wunderliches Urteil gegen einen Redakteur wurde am Dienstag vom Reichsgericht bestätigt.

Vom Landgericht Bromberg ist am 10. August der Redakteur eines polnischen Blattes, Johann Szmanda, wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und versuchter Nötigung zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte in einem Artikel über die Schmaranzulage für Weisliche gesagt, gegen solche Gehehe werde die Bevölkerung nur schämen können, wenn sie die Weislichen, die Ostmarkenzulagen erhalten, öffentlich als Verräter brandmarken. Der Artikel forderte also, sagt das Urteil, dazu auf, solche Weislichen zu beleidigen. Diese Weislichen habe der Angeklagte durch die Drohung mit der Beleidigung durch die Bevölkerung nötigen wollen. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht verworfen.

Mitschuldig an der Möglichkeit, daß in dieser Art abfällige Meinungsäußerungen über die Polen gerichteten Ausnahmegerichte gefällt werden können, ist die polnische Reichstagsfraktion. Sie hat zwar die Drangsalierungspolitik oft mit Worten gegeißelt, aber Arm in Arm mit den ärgsten Polenpressern, den Konföderativen, Freikonföderativen und Antikemiten, der Reichsregierung, der Leiterin dieser Ausnahmemaßregeln, 500 Millionen neuer Steuern aus den Taschen des Mittelstandes und der arbeitenden Bevölkerung bewilligt.

## Vom Schwager erschlagen.

Vom Kammergericht Münster i. W. ist am 20. Oktober der Dachdecker Wilhelm Hoffmann wegen Totschlags, begangen in der Nacht zum 22. August an seinem Schwager, dem Dachdecker Ferdinand Ermeling, zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nach dem Schwurereignis ist er vorher von dem Bedienten nicht gerettet worden, bei der Strafaussprechung hat aber der Gerichtshof berücksichtigt, daß der Angeklagte leicht erziehbar ist und von dem Bedienten vor der Tat beleidigt wurde. — Die Revision des Angeklagten kam am Mittwoch vor dem Reichsgerichte zur Verhandlung. Von den zahlreichen prozessualen Beschwerden erwiderte sich eine als begründet. Der Schwager des Angeklagten, Hermann Ermeling, war zunächst ohne weiteres verurteilt worden und hatte ausgesagt. Dann erst war er darauf aufmerksam gemacht worden, daß er berechtigt sei, die Aussage und die Verurteilung derselben zu verweigern. Die Geschworenen waren dann dahin befehlet worden, daß sie die Aussage dieses Zeugen als unwirksam zu wärdigen hätten. Es ist nun aber sehr wohl möglich, daß der Zeuge unter dem Druck des Eides anders ausgesagt hat, als er es sonst getan haben würde. Auf der Antrage kann das Urteil mit Verboten. Das Reichsgericht hob deshalb wegen des erwähnten Verstoßes das Urteil auf und verwies die Sache an das Kammergericht zurück. Vermutet wurde auch, daß die als Sachverständige vernommenen Ärzte auch den Zeugenbild hätten leisten müssen.

# Aus der Frauenbewegung.

## Die Hausangestelltenorganisation und die „Post“.

Der jüngste Spruch am Baume der Gewerkschaftsbewegung, die Organisation der Hausangestellten, entwickelt sich trotz aller Schwierigkeiten erfreulichst sehr gut. Sowohl die rechtlichen, als auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände, unter denen die Hausangestellten leben, drängen und treiben förmlich dazu, sich dagegen anzukämpfen, durch festen Zusammenschluß der Beteiligten Wandel zu schaffen, die Fesseln zu sprengen, die in Gestalt der Besoldungsordnungen die Hausangestellten in ihrer Bewegungsfreiheit hindern. Das nächste Mittel ist die freie Vereinigung zwischen Diensthofen und Herrschaft, hinter der die Organisation steht. Die immer stärker werdende Arbeiterbewegung mit ihrer Idee der Solidarität hat auch in zunehmendem Maße die Hausangestellten trotz ihrer Vereinzelung erfasst.

Mit großem Vergnügen haben die meisten Damen das Erwachen des Selbst- und des Klassenbewußtseins bei den Dienstmädchen und ihrer jungen, aufblühenden Organisation betrachtet. An einer Reihe von Orten sind von den Damen auch Gegenorganisationen gegründet, in die noisgedrungen „ihre“ Mädchen eintreten mußten, während die Leitung meist in den Händen der Damen verblieb.

Da aber die Mädchen in diesen „Aushörungsorganisationen“ keineswegs eine Förderung, sondern ein Hemmnis ihres Strebens nach einem Empor sehen, machte der Mitgliedschwund der Herrlichkeit bald ein Ende.

Anderes steht es schon mit den sogenannten „christlichen“ Vereinen, die gleichfalls gegründet wurden, um die Hausangestellten von der energischen Vertretung ihrer Interessen abzuhalten. Durch den ungeheuren Bewußtseinswandel, der namentlich in den Domänen des Zentrums auf die Mädchen ausgeübt wird, erhalten diese Vereine immer wieder Zuspruch.

So sehr wir diese Zerstückelung bedauern, so trösten wir uns in dem Bewußtsein, daß in den sogenannten „christlichen“ Vereinen die Mädchen zunächst den Organisationsgedanken kennen und begreifen lernen. Ist das aber geschehen, haben sie die Macht, die im Zusammenschluß liegt, erkannt, werden sie auch diese

Nacht mühen wollen und aller Barmherzigkeit ihrer Gründer und Leiter zum Trost werden sie entweder die „christlichen“ Vereine vorwärts treiben oder — zu kommen. Die Gründer der „christlichen“ Barmherzigkeitsorganisationen werden eines Tages wie weitland der Goethe'sche Jubelruf ausruhen können: „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los!“

Das rüstige Vorwärtstreiben der Hausangestelltenbewegung hat nun vor allem den heißen Jörn des freiservativen Schatzmacherorgans, der „Post“, einfließen lassen.

Ein vom Zentralverband der Hausangestellten herausgegebenes Flugblatt nimmt sie zum Anlaß einer Leitartikelschimpferei. Die in dem Flugblatt enthaltene Schilderung der Verhältnisse, unter denen die Hausangestellten leben, wird als größte Unwahrheit bezeichnet; vor allem aber werden die Forderungen der Dienstboten als unerfüllbar erklärt.

Dabei beruft die „Post“ sich mit großem Behagen auf die Ausführungen des früheren Sozialdemokraten Calver, der die geforderte Regelung der Arbeitszeit, die Befreiung der Freizeit für die Dienstboten und anderes mehr als unüberwindlich bezeichnet hat.

Mit großer Freude natürlich begrüßt die „Post“ die Organisation der Hausfrauen, die dem Zwecke dienen soll, die Forderungen der Hausangestellten abzuwehren und zu bekämpfen.

Als Programm der Hausfrauenorganisation ist folgende Auslassung zu betrachten:

„Gegenüber der wachsenden Tendenz, das Dienstbotenverhältnis in ein rein gewerbliches umzuwandeln, will die Hausfrauenvereinsung die Eigenart des häuslichen und Familienlebens durchaus gewahrt wissen, denn die häusliche Arbeit läßt sich nur in besonderen Fällen, etwa im Hotel- und Anstaltsbetriebe, keineswegs aber durchgehends nach Stunden bemessen. Auch der geforderten Abschaffung des Dienstbuchs tritt die Vereinsung entgegen; denn der Dienstbote tritt — zum großen Unterschied vom gewerblichen Arbeiter — unmittelbar in die häusliche Genossenschaft ein, genießt also von vornherein ein besonderes Vertrauen, und dieses Vertrauen bedarf gewisser Garantien. Dagegen soll allen gerechten und erfüllbaren Anforderungen der Dienstboten Behörde verschafft werden. Es soll mögliche Einseitigkeit abgelehnt werden in Arbeits- und Freizeit, Abend- oder Biergeld, Feiern, Feiern, Weihnachts- und sonstigen Geschenken, Sommerentschädigung bei Beurlaubung in die Heimat usw. Es soll auch dahin gewirkt werden, daß ein zu großer Abstand in Nahrung und Wohnung zwischen Herrschaft und Bediente vermieden wird. (Wie gnädig!) Auch der Stellenwechsel soll subvencioniert werden und ein Arbeitsnachweis für Hausangestellte gegründet werden, was ein großer Vorteil ist gegenüber der Ausbeutung durch private Stellungsvermittlung.“

Man sieht, von den Hauptforderungen der Hausangestellten: die Abschaffung der Besondere und die Befreiung des Dienstbuchs, wollen die Damen nichts wissen, dagegen wollen sie gnädig darauf hinwirken, daß kein zu großer Abstand in Nahrung und Wohnung zwischen Herrschaft und Bediente bestehen bleibt. Da wäre allerdings sehr, sehr viel zu ändern in den meisten Herrschaftshäusern, obgleich eigentlich überhaupt kein Unterschied in Nahrung und Wohnung zwischen Herrschaft und Hausangestellten bestehen dürfte — sofern das Wort von dem „patriarchalischen“ Verhältnis keine Fuge sein soll.

Mit einem solchen „Programm“ werden die Damen ebenso wenig die Mädchen von ihrer Organisation und der Vertretung ihrer Interessen abhalten, als sie dies vermöchten mit der Schaffung von Barmherzigkeitsorganisationen. Die bereits erzielten Erfolge des noch so jungen Zentralverbandes der Hausangestellten werden auch den noch fernstehenden Mädchen zeigen, daß nur im Zusammenschluß, in einigem Wollen und Handeln der Mädchen das Mittel liegt, um aus der unfreien, schlechtentlohnten Dienerei die freie, aufwärtsstrebende häusliche Arbeiterin zu machen.

Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen ist es, jede Gelegenheit zu benutzen, um den noch unorganisierten Hausangestellten diese Erkenntnis zu vermitteln.

Die Erfüllung dieser Pflicht ist geboten durch die Solidarität, die alle Arbeiterkategorien miteinander verbindet und die uns zur gegenseitigen Hilfe und gegenseitigen Unterstützung sporn, dann aber auch durch die Erwägung, daß wir mit jeder für die Bewegung gewonnenen Hausangestellten für die Zukunft auch eine Klassenkämpferin, nicht nur eine Kämpferin für die Hebung des Berufs, gewonnen haben. Aus unseren Hausangestellten werden später Arbeiterinnen und Arbeitermütter, die abdann ganz selbstverständlich am allgemeinen Klassenkampf teilnehmen werden, wenn sie innerhalb ihres Berufes die Solidarität üben und ihren Segen kennen und schätzen lernen. Eine Unterstützung der Hausangestelltenorganisation ist deshalb eine Forderung der Allgemeinbewegung.

### Besehebende.

Im Dezember werden Besehebende nicht abgehalten.

## Verfammlungen.

### Was lehren und die letzten Landtagswahlen?

So lautete das Thema einer sehr stark besuchten Volksversammlung, die am Dienstag im Vereinshaus Nordwest in der Wilsenstr. tagte. Referent war Adolf Hoffmann. Zunächst unterzog er die Landtagswahl im 12. Bezirk einer Besprechung. Er verwies darauf, daß die gesamte Reaktion vom Freisinn bis zu den Stockkonservativen und Antisemiten unsere Gegner waren. Wir haben es nicht zu bedauern, daß alle bürgerlichen Parteien im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammengedrängt werden. Dadurch erhalten wir ein klares Gesichtsfeld, und denen, die es noch nicht wußten, wird es dadurch klar, daß wir uns nur auf uns selbst verlassen können. — Die Gegner haben keine Verantwortung auf ihren Wahlsieg stolz zu sein. Haben doch ihre 356 Wahlmänner nur 5948 Stimmen erhalten, während für unsere 829 Wahlmänner 18 294 Stimmen abgegeben wurden. Wer angesichts dieser Zahlen von einem Siege der bürgerlichen Parteien zu reden wagt, der ist entweder ein politischer Idiot oder ein Betrüger. Ein solcher „Sieg“ konnte nur errungen werden unter dem Dreiklassenwahlsystem, welches die große Masse der Wähler entrechtet. Aber selbst dieses System hätte den vereinigten Gegnern nicht geholfen, wenn es ihnen nicht gelungen wäre, die Wähler zu nachführen. Durch Auffstellung von Wahlmännern verschiedener Parteien wurden die Wähler herausgelockt. Man dachte aber gar nicht daran, auch für die Abgeordnetenwahl Kandidaten derselben Partei aufzustellen. Von vornherein war es abgemachte Sache, daß die bürgerlichen Wahlmänner aller Schattierungen für den Freisinnigen zu stimmen haben. Die Abmachung soll dahin gegangen sein, daß die bürgerlichen Freisinnigen, das nächste Mal aber der Nationalliberalen und ferner vielleicht ein konservativer gewählt wird. Nun, die „roten Brüder von Roabit“, wie man unsere Genossen genannt hat, werden dafür sorgen, daß es diesmal das letzte Mal war, wo ein bürgerlicher Abgeordneter in Roabit gewählt worden ist, und daß sich die Gegner nicht mehr die Köpfe darüber zerbrechen brauchen, aus welcher bürgerlichen Partei ihr Abgeordneter genommen werden soll. Auch diese Wahl hat uns wieder gezeigt, daß wir nur in der Hauptwahl Erfolge erringen, auf die Stichwahl aber nicht rechnen können. Wären unsere Wähler bei der Hauptwahl gleich so zahlreich angetreten wie bei den Stichwahlen der Wahlmänner, dann würden wir sicher noch die 20 Wahlmänner bekommen haben, die uns an der absoluten Mehrheit fehlten. — Da es uns und weniger auf den Besitz von Mandaten als auf die Verbreitung unserer Ideen und die Gewinnung neuer Anhänger ankommt, so bedeutet der Ausfall der Landtagswahl keineswegs eine Niederlage für uns, sondern wir können die große Zahl der für uns abgegebenen Wählerstimmen, welche die ebedienende Mehrheit repräsentiert, als einen Erfolg betrachten, um dessen sichtbare Früchte wir betrogen sind durch ein ungerechtes, vorkriegsähnliches Wahlsystem. — Nach

diesen Betrachtungen über die Wahl ging der Redner zu allgemeinen politischen Erörterungen über und schloß seinen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag mit einem Ausruf zur regen Mitarbeit für die Ziele der Partei.

Anknüpfend an eine Bemerkung des Referenten führte Genossin Hoppe aus, die Arbeiter hätten nicht nötig, den Geschäftsleuten, die sich bei der Wahl als unsere Gegner gezeigt haben, ihre Kundtschaft zuzuwenden, da sie ja durch die Konjunktionsgesellschaft weit besser als durch die Krämmer bedient werden. — Dr. Rose, ein Anhänger der Demokratischen Vereinigung, stimmte den allgemeinen politischen Ausführungen Hoffmanns zu. — Schließlich trat ein Genosse für die Jugendbewegung ein. Dann schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Ersuchen um allseitiges Eintreten für die Bestrebungen der Sozialdemokratie.

## Vermischtes.

### Unglücksfall oder Verbrechen?

Aus Paris wird gemeldet: In der Nähe des Bahnhofes Ormoy an der Strecke Paris—Lyon—Mittelmeer wurde gestern Abend auf dem Gleis der verfallene Leichnam einer Frau Gouin, der Witwe des bekannten Großindustriellen und Regenten der Bank von Frankreich, aufgefunden. Es ist möglich, daß die Dame, als sie die Toilette betreten wollte, eine unrichtige Tür geöffnet hat und hinausgeschürzt ist. Doch rechnen die Angehörigen auch mit der Annahme eines Verbrechens, da auf dem Teppich des Abteils Blutspuren und blonde Haare gefunden wurden. Frau Gouin hatte graue Haare.

17 Personen ertranken. Aus Deutsch-Ostafrika ist beim Kommando der Schutztruppen gestern die telegraphische Meldung eingelaufen, daß 17 Kolari von der in Lindi stationierten 8. Eingeborenen-Kompagnie mit einem Aluminiumboot verunglückt und ertrunken sind.

Der deutsche Dampfer Prinz Ludwig hat laut telegraphischer Nachricht aus Hongkong durch das kürzlich gemeldete Feuer an der Nordseite nur geringen Schaden erlitten und wird voraussichtlich am 18. d. M. seine Reise fortsetzen.

Die Tragödie des Wilderers. Nach einer Meldung aus R.A.L. heim a. M. hat sich gestern vormittag der Wilderer Schäfer, der am Sonntag zwei Beamte erschoss, als er von Kölner Kriminalbeamten in der Wohnung eines Onkels seines Komplizen überfallen wurde, selbst erschossen.

Wieder eingefunden. Hamburg, 16. Dezember. Einer der noch immer vermissten Hülenswärders Fischer, H. F. 85, der weit nach Norden verschlagen war, ist heute nachmittag in Cuxhaven eingefunden.

Lawineneinbruch. Einer Meldung aus Innsbruck zufolge wurden im Weihenachtal 20 Holzarbeiter verdrängt, konnten aber gerettet werden. In der Nähe von St. Ulrich sind drei Skifahrer verdrängt worden. Zwei wurden schwer, einer leicht verletzt herbeigezogen.

### Zur Eisenbahnkatastrophe in North-Carolina.

Der „New York Herald“ meldet zu der Eisenbahnkatastrophe in North-Carolina, bei welcher in der Nähe von North-Greensboro ein Zug der Southern Railway Company von einer Steile aus einer Höhe von 25 Meter in einen Fluß hinabstürzte, daß nach den neuesten Meldungen bei der Katastrophe 20 Personen getötet und 45 verletzt wurden. Entgegen anderweitigen Meldungen wird berichtet, daß der Eisenbahnkönig Gould leichte Verletzungen davongetragen hat, ebenso auch sein Sohn. An dem Auskommen des Privatsekretärs Goulds, Kousfel, der bei dem Unglücksfall schwere Verletzungen erlitt, wird gezweifelt.

Beim Spielen den Tod gefunden. In Geisa schlugen zwei 12jährige Knaben in einer Schmelde mit schweren Hämmern auf einen Amboss. Dabei entglitt dem einen der Hammer und slog dem anderen Knaben so unglücklich auf den Kopf, daß ihm der Schädel zertrümmert wurde und der Tod sofort eintrat.

Verfahren im Gouvernement Astrachan. Aus Petersburg wird gemeldet: Der Kamtschatka genannte Teil der Kirgisensteppe im Gouvernement Astrachan wird auslich pestgefährlich bezeichnet und das ganze Gouvernement sowie das Uralgebiet werden für pestbedroht erklärt.

### Wilsbacher Arbeitermord.

Das Unglück im Hafen von Neapel, dem am 12. d. Mts. acht Arbeiterleben zum Opfer fielen, ist so wird uns aus Rom berichtet, ausschließlich durch culpable Unachtsamkeit und Duldung der Unternehmern veranlaßt worden. In den Dokumenten von Neapel wird seit 1905 an der Verlängerung einer Mole gearbeitet. Die Arbeiten werden in einem Betonkalkstein ausgeführt, der ein Eigengewicht von 150 Tonnen hat und weitere 600 Tonnen Material enthält. In diesen durch 20 Ketten gehaltenen Senksteinen werden 12 bis 14 Arbeiter herabgelassen, um 4 Meter unter dem Meeresspiegel an den Fundamenten zu arbeiten. Wiederholt hatten die Aufsicher der Ingenieur der Unternehmerrgesellschaft darauf aufmerksam gemacht, daß die Ketten schadhast waren. Trotzdem wurde ununterbrochen Tag und Nacht gearbeitet. Am Morgen des 12. hatte die Tagelohn eben die Nachtschicht abgelöst, als eine Kette zerbrach, wodurch sich das Gewicht des Kastens gegen die anderen Ketten stemmte und diese zerbrachen. Der Senkstein sank in die Tiefe, wobei innere Verdrängungen stattgefunden haben müssen, die den Tod eines Teils der Besatzung herbeiführten. Vier Leichen kamen durch den Strudel sofort an die Oberfläche, ebenso sechs bestimmungslöse Verwundete. Die vier übrigen Arbeiter sind noch im Senkstein begraben. Der verantwortliche Ingenieur ist flüchtig. Die sofort unternommenen Untersuchungen durch Lanzer ergaben die völlige Unachtsamkeit der Rettungsarbeiten. Die seit langem schadhast Kette war eben zerfallen, und die acht Opfer auf dem Altar der Profitgier dargebracht worden.

Die Versicherung gegen Feuerschäden im Erdbebengebiet. Aus Rom wird uns geschrieben: Von weittragender Bedeutung für Neapel ist eine Entscheidung des dortigen Zivilgerichts. Die Besitzer des Palastes Gemelli, dem am 18. Januar ein Brand vollständig zerlöste, hatten eine Venetianer Versicherungsgesellschaft um Zahlung der Versicherungssumme verklagt. Die Gesellschaft machte geltend, daß das Erdbeben eine derartige Umwälzung aller Bedingungen herbeigeführt hätte, auf die der Versicherungsvertrag gegründet war, daß von ihr die Einhaltung des Vertrages nicht erwartet werden könnte. Trotzdem wurde die Gesellschaft verurteilt, die Feuerschäden an Gebäude und Möbeln zu ersetzen. Verbrannt sind Gegenstände von ungeheurem Wert, so eine berühmte Münzsammlung, in der sich Exemplare finden, die über 20 000 Lire gekostet haben.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) M. loeben das 12. Heft des 22. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Gegen den Selbstmord. — Die Verfassungsgesellschaft in England. Von Theodor Kötter. — Der Kampf um den Arbeitsnachweis. Von Joseph Riche. — Zur Konjunktionsgesellschaftsbewegung. Eine Darstellung. Von F. Staudinger. — Die Fortentwicklung des Tarifvertrages im deutschen Holzgewerbe. Von Gustav Beder (Berlin). — Literarische Rundschau: U. Weining, Junere Kolonisation. Von M. N. — Notizen: Sanatodochter und Brantweinlebekende. Von G. A. Lehmann. Neugestaltung der Jugendbewegung. Von Bernhard Döll. — Zeitschriftenchau.

Fouilleton der Neuen Zeit Nr. 23 und 24: Zamard und Ludov. Von Gustav Ostheim. Der Fortschritt der Sozialreform auf dem Kontinent. Von Friedrich Engels. Eine Biographie Schmeißers. Von F. Wehring. Das Theaterproblem für die organisierte Arbeiterklasse. Von A. H. H. (Hamburg). — Zur „Ergänzung“ des historischen Materialismus. Von A. H. H. — Bucherschau: August Bebel, Die Frau und der Sozialismus. Adolf Wagner, Geschichte des Sozialismus. H. H. Franco, Konjunktionslogik als Arbeitswissenschaft der Konjunktionslogik. Adolf Wehring, Zamard, Thomas Mann, Königliche Gesellschaft. Vly Deum, Memoiren einer Sozialistin. Verjähre. Robert Grösch, Rautes Lustreue und andere Wunderlichkeiten.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 3.25 R. pro Quartal abzuheften; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probennummern werden jederzeit zur Verfügung.

Von der „Kommunalen Praxis“ M. loeben die Nr. 50 erschienen. Sie hat folgenden Inhalt: Ausübung kommunaler Rechte in Landgemeinden durch Genossenschaften. — Nach den Landtagswahlen in Sachsen. — Finanz- und Steuerwesen: Darlehnskassen zu Dessau. — Stempelrecht der Quittungen für abgehobene Sparanlagen. — Vereinfachung der Steuerzahlung. — Steuerbefreiung von Kervillen. — Schlichtungsgebühren. — Geländekarten: Erhöhung der Verpflegungskosten im Krankenhaus für Krankenbeschäftigte. — Müll- und Gewerbeordnung. — Bildungswesen: Das Charlottenburger Schulsystem. — Fortbildungshaus für Arbeiter in Sachsen. — Entwicklung des gewerblichen Schulwesens in Sachsen. — Ferienordnung. — Kleine Nachrichten. — Wohnungsstellen: Aufgaben des modernen Städtebaues. — Wohnstätten in Sachsen. — Berliner Bauordnung. — Wohnungsinspektoren. — Kommunale Sozialpolitik: Städtisches Arbeitsamt zu Langenburg. — Arbeitsordnung in Urm. — Gegen eine Erhöhung der Arbeitslosen. — Arbeitslosenfürsorge. — Armen- und Waisenpflege: Aus einer Charlottenburger Waisenanstalt. — Wirtschaftspolitik: Die Entwicklung eines Gemeindefinanzwesens in Westfalen. — Aus den Gemeinden: Berliner Rundschau. — Aus Berliner Vororten. — Aus Böhmen. — Rottweil. — Rastatt. — Weimar. — Verordnungen: Regelungen der Straßenbahnwagen. — Rechtsprechung und Verwaltung: Fortschaffung des Hausmülls. — Rundschau: Kommunale Fragen in Preussischen und neuen Ländern. — Leistungen der Sozialversicherung. — Die Konjunktionsgesellschaften und die Mäurerfürsorge der Städte. — Städtische Arbeiter in der Landbesitz. — Sicherung der Theaterorgane. — Das Fleischergewerbe in den Reichstädten.

### Witterungsüberblick vom 16. Dezember 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand am 16. d. Mts.	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.	Stationen	Barometerstand am 16. d. Mts.	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.
Stuttgart	774.5	SW	4	4	Nürnberg	753.5	SW	2	2
Hamburg	772.0	SW	5	4	Petersburg	761.5	SW	4	2
Berlin	772.0	SW	5	4	Wien	762.0	SW	3	6
Frankfurt	770.0	SW	5	3	Berden	772.0	SW	1	6
München	771.0	SW	5	3	Wars	766.0	SW	1	2
Stettin	775.0	SW	1	7					

Wetterprognose für Freitag, den 17. Dezember 1909. Etwas gelinder bei ziemlich lebhaften südlichen Winden und wieder zunehmender Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.  
**Nachruf.**  
Am 26. November verstarb unser  
Mitglied, der Schichtwart  
**Reinhold Strauß.**  
Ehre seinem Andenken!  
233/11 Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Tabakarbeiter-Verband.**  
(Zentralstelle Berlin.)  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Zigaretten-  
arbeiter  
**Willibald Brennemann**  
am 15. Dezember plötzlich ver-  
storben ist. 187/17  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 18. d. M., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedhofs der Reichs-  
gemeinde in Reinickendorf, West-  
Blandstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Todesanzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten  
die trauernde Nachricht, daß unser  
lieber Sohn  
**Otto Pankow**  
nach langen, schweren Leiden am  
Mittwoch morgen verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag nachmittags 2 Uhr von  
der Leichenhalle des Jantrefried-  
hofes in Friedrichshagen aus statt.  
Dies zeigen hierdurch an die  
hauerdenden Hinterbliebenen  
**Wilhelm Pankow**  
nebst Frau,  
Rönigsberger Str. 39.

Am Mittwoch, den 16. d. Mts.,  
verstarb plötzlich und unerwartet  
unser Kollege, das Arbeiterver-  
einmitglied  
**Willibald Brennemann.**  
Wir werden dem Verstorbenen  
ein bleibendes Andenken bewahren.  
Die organisierten Arbeiter und  
Arbeiterinnen der Zigaretten-  
Fabrik „Manoli“.

**Todes-Anzeige.**  
Am Dienstag, den 14. Dezbr.,  
verstarb plötzlich infolge eines  
Schlaganfalls mein lieber Mann,  
unser guter Sohn, Bruder,  
Schwager und Onkel, der Handels-  
mann  
**Emil Schwander**  
im 45. Lebensjahre.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Son-  
ntag, den 18. Dezbr., nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des  
Jantrefriedhofes, Friedrichshagen,  
aus statt. 289/16

**Todes-Anzeige.**  
Am 15. d. Mts., mittags 1/2 Uhr,  
verstarb nach schweren Leiden  
unser innigstgeliebter Sohn, Bruder,  
Schwager und Mann, der Möbel-  
poliermeister  
**Karl Hausburg**  
im 32. Lebensjahre.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr,  
von dem Reichs-Friedhof in  
Wilhelmsberg statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Blumen- und Kranzbinderei**  
von Robert Meyer,  
an der Mariannen-Straße 2.

**Pelz-  
waren**  
Jeder Art  
zum einfachen  
oder feinsten  
Gebrauch  
direkt aus der  
Fabrik.  
F. Kalman,  
Kommendanten-  
straße 15, I.  
Reinickendorf.  
Teleph. I. 3017.



# Verband sozialdemokrat. Wahlvereine.

Freitag, 17. Dezember, abends 8 Uhr, in den Arminhallen,  
Kommandantenstraße 58/59:

## Frauen-Versammlung.

TAGES-ORDNUNG:

1. „Der preussische Parteitag“. Referentin: Frl. Ottilie Baader.
2. Wahl von 3 Frauen zum preussischen Parteitag.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Einberufer: Eugen Ernst, Wöhlerstr. 9.

# Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Heute Freitag, den 17. Dezember, abends 8 Uhr:

## Mitgliederversammlung

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Wie gestalten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Töpfer Berlins durch den neuen Tarif? Referent: Kollege Franz Segawe. 2. Verschiedenes.
- Da in dieser Versammlung auch die Stellungnahme der Lokalkassen zu dem neuen Tarif besprochen wird, ist zahlreicher Besuch notwendig.

## Praktische Weihnachts-Geschenke

kauft man zu sehr billigen Preisen in

# JULIUS APELT'S

## Möbelfabrik

Berlin SO. 6 Adalbertstr. 6 Kottbuser Tor

Große Auswahl in: Salons, Herrenzimmern, Speisezimmern, sowie einzelne Möbel: Schreibtische, Trumeaus, Sofas, Kleiderspinden, Vertikals in modernster Stilart.

Ältere Muster spottbillig.

## Arbeiter-Abstinenten-Bund

Ortsgruppe Berlin.

Freitag, 17. Dezember, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Genosse Dr. Löwenstein:

„Die Seele des Arbeiters.“

Kein Getränkeausverkauf! 202/8 Eintritt 10 Pf.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15 Saal 4 (ArbeitslojenSaal):

## Sitzung der Ortsverwaltung.



## Zither-Rahmel, Berlin SO.

Oranienstraße 8, nahe Heimlichspatz. empfiehlt gegenwärtig das größte Lager in Konzert- und Gitarrezithern aller Art, die von jedermann ohne Rotenkenntnis sofort spielbar sind, zu M. 10, 15, 20, 25 u. 30, sowie Gitarren, Mandolinen, Violinen, Ziehharmonikas und Sprechapparate nebst Saiten und Platten.

Nur hier kauft man reell, wer einmal e. Versuch gemacht, bleibt dauernd Kunde.

**Teilzahlung Woche**  
Herren-, Damen- u. Wanduhren, sämtliche Gold- und Silber-Waren, Alfenide etc., Wandbilder etc., Sprechmaschinen, Gardinen, Stores.  
R. Rohnke, N. Christinenstr. 82, I (am Schönhauser Tor).

## Tischler-Verein. E.H. 89.

Sonabend, den 18. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Reichsplatz 15:

**General-Versammlung.**  
Wahl des Vorstandes für das Jahr 1910. Aufstellungsgelände. Ausgabe der Billets zum Trianon-Theater am 1. Weihnachtstag.  
Die in der Generalversammlung vom 9. Oktober beschlossene Statutenänderung, Herabsetzung der Beiträge, ist von der Aufsichtsbekörde genehmigt und tritt mit dem ersten Beitrag 1910 in Kraft.  
Der Vorstand.

## Garderobe

für Herren, Damen und Kinder, neueste Fassons größte Auswahl.

**Pelz-Garnituren**  
für Damen und Kinder in kolossaler Auswahl wöchentlich 1 Mark.

## Möbel

Polsterwaren, komplette Wohnungs- und Kücheneinrichtungen, Leib- und Bettwäsche, Betten, Steppdecken, Teppiche, Gardinen, Portieren, Bilder, Wand- und Taschenuhren, Gas- und Petroleumkronen, Sport- u. Kinderwagen

## auf Kredit

auch gegen bar an jedermann, eventuell ohne Anzahlung bei kleinster Abzahlung.

## S. Dorn

Alte Schönhauser Straße 3 Ecke Lindenstraße. Heute bis 10 Uhr abends geöffnet.

## Brillanten

als Spezialität außergewöhnlich billig. Max Brinner, Jerusalemstr. 42. Der Ruf der Firma (gegründet 1803) bürgt für strengste Reellität.  
Ringe 14k. m. 1 Br. v. 9 M. an  
Ohrringe 14 - 2 - 18  
Brosche 14 - 1 - 20  
Herr.-Nadeln 14 - 1 - 13  
usw. bis zum feinsten Genre.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. dacht am Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntage 10-12, 2-4.  
Hygienische Bedarfsart. Drogerie Zarenba Weinbergstr. 1. dir. a. Nothenthaler Tor. Billigste Bezugsquelle! Versuch f. zur dauernden Gesundheit.

## Bekanntmachung.

Ein großer Posten Herren- und Knaben-Garderobe kommt als zurückgesetzt zum vollständigen Ausverkauf und werden zu ungeheuer billigen Preisen abgegeben wie folgt:  
Winter-Paletots für Herren, dunkelblau, marengo oder dunkelgrau gemustert, für untersetzte, große und extra starke Figuren passend, früher 22-29 Mark, jetzt nur 14 Mark.  
Pelerinen-Mäntel für Herren und Junglinge, dunkelblau, schwarz oder grau, früher 27-50 Mark, jetzt nur 18 Mark.  
Jackett-Anzüge für Herren, auch für extra starke Figuren passend, jetzt nur 15 Mark. Stoff-Jacketts für Herren und Junglinge, passend für die Arbeit und das Haus, jetzt nur 4 Mark. Stoff-Westen für Herren, farbig oder schwarz, jetzt nur 1.50 Mark. Schlafrocke für Herren, jetzt nur 4 Mark. Knaben-Anzüge für das Alter von 3-9 Jahren passend, früher 6-12 Mark, jetzt nur 3.50 Mark. Knaben-Leibchen-Hosen, gute Qualitäten und feste Ware, jetzt nur 1.50 Mark. Der Verkauf findet nur gegen Barzahlung und ohne jeden Abzug statt.

## Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe Berlin SO., Oranienstraße 166.

## Geehrte Hausfrau!

Machen Sie einen Besuch mit unsrer in Berlin und ganz Deutschland hinaus so beliebt gewordenen Hamburger Bruch-Kaffee-Mischung Marke „Java“ & Pfd. 70 Pf. Marke „Wotta“ & Pfd. 90 Pf. Täglich Post- und Bahnverkauf. Alleinverkauf in Berlin:

Gebr. Grossien, Kolonialwaren- und Kaffee-Großhandlung C. 54, Neue Schönhauser Straße 14. — O. 112, Frankfurter Allee 188.

## Arbeiter=

Bekleidung — Berufskleidung.

Größtes Spezialgeschäft. Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft Alexanderstr. 12.

Filialen: Landsberger Allee 148.

Rixdorf: Bergstraße 66 am Ringbahnhof.

**Aufklärung!**  
Mehr als +2000 Aerzte+ verwenden im eigenen Gebrauche unsere Hygienische Erfindung. Verlangen Sie gratis Prospekt durch: Chemische Fabrik „NASSOVIA“ Wiesbad. 225. Als Druck-sachgrat. Als verschlossener Brief gegen 20 Pf.-Preis.

## Glas-Christbaum schmuck

ist unstrittig die Glasbläsergenossenschaft des Meiningen Oberlandes. Viele glänzende unverlangte Anerkennungs- und Dankschreiben sowie Verdoppelung unseres Umsatzes im vorigen Jahre. Ein Sortiment der schönsten und prachtvollsten Neuheiten, enthaltend: je 3 Stück extra große, prächtige Lampen, Vögel auf Klemmer, Kronleuchter, Geigen und Gitarren, Tabakspfeifen mit Stimm-, Apfel-, Birnen-, Glocken mit Inschrift: „Fröhliche Weihnachten“, große bespannte Kugeln, ferner je 2 brillante Schönenmänner, Lyra, Rosetten, Geldsäcke mit 50.000, Hase mit Ei, 1 Schilf, 1 Luftballon, 1 Olive, je 5 große Weintrauben, Silberglöckchen, Formkugeln, 10 prächtvolle Reflexe, 8 Brillantkugeln, 12 extra große Waidläuse, 24 Eiszapfen, 1 großer Engel mit beweglichen Glasflügeln, 1 prächtvolle Baumspitze, 100 Stück 24 mm starke Kranzperlen (auf Wunsch für die Kranzperlen auch jeden gewünschten anderen Artikel zum gleichen Wert), in Summa 214 Stück größere und aufs feinste ausgeführte Brillant-Glasesachen sowie ferner 1 Paket Engelshaar, 6 Dtd. Konfekthalter, 6 Lichthalter auf Klemmer, alles zusammen für 5 M. franko gegen Nachnahme. Doppelkisten 9,40 M. Bei Voreinsendung des Betrages 30, bezw. 40 Pf. billiger. 10 Sortimentkisten in Bahnsendung inkl. Bahnkiste 46 M. franko. Für größere Bestände verlange man Preisliste. Bestellung bitten wir nur zu richten an Glasbläsergenossenschaft des Meiningen Oberlandes a. G. m. b. H. in Steinach S.-M. 30151.

**50 Pfennig wöchentl.** Spiegel, Bilder, Decken, Portieren, Teppiche, Gardinen, Stores, ferner mit kleiner Anzahlung (1 Mk wöchentl.) Herren-Garderobe, Damenmäntel, Kostume, Kostümröcke, Blusen, Bett- u. Leibwäsche, Betten, Weinbergsweg 12, Blüte Besuch am Rosenh. Tor.

**Gesellschafts-Spiele** in allen Preislagen. Schach, Domino, Dame, Roulette, Poq, u. Anektspiele: u. Moderne Spazierstücke und Cabak-Pfeifen aller Art. Seine Wiener Meerschmaum- und Berenstein-Spitzen. Blumenstraße 4 und 5, Scheunert & Wirth, an der Wallner-Theater-Straße.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35  
Wenn Sie **Möbel** direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung. 35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35  
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III, 5157

Wer keinen Branntwein will und doch etwas kräftiges trinken muß, erhält durch unsere kräftigen Fruchtweine einen vorzüglichen Ersatz.

Johannisbeerwein 1/2 Fl. . . . .	60 Pf.
weiß und rot, herb und süß	
Stachelbeerwein, süß . . . . .	60 "
Heidelbeerwein, herb und süß . . . . .	60 "
Kirschwein, süß . . . . .	70 "
Brombeerwein, süß . . . . .	70 "
Erdbeerwein, süß . . . . .	70 "
Preißelbeerwein, süß . . . . .	70 "
Schaumweine hiervon . . . . .	1,35 M.
ausgezeichnet zu Bowlen	

Zu haben in allen Geschäften in Berlin und Vororten, welche unsere Waren führen. Jedes Etikett trägt unsere Firma, worauf wir zu achten bitten.  
Man verlange Preislisten.

## Hermann Meyer & Co.

Akt.-Ges.  
N., Wattstraße 11/12.



